Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

24. Oktober 1977
Jg. 5 Nr. 43

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Kampf um die Reichtümer der Antarktis

13 Staaten, darunter vor allem die USA, die Sowjetunion, Japan, Großbritannien und Frankreich, maßen sich an, die ungeheuren Reichtümer der Antarktis – Öl, Erdgas, Krill, um die bedeutendsten zu nennen – untereinander aufzuteilen. Die Länder der Dritten Welt fordern dagegen, daß die Antarktis als gemeinsames Erbe der Menschheit der Aufsicht der UNO unterstellt wird und die Reichtümer allen zugute kommen. Die Konferenz der 13 Staaten, die kürzlich zu Ende ging, hat diese Forderung zurückgewiesen und einen vorläufigen Aufschub für die Ausbeutung der Rohstoffe beschlossen, um die gerechten Ansprüche als „gegenstandslos" abzuschmettern. Währenddessen erreicht das Gerangel untereinander neue Höhepunkte: während die kleineren der 13 Staaten feste Gebietsansprüche anmelden, behalten sich die beiden Supermächte und Japan als die größten Räuber „freien Zugang zu allen Rohstoffen der Antarktis" vor.

Abzug der südafrikanischen Besatzertruppen aus Namibia!

Vollständig gescheitert sind die Versuche des südafrikanischen Rassistenregimes, seine Herrschaft über Namibia mit Hilfe der „Turnhallenkonferenz" aus europäischen Kolonialisten und einheimischen Marionetten zu festigen, die eine Verfassung nach dem Prinzip der Rassentrennung und der Spaltung der Volksmassen nach Stämmen ausarbeiten sollte. Der Vorsitzende dieser Konferenz ist inzwischen auf das Manöver einer „multirassischen Wahlallianz" eingeschwenkt, während Südafrika alles daran setzt, um seine Besatzungstruppen im Lande zu halten. Die westlichen Imperialisten sind gezwungen, mit der Befreiungsorganisation (SWAPO) über die endgültige Befreiung des Landes zu verhandeln. Die SWAPO ist als einzige legitime Vertreterin des Volkes von Namibia zur UNO-Vollversammlung nach New York eingeladen worden. Ihr Vorsitzender Sam Nujoma hat vor der Vollversammlung noch einmal die unabdingbaren Forderungen des Volkes von Namibia wiederholt: Abzug aller südafrikanischen Truppen aus ganz Namibia vor der Durchführung von allgemeinen Wahlen!

Rentenpläne der italienischen Bourgeoisie gescheitert

Die Absichten der italienischen Regierung, die Renten drastisch zu kürzen, sind am Widerstand der Arbeiterbewegung gescheitert. Gekürzt werden sollten die

Rentenpläne der italienischen Bourgeoisie gescheitert

Die Absichten der italienischen Regierung, die Renten drastisch zu kürzen, sind am Widerstand der Arbeiterbewegung gescheitert. Gekürzt werden sollten die Renten derjenigen, die noch ein weiteres Einkommen haben. Diese Maßnahme hätte vor allem die Volksmassen in den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit im Süden Italiens getroffen, wo die Invaliden- oder Altersrente häufig die wichtigste Einkommensquelle ganzer Familien bilden muß. 5 Mrd. DM sollten den Massen geraubt werden. Die bürgerlichen Parteien einschließlich der Revisionisten, die dieses Projekt vorher gebilligt hatten, wagten am Schluß nicht mehr, darüber abzustimmen. Die imperialistischen Konkurrenten Italiens, die diese Maßnahmen als Bedingung für ihre Kredite gefordert haben, fordern mehr und mehr direkten Anteil an der Ausbeutung und Ausplünderung der italienischen Arbeiterklasse. Ein führender italienischer Bankier sagt über das gemeinsame Plünderprogramm: „Wir haben ganz gut angefangen. Aber der härteste Teil kommt noch, und da wird es Kämpfe geben."

Erfolge der Befreiungskräfte Ost-Timors

Die imperialistische Presse in der BRD behauptet, die von den US- und BRD-Imperialisten aufgerüstete indonesische Militärjunta hätte den Widerstand des Volkes von Ost-Timor „befriedet", d.h. ausgerottet. Tatsächlich sind die Imperialisten weit entfernt davon, die Revolution in Ost-Timor unterdrücken zu können. Bei Operationen der Befreiungsfront wurden im September mehrere hundert indonesische Soldaten getötet. In einer mehrere Tage andauernden Schlacht wurden direkt am Rande der Hauptstadt Dili 155 indonesische Soldaten getötet, viele verwundet und eine große Menge Kriegsmaterial erobert. Indonesische Bataillone griffen außerdem das von der FRETILIN befreite Dorf Mateban an. Im Gegenangriff wurden 200 indonesische Soldaten getötet, viele andere verwundet, drei Unteroffiziere und ein Korporal gefangengenommen. Zehn Maschinengewehre, zehn Schnellfeuergewehre und anderes Kriegsmaterial wurden von den Befreiungsstreitkräften erobert.

Freiheit, die sie meinen, die ihr Herz erfüllt

In der Verschärfung der Reaktion finden die bürgerlichen Parteien zueinander

Ende letzter Woche hat Bundesjustizminister Vogel bekanntgegeben, welche reaktionären Maßnahmen und Gesetze die Bourgeoisie ins Auge gefaßt hat. Im Moment vielleicht nicht gleich, aber es wäre auch falsch, „niemals" zu sagen, möglich sei es aber auf alle Fälle, daß ein neues Republikschutzgesetz geschaffen werden müsse.

1922 hatte die Bourgeoisie zum ersten Mal das Republikschutzgesetz verfaßt und verabschiedet. Nach § 7 dieses Gesetzes wurde mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren Zuchthaus bestraft, „wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung, die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt oder sie oder im Dienste ihrer Bestrebungen ein Mitglied mit Rat und Tat, insbesondere mit Geld unterstützt". Nach diesem Gesetz wurde z.B. ein Lehrling wegen Flugblattverteilens zu einem Jahr und neun Monaten Festungshaft verurteilt. Von Januar 1924 bis August 1925 wurden nach diesem Gesetz 6349 Arbeiter zu insgesamt 4672 Jahren Freiheitsstrafe und erheblichen Geldstrafen verurteilt.

Der Gedanke an eine mögliche Wirksamkeit eines solchen Republikschutzgesetzes macht die Bourgeois vorübergehend ganz zuversichtlich in bezug auf ihre Zukunftsaussichten. Ein Unterdrückergesetz fügt sich ans andere, um die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken, denken sie. Bereits der Rat an den Flugblattverteiler, wann für ihn die günstigste Zeit ist, um morgens vor dem Betriebstor zu verteilen, oder eine Spende für den Aufbau der Organisation der Arbeiterklasse sind strafbar. Geht der Arbeiter von seinen Ratschlägen trotz Vorstrafe nicht ab, kann er in Vorbeugehaft kommen. Gibt er auch dort den Kampf nicht auf, wird er unter Kontaktsperre gestellt. Hungerstreik als ein mögliches Kampfmittel unter Bedingungen der Kontaktsperre und Isolationshaft wird mit einem von der CDU vorgelegten Gesetzentwurf unwirksam gemacht, der vorsieht, daß die mit einem Hungerstreik verbundenen Forderungen keinesfalls zu erfüllen sind, den Gefan-

Kampfmittel unter Bedingungen der Kontaktsperre und Isolationshaft wird mit einem von der CDU vorgelegten Gesetzentwurf unwirksam gemacht, der vorsieht, daß die mit einem Hungerstreik verbundenen Forderungen keinesfalls zu erfüllen sind, den Gefan-

genen hungern und verhungern zu lassen.

Weil die Bourgeoisie zu solch einem Unternehmen einen gehörigen Spitzelapparat braucht, um feststellen zu können, wann wer was wo an „abfälligen" Wahrheiten über den Staatsapparat gehört oder selbst gesagt hat und Ratschläge zur Unterstützung des Kampfs der Arbeiter und Volksmassen gegeben hat, haben die Bürgerlichen in stillem Einvernehmen beschlossen, den Polizeiapparat auf 216000 Mann aufzustocken. Das ist ein Polizist auf 278 Personen, die Bourgeois selbst noch gar nicht abgerechnet.

Zerschlagung der Organisation der Arbeiterklasse und Zerschlagung der demokratischen Bewegung ist der Vater des reaktionären Gedankens bei der Neuschaffung eines Republikschutzgesetzes.

Angestrebtes Ziel ist die Lobpreisung der Ausbeuterordnung vor allem durch die Jugend:

„Ich weiß, daß viele junge Menschen – nicht nur in unserem Land – die Frage nach dem Sinn ihres Lebens stellen. Aber jeder wird seine eigene Antwort suchen müssen. Sie kann nur gefunden werden in der bewußten Orientierung auf oberste Werte ... sie kann nur gegeben werden in dem Bewußtsein jener Werte, auf denen Gemeinschaft beruht und auf die unser Staat gegründet ist." „Bewußte Orientierung", so kann man wie Schmidt in seiner Regierungserklärung der letzten Woche die Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse auch nennen. Der höchste Wert, auf dem dieser Staat beruht, ist vor allem und jedem das Privateigentum der Kapitalisten. Das wird mit Gefängnisstrafen und Foltermethoden eingebleut. Als leuchtende Verfechter und Vorbilder dieser Werte hat Schmidt den Jugendlichen die verkommenen Legionärsnaturen der GSG 9 gepriesen.

Da durch Lobpreisung jedoch die „Werte" nicht wirklich gesichert sind, bereiten die Sozialdemokraten ein Bankensicherungssystem vor. „Mir erscheint es unbegreiflich, daß Banken und Versicherungen es über sich ergehen lassen, Banken nach wie vor als

(Fortsetzung Seite 2)

Lohnkämpfe der internationalen Arbeiterklasse





In allen westlichen imperialistischen Ländern stehen die Arbeiter im Lohnkampf oder bereiten sich darauf vor. Die Kapitalisten versuchen die Arbeiter eines Landes zu spalten wie auch der Länder untereinander. Sie erklären, die Arbeiter müßten sich mäßigen, weil sonst bei der bestehenden Konkurrenz ihr Arbeitsplatz gefährdet sei. Das machen die Kapitalisten in allen Ländern so mit der Absicht, den Lohn zu senken und die Arbeitshetze zu steigern.

Mit einer rasch anwachsenden Streikbewegung kämpfen die italienischen Arbeiter (Bild) gegen die Folgen der Krise und für besseren Lohn. In der Maschinenfabrik Ercole Marelli in Sesto bei Mailand haben die Kapitalisten als Antwort auf die betrieblichen Forderungen der Gewerkschaft 877 Arbeiter auf Kurzarbeitergeld gesetzt. Mit Straßendemonstrationen, Streiks und Umzügen auf dem Werksgelände kämpfen die Arbeiter für ihre Forderungen und gegen die Kurzarbeit. (siehe auch Seite 12)

Mit Straßendemonstrationen, Streiks und Umzügen auf dem Werksgelände kämpfen die Arbeiter für ihre Forderungen und gegen die Kurzarbeit. (siehe auch Seite 12)

Der bewaffnete Volkskrieg wird das Ausbeutersystem in Azania beseitigen

Interview mit Genossen Makoti, Mitglied des Zentralen Komitees des PAC

„Erste Schritte zur totalen Diktatur" und „überaus barsches Vorgehen" seien die Verbote der Organisationen des Volkes von Azania. „Bonn bestürzt über Südafrikas Repression" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.10.77). Mit derartiger Heuchelei will die westdeutsche Finanzbourgeoisie ablenken davon, daß für die Arbeiterklasse und das Volk von Azania die Südafrikanische Republik noch nie was andres war als die faschistische Terrorherrschaft des ausländischen Monopolkapitals und daß die deutsche Bourgeoisie seit jeher zu ihren Hauptsäulen gehört.

Der Massenkampf befindet sich jetzt im Stadium des Übergangs zum bewaffneten revolutionären Volkskrieg. Das ist es, wovor die Imperialisten zittern, das ist es, was die Volksmassen von Azania erkannt haben, wie der Genosse Makoti, Mitglied des Zentralkomitees des Pan Africanist Congress von Azania, Direktor der Abteilung für politische Information und Propaganda, in der folgenden Stellungnahme berichtet.

„Mittwoch früh fand im ganzen Land eine Polizeiaktion statt, 18 Organisationen wurden verboten und etwa 60 führende Mitglieder verhaftet und gebannt. (Unter Hausarrest gestellt, Verbot, sich öffentlich zu äußern oder öffentlich zitiert zu werden, Red.) Betroffen sind hauptsächlich Organisationen der Black Consciousness Movement (Bewegung zur Entfaltung des Schwarzen Bewußtseins, Red.), außerdem 2 liberale Zeitungen der Weißen für Afrikaner und das von Weißen kontrollierte Christian Institute.

Die Aktion ist einfach eine Verzweiflungsaktion der Regierung, um den Kampf unseres Volkes für die Befreiung aufzuhalten oder zu verzögern. Diese Maßnahme entspricht der von 1960, als das Regime unter Berufung auf das ‚Gesetz gegen ungesetzliche Organisationen' den PAC und den ANC verbot. Fast 10 Jahre lang gab es keine legalen politischen Organisationen der afrikanischen Massen. Die Black Consciousness Movement entstand Anfang der siebziger Jahre nach einem Aufschwung der Streikbewegung unter den afrikanischen Arbeitern, zunächst als Studentenorganisation, bildete dann aber Organisationen in allen Lebensbereichen der afrikanischen Massen wie die Black Allied Workers Union, eine selbständige Gewerkschaft der Afrikanischen Arbeiter, die Black Peoples Convention, eine politische Partei, Organisationen, die Alphabetisierungskampagnen organisierten, Selbsthilfeorganisationen usw. und auch die SASM (Südafrikanische Studentenbewegung, Red.) für Sekundarschüler, die die Demonstrationen am 16. Juni 1976 organisierte sowie die darauffolgenden Aufstände.

Sie alle sind jetzt verboten nach dem ‚Internal Security Act' (Gesetz für Innere Sicherheit) von 1976, das das ‚Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus' von 1950 ablöste.

Die ganze Anstrengung dient dem Ziel, die Entwicklung des politischen Bewußtseins der afrikanischen Massen über ihre Lage zu stoppen und eine Propaganda im Interesse der Volksmassen zu unterdrücken. So bedeutet das Erscheinungsverbot der liberalen Zeitung ‚The World' z.B. einfach, daß die afrikanischen Massen von allen Nachrichten isoliert werden sollen, aus denen sie erfahren, was im Land und international für Kämpfe geführt werden und welche Lage im Land und international besteht. Denn diese Zeitung hat keineswegs die Interessen der afrikanischen Massen vertreten oder deren Forderungen und Wünsche ausgedrückt, höchstens verzerrt, abgestumpft, in ‚gemäßigter' Form. Aber es kann keinen Zweifel geben, daß die ‚Mäßigung' bereits 1960 mit dem Massaker von Sharpeville gestorben ist.

Es ist bekannt, daß unlängst unter Druck der imperialistischen Staaten Südafrika versucht hat, die sogenannte ‚kleine Apartheid' (Rassentrennung in Erste-Klasse-Hotels, Luxuszügen, auf Parkbänken usw., Red.) abzuschaffen, außerdem sollten parallele Kabinette für sogenannte ‚Weiße', ‚Farbige' und ‚Inder' geschaffen werden, für die Schwarzen sollten bloß die ethnischen Heimatländer bleiben. Das ganze wird als sozialer und politischer Fortschritt der Staatsverfassung hingestellt und soll das Volk von Azania täuschen und spalten. Aber das Volk von Azania hat das alles bereits abgeschmettert. Bei den Schulen z.B. wurden die Marionetten-Schulverwaltungen nach ‚ethnischen Stämmen', die in Soweto vom Regime eingerichtet worden waren, von den Schülern gezwungen, zurückzutreten. Daraufhin hat die Regierung die Schulen in direkte Verwaltung übernommen. Daraufhin bestreikten die Schüler die Schulen, und dann streikten auch die Lehrer. Die Regierung konnte so nur noch die leeren Gebäude übernehmen. Entsprechend lief es auf politischem Gebiet. Die Bantu-Räte in den Städten (vom Regime eingesetzte Marionettenverwaltung für die Townships der Afrikaner, Red.) wurden gezwungen, zurückzutreten. So existierte kein Apparat in den Townships mehr, der die Politik der Regierung durchsetzen konnte. Die Liberalen schlugen dann die Bildung des sogenannten ‚Komitees der Zehn' vor, das für Soweto Verwaltungsautonomie anstrebte, wie sie Johannesburg oder Pretoria haben. Wir dachten, das Regime würde letztlich gezwungen sein, das als letzte ihm offene Lösung zu akzeptieren. Es lehnte jedoch ab, denn die Volksmassen konnten damit auch nicht getäuscht werden. Sie wollen keine ‚do-it-yourself'-Lösung zur Durchführung der Politik des Kolonialregimes.

Sowohl die Partei in der Regierung wie die Liberalen sind mit ihren Plänen gescheitert. Deshalb wollen sie jetzt durch die verzweifelte Unterdrückungsaktion die Militanz und den Radikalismus der Massenbewegung ersticken. Aber gleichzeitig öffnen diese

(Fortsetzung Seite 2)

Bereiten die Stahlarbeiter den Streik vor, können die Konkurrenzbedingungen der Stahlkapitalisten für den Sieg genutzt werden!

52 Stahlarbeiter bei Klöckner Bremen sprechen sich gegen die Vorverhandlungen aus

Bremen. In der neuesten Ausgabe 3/77 des Klöckner-Organs „Pütt und Hütte" schreibt der Vorstandsvorsitzende Gienow: „Seit dem Herbst des vergangenen Jahres sind die Preise auf dem Walzstahlmarkt ... in erschreckendem Maße verfallen." Nach dem Funktionärsorgan der IG Metall „Der Gewerkschafter" 10/77 ist die Indexzahl der „Erzeugerpreise" in der eisenschaffenden Industrie von 140,2 (1970 = 100) im 2. Vierteljahr 1976 auf 127,9 im 2. Vierteljahr 1977, d.h. um 8,8% gesunken. Spethmann vom Thyssen-Konzern stellt denn auch fest, daß die von der EG-Kommission festgesetzten Mindestpreise „von deutschen Unternehmen jetzt ausnahmslos eingehalten" werden, obwohl die Vertreter der Stahlmonopole sagen, daß Kostendeckung bei diesen Mindestpreisen nicht zu erreichen sei. „Grund dafür" schreibt Gienow von Klöckner weiter, „ist ein Wettbewerb, der an Härte alles bisherige übertrifft".

Insbesondere bei Walzdraht, warmgewalzten Blechen, Warmbreitband, Bandstahl, kaltgewalzten Blechen und Formstahl konnten die osteuropäischen Imperialisten den westeuropäischen Imperialisten erhebliche Marktanteile abnehmen, indem sie zu Preisen anbieten, die 150-200 DM unter den EG-Mindestpreisen liegen. Um 70% sind die Importe der EG-Imperialisten aus Osteuropa von 1975 auf 1976 gestiegen, während der EG-Export in diese Länder 1976 um 9% sank und der „Stahl-Drittlandsabsatz" der westeuropäischen Stahlmonopole insgesamt sogar um 19%. Die scharfe Konkurrenz drückt sich auch in den Außenhandelszahlen der westdeutschen Stahlmonopole aus: Während die Einfuhr von Roheisen und Ferrolegierungen im 1. Halbjahr 1977 gegenüber dem entsprechenden Zeitraum von 1976 um 3,9% gestiegen ist, sank die Ausfuhr von Roheisen und Ferrolegierungen um 4,6%. Und die Einfuhr von Eisen und Stahl insgesamt stieg von 11,9 Mill. t 1975 auf 14,3 Mill. t 1976, während die Ausfuhr im selben Zeitraum von 20,7 Mill. t auf 20,1 Mill. t sank. In dieser Lage balgen sich die Stahlmonopole um jeden kleinen Auftrag. Die Automobilkonzerne z.B. nutzen diese Lage zur Erhöhung ihres Profits. Zum einen verarbeiten sie dünneres Blech, was die einzukaufende Tonnage relativ senkt. Zum anderen werden die Stahlkapitalisten z.B. von Klöckner häufig zu hören bekommen: „Wenn ihr die und die Qualität nicht in der und der Zeit liefern könnt, gehen wir eben zu Thyssen oder kaufen unsere Bleche in der DDR, Polen oder in Spanien. Sowieso sind unsere Lieferzeiten für Autos zu lang!" So verschärft der gegenwärtige scharfe Konkurrenzkampf in der Automobilindustrie seinerseits noch den ohnehin scharfen Konkurrenzkampf der Stahlmonopole untereinander.

In dieser Lage ist jeder Kampf der Stahlarbeiter für die Stahlkapitalisten äußerst unerfreulich. Beruht doch ihre Konkurrenzfähigkeit ausschließlich auf der verschärften Ausbeutung der Stahlarbeiter. Vertrauensvoll haben sie sich deshalb an die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung gewandt, um die Vorbereitung der Stahlarbeiter auf die unvermeidlichen Kämpfe durch Vorverhandlungen zu verhindern. Der Kapitalistenverband schlägt vor, „die Gültigkeit des bestehenden Lohnabkommens um 6 Monate bis zum 30.4.78 zu verlängern". Darüber soll am 31.10.77 verhandelt werden. Der Führer der Verhandlungskommission mit den Stahlkapitalisten Kurt Herb hat sich geäußert: „Für die diesjährige Tarifbewegung in der Eisen- und Stahlindustrie muß umfassend die Lage dieses Industriezweiges Berücksichtigung finden, d.h. auch die soziale Stellung der Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie. Wenn eine vernünftige Lösung nicht sichtbar ist, dann scheuen wir nicht davor zurück, zähe langwierige Verhandlungen zu führen, auch wenn sie zeitlich in die Nähe der Metallindustrie kämen."

„Zäh" und „langwierig" verhandeln, Zeit also soll keine Rolle spielen, diese Taktik der Sozialdemokraten entspricht den Plänen der Stahlkapitalisten, Zeit zu gewinnen. Zeit, das ist der Faktor, auf den die Stahlkapitalisten hoffen. Schon haben sie für das Jahresende Kurzarbeit für die Klöcknerwerke Bremen angekündigt, Entlassungen werden weiter vorgenommen, die Regierung hat ihre „Steuerbeschlüsse" beschleunigt etc. Alles Spaltungsversuche, die zusammen mit dem immer weniger werdenden Lohn im Zeitfaktor wirken sollen. Darauf wollen sich die Stahlkapitalisten mit den Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsspitze einigen.

Diese Taktik muß von den Stahlarbeitern durchbrochen werden. Die günstigen Bedingungen, die der Konkurrenzdruck auf die Stahlkapitalisten für die Stahlarbeiter schafft, können genutzt werden durch die Vorbereitung des Streiks.

Die Stahlarbeiter sind sich dieser Aufgabe wohl bewußt: In einem Brief an die Zeitung „Metall" haben 52 Stahlarbeiter des Kaltwalzwerkes der Klöckner-Hütte Bremen, darunter viele mit hohen Lohngruppen einerseits und viele türkische Arbeiter, die in den niedrigsten Lohngruppen eingestuft sind, andrerseits, die sogenannten „Vorverhandlungen" über die „Ausnahmesituation in der Stahlindustrie" abgelehnt und die sofortige Aufstellung einer Forderung von mindestens 200 Mark verlangt:

„Die Löhne senken, rationalisieren, entlassen und unter dem Druck der so vergrößerten Arbeitslosigkeit wieder von vorn: Löhne senken, rationalisieren usw. usf.", das ist die Devise der Stahlkonzerne. „Das alles ist uns allen hinlänglich bekannt aufgrund der Erfahrungen in den letzten Monaten und Jahren, wie wir auch die Erfahrung gemacht haben, daß Zurückhaltung bei den Löhnen keine Arbeitsplätze sichert, im Gegenteil! Was kann es da vorzuverhandeln geben? Dabei kann nur Schlechtes herauskommen, auf alle Fälle eine Verzögerung der dringend notwendigen Lohnerhöhung. Vielleicht auch eine einmalige „Abschlagszahlung" für einzelne Betriebe oder für alle Betriebe, dafür aber in unterschiedlicher Höhe, um einen einheitlichen Lohnkampf aller Stahlarbeiter zu verhindern ... Dagegen sind wir wie sicher auch alle anderen Stahlarbeiter! Wir sind für einen einheitlichen Lohnkampf aller Stahlarbeiter in NRW und Bremen. Wenn man unser Tarifgebiet schon an Nordrhein-Westfalen (NRW) angeschlossen hat, dann soll man die so gewachsene Schlagkraft auch einsetzen! Und zwar für eine Forderung von mindestens 200 Mark, wie sie schon vor einiger Zeit von Vertrauensleuten und Betriebsräten von Mannesmann in Hilden befürwortet worden ist. Letzteres zeigt übrigens, daß es nicht stimmt, wenn uns in Bremen gesagt wird, daß die Kollegen nicht für Festgeldforderungen seien. Wenn wir die äußerst scharfe Konkurrenz unter den Stahlkonzernen um jeden kleinen Auftrag ausnutzen, ist die Forderung bestimmt nicht zu hoch gegriffen! Brauchen tun wir sie allemal, und zwar schon lange!"

Dieser Brief ist jetzt an vielen Schwarzen Brettern im Betrieb zu lesen. Das ist eine gute Vorbereitung auf den Streik aller Stahlarbeiter, der notwendig organisiert werden muß. – (Betriebszelle Klöckner – Bremen/Unterweser)

Freiheit, die sie meinen, die ihr Herz erfüllt

(Fortsetzung von Seite 1)

Selbstbedienungsladen benutzen zu lassen", ist Wehners dringendes Anliegen, und Schmidt ergänzend sechs Tage später, am 4. Oktober: „Mir scheint, daß wir ein Schwergewicht ... z.B. auf Vorfeldbeoachtung und z.B. Bankensicherung legen müssen. Es ist eine schmerzliche Erfahrung, daß wir zur Zeit kein Gesetz zur Bankensicherung vorlegen können." Es ist den Bourgeois bereits jetzt zuviel, was der eine oder andere auf der Flucht vor der Lohnarbeit aus den Banken herausholt, und sie denken mit Schrecken an die Befreiung der Arbeiterklasse von der Lohnarbeit durch die Enteignung der Kapitalistenklasse.

„Selbstdisziplin ist in dieser Bewährungsprobe gegenüber einem bewaffneten Versuch, unsere Republik ins Herz zu treffen und ihren Blutkreislauf zu zerstören, die Tugend, die jeder, und das heißt soviele wie möglich, aufzubringen und durchzuhalten bemüht sein müssen." (Wehner) Proben tut die westdeutsche Bourgeoisie diese „tugendhafte Selbstdisziplin" gegenwärtig in großangelegten Polizei- und Bundesgrenzschutzmanövern. Mit dem geplanten Gesetz zur Einführung bestimmter Sirenensignale, bei deren Ertönen sich jeder auf die Erde legen und jeder Wagen stoppen soll, wird die kriegsmäßige Disziplin angestrebt. In der Durchsetzung ihrer reaktionären Maßnahmen finden die Politiker aller Parteien zunehmend zueinander. „Lassen sie uns das Notwendige schnell und einvernehmlich tun", appellierte Carstens. Zustimmung bei den anderen beiden Bundestagsparteien. „Der Herr Oppositionsführer hat den Bundeskanzler so verstanden, daß dieser von einer Anforderung an uns alle gesprochen hat." (Wehner) Schmidt ist in der Bestrebung des Zusammengehens mit den Christdemokraten gleich fromm geworden. Mindestens fünfmal hat er in seiner Regierungserklärung die Kirche lobend erwähnt und von Gott gesprochen und die expansionistischen Ziele des westdeutschen Finanzkapitals im biblischen Gleichnis ausgedrückt.

Somalia, so Schmidt, sei dem barmherzigen Samariter vergleichbar, der dem von Räubern Überfallenen, dem westdeutschen Imperialismus, hilft. Somalia soll geben und die westdeutschen Imperialisten wollen nehmen. Zum Zusammengehen und entschlossenen Anstrengungen in der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen hatte Schleyer bereits vor drei Jahren aufgefordert: „Die Wahrheit lautet, daß heute gerade die Schwäche des demokratischen Staates die größte Gefahr für die Demokratie und damit für die Freiheit des Bürgers ist. Ein Staat ist nicht deswegen stark, weil er eine Fülle von Zuständigkeiten hat und über einen intakten Verwaltungsapparat gebieten kann. Er ist stark, wenn bei den Verfügenden der Wille besteht, von diesen Zuständigkeiten und von der Verwaltungsmacht in ihren Händen auch tatsächlich Gebrauch zu machen." (Das soziale Modell, H.-M. Schleyer)

Kurz vor seinem Abtreten hat Schleyer als führender Vertreter der Finanzbourgeoisie ihre Politiker – wofür werden sie sonst schließlich hoch bezahlt – aufgefordert, gefälligst das Zögern und Zaudern zu lassen und entschlossen zu handeln. Die bürgerlichen Parteien beeilen sich, der Aufforderung nachzukommen. „Die Freiheit ist kein Zustand, sie ist eine Aufgabe" hat Bundespräsident Scheel den Schlachtruf ausgegeben. Sie sind wild entschlossen, diese Freiheit der Kapitalistenklasse auf Ausbeutung mit *allen* Mitteln zu sichern.

Der bewaffnete Volkskrieg ...

(Fortsetzung von Seite 1)

weiteren Unterdrückungsaktionen die Augen aller Afrikaner im Land. Die Organisationen der Black Consciousness Movement waren militant und radikal, aber sie hatten nicht die gleichen politischen Vorstellungen wie die nationalen Befreiungsorganisationen. Diese sagten schon immer, daß die Regierung jene Organisationen nur solange zulassen wird, wie sie das Apartheid-System nicht gefährden. Jetzt ist für das Volk von Azania ganz klar, daß es keinen anderen Weg gibt, auf dem es in seinem Land seine Vorstellungen verwirklichen kann als durch den Sturz des Regimes durch den bewaffneten Befreiungskampf.

Wir rufen das Volk in Westdeutschland ganz allgemein und insbesondere die Arbeiterklasse auf, ihre moralische und materielle Unterstützung für die nationale Befreiungsbewegung in unserem Land zu verstärken, damit diese ihre Aufgabe, die nationale Befreiung zu erreichen, erfüllen kann. Heute muß jedem Betroffenen klar sein, daß es nur noch Anstrengungen für den bewaffneten Kampf geben kann und alle Bemühungen um einen friedlichen Wechsel fruchtlos sind, ja die Unterdrückung und Ausbeutung verlängern. Oft werden wir gefragt, was wir mit den Weißen machen werden. Wir haben stets betont, daß die bestehende rassistische Maske eine Erfindung der jetzt in unserem Land herrschenden Klasse ist. Sie wollen die Plünderung unseres Landes und Ausbeutung verlängern. Wir dagegen sind stets eingetreten für eine nicht-rassistische Gesellschaft, für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und dieses Systems, das die Ausbeutung und Unterdrückung aufrechterhalten will. Eure Aufgabe ist es, das Wesen des südafrikanischen Regimes zu entlarven in den westlichen Ländern, die es aufrechterhalten, und der Arbeiterklasse und dem Volk in Westdeutschland unsere gerechten Ziele zu erklären." (London, 20.10.77, telefonisch an KVZ-Redaktion übermittelt)

Brokdorf-Urteil: Präzisierung der Durchsetzung des Energieprogramms

Alle reden von der Verlängerung des Baustopps für das Kernkraftwerk in Brokdorf. Das Oberlandesgericht in Lüneburg hat aber keinen „Baustopp" verhängt, sondern präzise die Bedingungen genannt, wie die Bourgeoisie das imperialistische Energieprogramm gegen eine starke Bewegung der Arbeiter und Bauern durchzusetzen gedenkt: Es hat Teile des Baus genehmigt, den Aushub, die Entwässerung der Oberfläche, die Festungsanlagen und das Aufspülen des Geländes, und festgelegt, daß der Rest erst gebaut wird, wenn die Bundesregierung die Zwischenlagerung der radioaktiven Brennelemente lediglich in Angriff genommen hat. Der Baustopp gilt nur solange, bis die Regierung den *Antrag* für ein Zwischenlager vorlegt, dann können die Kraftwerksunion und die Hamburgischen Elektrizitätswerke sofort mit dem Bau beginnen. Also mehr eine Korrektur des Fahrplans des Baus als ein „Stopp". Und zwar eine Korrektur, die die Bundesregierung sowieso beschleunigt behandeln will – die Beantragung von Zwischenlagern. Von einer *Sicherung* der Zwischen- bzw. Endlagerung ist keine Rede mehr, und zwar jetzt per unanfechtbarem Gerichtsentscheid.

Das Gericht teilt in einer Pressemitteilung mit: „Die Arbeiten an den Pfahlfundamenten und der Pfahlkopfplatte des Kraftwerkes dürfen erst begonnen werden, wenn ein prüffähiger *Antrag* für ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente vorliegt und geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standortes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle *eingeleitet* worden sind. (...) In der Überlagerung der von den benachbarten Kernkraftwerken Brokdorf und Brunsbüttel ausgehenden radioaktiven Belastungen sowie in dem Fehlen eines Berstschutzes für den Reaktordruckbehälter erblickt das Gericht im gegenwärtigen Stadium des Verfahrens keine unüberwindlichen Hindernisse für die Erteilung der Genehmigung." Anträge sind schnell geschrieben, und Professoren für Gutachten, bei denen einiges herausspringt, sind ebenfalls schnell gefunden, also sind von dieser Seite keine größeren Hindernisse für die Baugenehmigung zu erwarten. Im Oktoberheft von „Atomwirtschaft – Atomtechnik" wird bereits gemeldet: „Die deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) wird im Oktober oder November einen Antrag auf Genehmigung von Zwischenlagern für bestrahlte Brennelemente stellen ... Durch eine Indiskretion wurde bekannt, daß als Standorte für Zwischenlagerstätten Ahaus in Nordrhein-Westfalen, Krümmel in Schleswig-Holstein, Meppen/Ems in Niedersachsen, Wertingen/Donau in Bayern sowie Karlstein/Main in Bayern in Frage kommen."

Im zweiten Teil der Pressemitteilung hat das Gericht zusätzlich eine wichtige Entscheidung getroffen, nämlich daß ein Berstschutz nicht nötig sei, was gleichzeitig das Urteil zum Baustopp in Wyhl für die bürgerliche Justiz weiter revisionsbedürftig macht, und gleichzeitig deutlich gemacht, daß außer den fehlenden Anträgen der Bundesregierung *nichts* gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf spricht.

Monatlich 11 Millionen Mark soll der Baustopp die Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) kosten. Da haben die Herren wohl die Profite berechnet, die sie sich erhoffen, wenn das Kernkraftwerk voll läuft und über die Stromrechnung bezahlt wird. Die Bundesregierung hat schon reagiert. In einem Schreiben vom 7. Oktober 1977 teilt der Bundesfinanzminister mit, daß er eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 65 Millionen Mark zur Abdeckung von „Betriebsverlusten bei Kernkraftwerken" gebilligt hat – zu bezahlen aus der Lohn- und sonstigen Steuer der Arbeiterklasse. – (Z-Red.)

„Zuverlässige ältere Mitarbeiter gesucht"

FAZ vom 15.10., Wirtschaftsseite, W.H. meldet: Ein Elektrounternehmen suchte „zuverlässige ältere Mitarbeiter", fand nur wenige, die wenigen meldeten sich fast ausnahmslos nach wenigen Tagen krank und wurden nicht mehr gesehen, nur ein älterer Landwirt blieb übrig.

W.H. hält dies für ein „niederschmetterndes Ergebnis". Die Unternehmensleitung konnte ihren Bedarf nicht decken, klagt er. Es handelt sich um den Bedarf der Kapitalistenklasse an billigstem, rechtlosem Arbeitsvieh. Mit den „zuverlässigen älteren Mitarbeitern" z.B. um Rentner, die noch zu robust sind, um mithilfe der Rentensenkung und dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz schon unter die Erde gebracht zu werden.

Folgendes wird angestrebt: mithilfe solcher „älterer Mitarbeiter", die für einen Hungerlohn eingestellt werden sollen, die Arbeiterklasse zu spalten und insgesamt den Lohn weiter zu drücken, die Ausbeutung der Arbeitskraft bis ins Grab zu betreiben und darüber auch das Recht auf Arbeitslosengeld zu unterhöhlen und zu liquidieren wie auch das Recht auf Rente. Solchen Bedarf der Kapitalistenklasse, zum Zweck der Erzielung von Höchstprofit über schrankenlose Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenkassen als Kapitalgeber, deckt die Arbeiterklasse nicht. Das ist das Niederschmetternde für W.H., wie für die gesamte Kapitalistenklasse.

Wie solche „leichte Nebentätigkeit" für „zuverlässige ältere Mitarbeiter" z.B. ausssieht, berichtet uns ein Bauer, seit 1958 Frührentner, mit 550 DM Rente, die bloß zum Vegetieren reicht: Die „leichte Tätigkeit" ist die eines Hausburschen in einem Hotel, die Arbeitszeit beträgt 10 bis 12 Stunden am Tag, 80 Stunden in der Woche, das heißt auch Samstag arbeiten und nur der halbe Sonntag ist frei und das bei 1,20 DM (!) in der Stunde. Um solche billigste Arbeitskraft einzusetzen und überhaupt zu bekommen, sind z.B. mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz und dem ABM-Programm die Instrumente gewetzt. Im Zuge des 20. Rentenanpassungsgesetzes wurde so u.a. festgesetzt, daß Rentner in Zukunft nur noch höchstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage dazu arbeiten dürfen und auch bloß bis zu einem Gesamtbetrag von 1 000 DM (einschließlich Rente). Rentenhöhen von 284 DM für Alleinstehende und 511 DM für Rentnerehepaare sollen hier den Kapitalisten zutreiben, was noch ausbeutbar ist. Mehr Profit und auch noch früher im Grab durch die fortdauernde Ausbeutung, die Profitgeier wetzen die Krallen.

Bei älteren arbeitslosen Arbeitern sollen es das ABM-Programm und Gesetze zur Arbeitslosenversicherung bringen. Bremens Arbeitssenator Franke hat es so erklärt: Das ABM-Programm ist billiger als die Arbeitslosenunterstützung. Wer darauf nach z.B. sechs Monaten wieder herausfliegt, hat dann etwa 200 DM weniger an Arbeitslosenunterstützung als vorher. Wenn die Arbeit verweigert wird, erfolgt eine vierwöchige Sperre von jeglichem Geld.

„Die Arbeitsämter sind bisher kaum in der Lage, wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen", klagt W.H. am Ende seines Artikels. Zwangsarbeit muß her, ist der stumme Schrei. Damit die arbeitslosen Arbeiter „nach langem Abseits endlich wieder wissen, wofür sie morgens aufstehen", sagt Arbeitssenator Franke aus Bremen. Keinen Ausbeuter zu finden, erscheint in der kapitalistischen Gesellschaft zwar als das größte Übel. Aber nicht für ihre Ausbeutung stehen die Arbeiter morgens mit Begeisterung auf. Sie stehen zunehmend für das Gegenteil auf, gegen die Ausbeutung, für ihre Sache, den Sozialismus. Das wird ein ganz anderes wahrhaft „niederschmetterndes Ergebnis" für das herrschende Schmarotzerpack haben.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 19 02 40. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 34 06. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 19 02 40. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement inc. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 42 / 1977: 32 000

Ehrgeizige „Entwicklungshilfe" – Stoßkeil mit politischem Risiko

Ehrgeizig hat die Bundesregierung den Haushalt des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Haushalt '78 um 21% gegenüber dem Vorjahr gesteigert, um die Ausplünderung der Entwicklungsländer durch den westdeutschen Imperialismus voranzutreiben. Seit Beginn der umfassenden „Entwicklungspolitik" des westdeutschen Imperialismus Anfang der 60er Jahre sind bis Mitte 1976 11800 dieser imperialistischen Projekte abgeschlossen worden. Unter dem Vorwand der Hilfe beim Aufbau einer nationalen Wirtschaft und der Erschließung des Landes betreiben die Imperialisten Plünderung der nationalen Ressourcen dieser Staaten und bringen sie in Abhängigkeit. Ist der Haushalt des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1975 auf 76 zwischenzeitlich um 600 Millionen zurückgegangen, so sind die „privaten Investitionen", also der direkte Kapitalexport, der im wesentlichen ebenfalls unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe läuft, stetig gestiegen: von 1974 3,8 Mrd. DM über 7,5 Mrd. DM 1975 auf 9,3 Mrd. DM 1976.

Der Entsendung kirchlicher Entwicklungshelfer, den modernen Missionaren, die das Land erschließen, oder dem Bau von Krankehäusern folgen die staatlichen Produktionsprojekte mit westdeutscher Beteiligung und die Direktinvestitionen der westdeutschen Konzerne. Zunehmend werden vom westdeutschen Staat Kredite nur noch in Verbindung mit technischer Durchführung durch westdeutsche Experten und Firmenkonsortien vergeben, was die Abhängigkeit der Länder vom westdeutschen Imperialismus wesentlich erhöht, indem sie das ganze Projekt in ihren Händen halten, und jegliche Zulieferungen von Ersatzteilen und Materialien aus Westdeutschland bedingen.

Wie unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die einseitige Plünderung des Landes vorgenommen wird, ist gut verfolgbar an der westdeutschen Entwicklungshilfe, die nach Zaire vergeben wird. Zaire liegt an dritter Stelle der Staaten, in die westdeutsche Entwicklungshilfe in Afrika vergeben wird. Seit 1969 hat der westdeutsche Imperialismus „Entwicklungshilfe" nach Zaire betrieben. Die Verschuldung Zaires bei den westdeutschen Banken soll 1976 730 Mio. DM betragen, insgesamt befanden sich die Schulden Zaires an die Imperialisten auf zirka 3 Mrd. Dollar. 1976 wies Zaire ein Handelsbilanzdefizit von 116 Mio. Zaire (1 Zaire: 2,95 DM, Dezember 1976) auf. Von 1974–75 gewährte der westdeutsche Staat eine Kapitalhilfe von 70 Mio. DM. Während 1976 die Zahlungsbedingungen der Schulden Zaires an den westdeutschen Imperialismus für 45 Millionen neu geordnet wurden, erfolgte gleichzeitig eine Kreditzusage von 72,5 Mio. DM.

Von diesen 72,5 Mio. sind 50 Mio. festgelegt worden zum Ausbau der Umschlagkapazitäten von drei Häfen Zaires, besonders für den Kupferumschlag. 20 Mio. müssen verwendet werden für den Ausbau der Eisenbahn (Transportwege) im Nordosten Zaires. Die restlichen 2,5 Millionen dienen der Instandsetzung und dem Ausbau einer Zementfabrik. Die Gelder, die der westdeutsche Imperialismus zur Entwicklung des Landes vergibt, läßt er sich einerseits mit Zinsen von Zaire zurückzahlen, die den größten Teil der Deviseneinnahmen erneut verschlingen. Gleichzeitig kann Zaire nicht bestimmen, wie es die Kapitalkredite anlegt, sie sind gebunden. Gebunden war zum Beispiel der Kredit 1974–75 vollständig zur Gewinnung der Ölschiefervorkommen in Nordost-Zaire durch die BRD-Imperialisten. Die 72,5 Millionen 1976–77 sind einzig zum Nutzen des westdeutschen Imperialismus. Denn der Ausbau der Transportwege im Nordosten dient der Erschließung und dem Abtransport der Rohstoffe. Westdeutschland hat hier sein Kernprojekt, indem es ein Abkommen über die Industrialisierung des Nordostens, welche von einem westdeutschen Firmenkonsortium bei 20% Beteiligung von Zaire vorgenommen wird, abgeschlossen hat. Ausgebeutet werden sollen u.a. die Ölschiefervorkommen und die Methangasvorkommen. Eine Milliarde will der westdeutsche Imperialismus in den veranschlagten 10 Jahren für die Industrialisierung hier investieren.

Die Auseinandersetzung, die derzeit zwischen Regierung und Opposition um die richtige Verwendung der Entwicklungshilfe geführt wird, ist ein Streit zur Erreichung eines Konsens. „Erfolg oder Mißerfolg von Entwicklungshilfemaßnahmen hängen nicht allein von der Qualität ihrer Konzeption und ihrer Durchführung ab, sondern darüber hinaus von einer Vielzahl schwer kontrollierbarer Faktoren. Auch bei gewissenhafter und fachmännischer Planung und Abwicklung sind Fehlschläge möglich: Sozialstrukturhilfe in Nigeria ist komplexer als Autobahnbau im Westerwald, Siedlungsvorhaben in Sumatra sind risikoreicher als Rentenrechnungen – die risikoreich genug sind, wie wir wissen. Verantwortliche Kritik an entwicklungspolitischen Fehlschlägen ist dringend erforderlich, leichter wie wirksamer kann sie sein, wenn in Grundfragen Konsens erreicht ist. Unnachsichtige Kritik bei mangelndem Grundkonsens könnte dazu führen, daß die Risikobereitschaft bei der Planung von Vorhaben abnimmt. ‚Sichere Projekte' aber könnten kaum entwicklungspolitisch wirksame Projekte sein." (Plädoyer für eine gemeinsame Entwicklungspolitik der demokratischen Parteien, gehalten auf dem CDU-Grundsatzforum in Westberlin) Was nützt es, eine Straße zu bauen, die US-Imperialistische Erdölfelder mit dem US-imperialistischen Hafen verbindet? Zigfach höhere Profite sind zu holen, wenn diese Straße gebaut wird, um Regionen zu erschließen, die unbeleckt von jeglicher imperialistischen Ausplünderung sind, auf denen sich zum Beispiel Kupfer- oder Uranvorkommen wie in Zaire befinden! Daß diese imperialistische Ausplünderung der Bodenschätze natürlich mit politischen Risiken verbunden ist, haben die Imperialisten am Projekt des Cabora-Bassa-Staudamms in Mozambique gesehen, als sie von den Volksmassen außer Landes getrieben wurden. Gegen solche politischen Risiken verlangen die imperialistischen Konzerne Absicherungen vom Staat. 1976 sind 142 dieser Anträge von einer Summe von 352 Mio. DM staatlicher Sicherheit abgesichert worden. Damit sind 1486 imperialistische Projekte durch staatliche Steuerplünderung seit 1966 in Höhe von 3,2 Mrd. DM zur direkten Förderung der Expansion vergeben worden.

Allein finanzielle Absicherung reicht nicht mehr aus, gegen politische Risiken ist es zunehmend nötig, militärische Sicherungen der westdeutschen Direktinvestitionen, sei es durch Zerstörer oder „Sonderkommandos der Luftwaffe" durchzuführen. Westdeutsche Direktinvestitionen werden in Asien und Afrika zum überwiegenden Teil staatlich abgesichert, während die politische Lage in Amerika dies nur zu einem Viertel (1976) für nötig erscheinen ließ.

Diese ehrgeizigen Pläne der Ausbeutung und Ausplünderung der Reichtümer der Entwicklungsländer sind im Haushalt '78 angegeben. Sie sind jedoch mit einem stetig steigenden politischen Risiko verbunden, dem Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus und dem Befreiungskampf der Völker von kolonialer und imperialistischer Ausbeutung und Ausplünderung. – (Z-Red.)

SOLLEN WIR DENEN VIELLEICHT GELD DAFÜR GEBEN, DASS SIE SICH GEGENSEITIG UM BRINGEN?

FINANZIEREN WIR DEN ÖLSCHEICHS MIT UNSEREM ENTWICKLUNGSGELD IHRE STRASSENKREUZER?



Allein im letzten Jahr gab die Bundesrepublik 3,5 Milliarden Mark für Entwicklungshilfe aus. Das ist viel.
Aber kein Pfennig davon wurde verschwendet. Dafür sind wir vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit da. Die Regierungen der Entwicklungsländer können nicht wahllos über die Entwicklungsgelder verfügen, da sie zweckgebunden sind. Bei jedem Projekt wird lange und gründlich geprüft, ob es wirklich nötig ist und ob es dem jeweiligen Entwicklungsland auch wirklich hilft, sich zu entwickeln.
Aber notwendige Projekte gibt es viele. Denn die meisten Länder der Dritten Welt müssen ganz von vorn anfangen. Sie brauchen Schulen und Krankenhäuser, Straßen und Eisenbahnen, Häfen und Fabriken, Kraftwerke und Staudämme. Sie müssen ihre Landwirtschaft voranbringen und ihre Industrie. Und das alles bezahlen sie zu 90 Prozent selbst. Wir helfen ihnen also nur bei den restlichen 10 Prozent. Und außerdem fließen drei Viertel des Geldes, das wir den Entwicklungsländern geben, als Aufträge an unsere Wirtschaft zurück.
Wenn Sie mehr über unsere Arbeit wissen möchten, fordern Sie unsere Informationsbroschüren an: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Postfach 2000, 5300 Bonn.

Sozialimperialistische Handelsverträge: „Meistbegünstigung" bei der Ausplünderung

Am 19. Januar hat die Sowjetunion mit Ghana einen Handelsvertrag abgeschlossen. Der Import der Sowjetunion ist daraufhin in den ersten drei Monaten aus Ghana auf 89 Millionen Rubel sprunghaft gestiegen – in den ersten drei Monaten 1976 betrug er 18,6 Millionen Rubel (nach: Außenhandel UdSSR). Der Export der Sowjetunion stieg von 2,8 auf 3,2 Millionen Rubel.

Das, worauf die Sozialimperialisten Appetit haben, sind die Rohstoffe und Landwirtschaftsprodukte Ghanas, vor allem Kakao, Industriediamanten, Gold und Bauxit.

Der Handelsvertrag ist ein „normaler" Vertrag. Er enthält weder Truppenstationierungen noch Waffenlieferungen. Er enthält auch keine Preise oder die Mengen der zu liefernden Produkte. Aber auch so ist dieser Vertrag ein Beleg dafür, daß das Gerede der Sozialimperialisten von ihrer fortschreitenden Hilfe für die Entwicklungsländer leeres Gewäsch ist.

Fallstricke für den Zusammenschluß der Dritten Welt

Der Vertrag beginnt mit der sogenannten Meistbegünstigungsklausel:

„Beide Vertragsparteien gewähren einander Meistbegünstigung in allem, was den Handel zwischen beiden Ländern betrifft, um den Handel zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Ghana zu unterstützen und zu erleichtern." (Außenhandel, Nr. 7/1977, Seite 55)

Meistbegünstigt heißt, daß die vertragschließenden Staaten alle handelspolitischen Vorteile wie Steuervorteile, gesenkte Zölle usw., die sie irgendeinem anderen Land gewähren, auch dem Land gewähren, mit dem sie einen solchen Vertrag abgeschlossen haben. Wenn beispielsweise Ghana mit einem anderen Land der Dritten Welt einen Vertrag schließt über gegenseitigen Warenaustausch und dafür bestimmte Steuern oder Zölle senken will, hat sie dies automatisch für die Sozialimperialisten mit getan. *Alle* Vorteile, die Ghana anderen Ländern geben wird, gelten gleichzeitig für die Länder, mit denen diese Meistbegünstigungsvereinbarung besteht.

Entstanden ist die Meistbegünstigungsklausel in Verträgen der Bourgeoisie als Mittel des „Freihandels", um Bevorteilung der Konkurrenz zu verhindern. Den gleichen Zweck hat sie heute auch noch, vor allem aber soll sie in Verträgen mit Ländern der Dritten Welt deren Zusammenschluß einschränken, der sich gerade *gegen* das „freie Spiel der Kräfte" (also das Niedergewalztwerden von den Imperialisten) richtet.

Preise

„Für die Waren, die Gegenstand des Handels im Rahmen dieses Abkommens sind, werden aktuelle Preise der Hauptweltmärkte für derartige Waren festgesetzt. Für die Waren, für die ein derartiger Preis nicht festgesetzt werden kann, finden konkurrenzfähige Preise für analoge Waren ähnlicher Qualität Anwendung." (Artikel 4)

Daß die Festsetzung „*aktueller* Preise der Hauptweltmärkte" wenig mit der angeblichen Unterstützung der Länder der Dritten Welt zu tun hat, ist leicht zu sehen, vor allem, wenn die Sozialimperialisten kräftig an diesen Weltmarktpreisen für Rohstoffe nach unten drehen. Vor allem aber enthält der zweite Satz des Artikels den Angriff: Für Waren, für die „ein derartiger Preis nicht festgesetzt werden kann" wobei alles mögliche der Grund dieser Bestimmung sein kann, finden „konkurrenzfähige Preise" für analoge Waren Anwendung. Was ist ein „konkurrenzfähiger Preis"? Ein Preis, der relativ *niedrig* ist. Die Preisbestimmung gilt vor allem für Waren aus Ghana. Preisdrückerei der Rohstoffe ist die offene Absicht.

Transithandel

„Beide Vertragsparteien unterstützen einander bei der Entwicklung des Transithandels über ihre Länder gemäß den in beiden Ländern für Transitgüter geltenden Gesetzen und Verordnungen." (Artikel 6)

Kaum wird Ghana in die Lage kommen, durch die Sowjetunion hindurch Waren zu liefern. Es sei denn, die Sozialimperialisten hätten ihre schmutzigen Finger im Zwischenhandel darin. Auf jeden Fall dient diese Bestimmung nicht der Entwicklung der Eigenständigkeit Ghanas. Ihr wesentlicher Zweck ist der, aus Ghana ein Einfallstor sozialimperialistischer Warenexporte und Rohstoffimporte zu machen. Dazu paßt auch gut Artikel 10, in dem es heißt:

„Die Vertragsparteien fördern engere Zusammenarbeit in der Seeschiffahrt. Alle sonstigen Fragen, die in diesem Artikel nicht geregelt sind, einschließlich der Frage der Küstenschiffahrt, können Gegenstand eines besonderen Abkommens über die Seeschiffahrt sein."

Was die Sozialimperialisten hier „regeln" wollen, ist nicht die ghanesische Küstenschiffahrt in der Ostsee, sondern ist der Versuch, wie auch in Südostasien über das Vordringen einer eigenen fest stationierten Handelsflotte die ökomomische Expansion abzustützen.

Reexportverbot

Artikel 9 legt fest:

„Die Waren, die Gegenstand des Imports und des Exports zwischen der UdSSR und der Republik Ghana sind, können nur mit vorher gegebenem schriftlichem Einverständnis der zuständigen Organe des Ausfuhrlandes in dritte Länder reexportiert werden."

Zweifellos ist diese Festlegung von Ghana durchgesetzt worden gegen die Tatsache, daß die Sozialimperialisten in der Vergangenheit mehrfach die aufgekaufte Kakaoernte auf dem Weltmarkt weiterverkauft haben. „1960 kaufte die Sowjetunion erstmals von Ghana 34000 Tonnen Kakao, etwa 12% der Gesamternte, für 20,3 Millionen Dollar auf. Nachdem sich die Preise auf dem Weltmarkt infolge dieser Aufkäufe gehoben hatten, verkauften die Sozialimperialisten einen Teil des Kakaos mit saftigem Profit weiter und reduzierten ihre Käufe wieder." (Kommunismus und Klassenkampf Nr. 7/1977, Seite 326) Diese „Brüderlichkeit" will Ghana mit Recht verhindert sehen.

Das Abkommen ist eine Erscheinung der tatsächlichen ökonomischen Verhältnisse. Diese tatsächlichen Verhältnisse werden von den Sozialimperialisten verdeckt. Die Höhe der Verschuldung der Länder der Dritten Welt bei ihnen wird nirgends angegeben. Sicher ist, daß diese Verschuldung Hebel der Sozialimperialisten gegenüber den Ländern der Dritten Welt, in diesem Fall Ghana, ist.

„Neben zweckgebundenen Krediten gewinnen auch kommerzielle Kredite immer mehr an Bedeutung", heißt es in „Außenhandel" Nr. 2/1977. Und neben dem Kapitalexport mit dem Mittel des Kredits auch mit dem Mittel „Formen der Produktionszusammenarbeit", also der „Kooperation fortgeschrittener Montagefertigung, gemischten Betrieben, Kredit- und Kompensationsgeschäft".

Nicht nur den Kakao spottbillig, sondern auch direkt profitieren aus der Ausbeutung der Arbeiter dieser Länder – Das ist der nächste Schritt der sozialimperialistischen Expansion.

Das Dayan-Carter-Abkommen bereitet die militärische Aggression gegen die arabischen Völker vor

Im März 1977 erklärte Carter, „verteidigungsfähige Grenzen" seien für Israel notwendig. Israel solle sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen. Zwei Monate nach Amtsantritt entwickelt Carter seinen Plan für „Homelands" für Palästinenser nach altbekanntem US-imperialistischem Muster. Vor den Völkern der Welt versucht er seine Reservate als die Verwirklichung des Rechts der Palästinenser auf einen unabhängigen freien Staat Palästina zu verkaufen. Dieser Plan scheitert. Die PLO erklärt den Kampf fortzuführen bis zur Zerschlagung Israels und der Befreiung aller besetzten Gebiete. Im Mai 1977 beschleunigt der neue israelische Ministerpräsident Begin die Kriegsvorbereitungen und verstärkt die Aggression gegen die arabischen Länder und das palästinensische Volk. Sharon, neuer israelischer Landwirtschaftsminister, legt Pläne zur Annexion der gesamten 1967 besetzten Gebiete vor. Neue israelische Siedlungen werden im besetzten Westjordanien errichtet und die dort lebende arabische Bevölkerung von ihrem Land vertrieben. Am 21.9.77 meldet Radio Amman: Ziel der Errichtung dieser Siedlungen, so erklärte Dayan, besteht darin, zu gewährleisten, daß es keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 gibt und daß sie ein wichtiges Motiv für die Festlegung zukünftiger Grenzen sein sollen.

Am 30.9.77 meldet der israelische Rundfunk, daß israelische Truppen die Nordgrenze zum Libanon überschritten und die Stadt Al Khijam unter Granatfeuerbeschuß genommen haben zur Unterstützung der christlichen Phalangemilizen. Radio Kairo meldet am 20.9. konzentrierte Bombenangriffe gegen palästinensische Stellungen und Dörfer im Südlibanon. Israelische Panzereinheiten gehen an der gesamten südlibanesischen Grenze in Stellung. Der Kampf des arabischen und palästinensischen Volkes zwingt die israelischen Truppen zum Rückzug. Die Imperialisten haben eine weitere Niederlage erlitten, alle arabischen Nationen und die Völker der Welt verurteilen die Aggressionen Israels gegen Libanon.

Nachdem alle Versuche der US-Imperialisten, die arabischen Staaten zu spalten und die PLO zur Anerkennung des Staates Israel zu zwingen, gescheitert sind, schlägt Vance dem sowjetischen Botschafter Dobrynin eine gemeinsame Grundsatzerklärung vor. Im September veröffentlichen die US- und die Sozialimperialisten eine amerikanisch-sowjetische Nahost-Friedenslösung. Ihr Gerede von der „Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes" und der „Rückgabe besetzter Gebiete" kann ihre Ziele nicht verbergen. Die Supermächte erklären ihre Bereitschaft, den „Frieden" im Nahen Osten militärisch zu sichern durch Truppen des Sicherheitsrates und der beiden Supermächte.

Drei Tage später erklärt Carter vor der UNO, die USA wolle niemandem „seinen Frieden" aufzwingen, die Verpflichtung der USA, für die Sicherheit Israels zu sorgen, stehe außer Frage, die UNO-Resolution 242, die die Existenz Israels garantiert, bleibe Grundlage jeder Friedensregelung. Erkenne die PLO diese Resolution an, seien die US-Imperialisten bereit, Vertreter des palästinensischen Volkes auf der Genfer Friedenskonferenz zuzulassen. Vor der UNO erklärte Dayan, Israel habe 10 Jahre lang einen gerechten Frieden durch territoriale Zugeständnisse in Gestalt einer Neuaufteilung dieser Gebiete angestrebt; jedoch ohne Erfolg. Eine Regelung für „Samaria und Judäa", so nennt der imperialistische Kettenhund Israel das 1967 besetzte Westjordanien, müsse sich auf ein „Zusammenleben mit den Palästinensern" dort, nicht auf die Teilung des Territoriums gründen. Der „Status" der ansässigen Araber solle auf der Genfer Konferenz geklärt und ein „Modell für die Zukunft eines vereinigten Jerusalem, wo Araber und Juden seit 1967 zum gegenseitigen Nutzen harmonisch zusammenlebten", müsse entwikkelt werden. Bei dieser Rede Dayans verließen die Vertreter Ägyptens, Jordaniens, Syriens, Libanons, Albaniens, Chinas, Kambodschas und anderer Länder der Dritten Welt den Saal.

Vor wenigen Tagen legten Dayan und Carter ein gemeinsames Arbeitspapier für die Genfer Konferenz vor. „Die arabischen Teilnehmer werden durch eine einheitliche arabische Delegation, die die palästinensischen Araber einschließen wird, vertreten sein."

Mit den einzelnen arabischen Staaten getrennt soll Israel „Friedensverträge" aushandeln. Grundlage dabei soll die Resolution 242 sein. Israel, Jordanien, Ägypten und die palästinensischen Araber sollen die besetzten Gebiete „erörtern".

Die Taten der Imperialisten und Zionisten sind beschleunigte Kriegsvorbereitung und verschärfte Aggression gegen die arabischen Länder und das palästinensische Volk. Ihre Worte zielen auf Spaltung der arabischen Staaten, um zuschlagen zu können. Auf dieser Konferenz wird über Dayans „Modell Israel" und Carters „Palästinenser Reservate" nicht entschieden, sondern diese Entscheidung fällt durch den Kampf des palästinensischen Volkes zur Zerschlagung des Siedlerregimes und der Vertreibung der Imperialisten aus dem ganzen Nahen Osten. – (Z-Red.)

Die Wahrheit läßt sich nicht unterdrücken

Auch die Wahrheit über den Tod der Stammheimer Häftlinge wird herauskommen



Presseerklärung des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ständiger Ausschuß

Freitag nachmittag gegen 15.30 Uhr führte die Staatsanwaltschaft Frankfurts eine Hausdurchsuchung in der Mainzer Landstraße 147 durch, dem Haus, in dem sich die Räume des KBW befinden. Die Polizeiführung hatte schätzungsweise zwei Hundertschaften uniformierte Polizei und noch ein gutes Hundert zivile direkt im Einsatz. Reserven hatte sie im ganzen Viertel aufgestellt. Es lag ein Durchsuchungsbefehl vor. Gesucht wurde das Plakat „Ob so oder so: das sind KZ-Methoden". Das Plakat zeigt zwei Szenen: In der einen Szene erschießt ein „Staatsorgan" mit Filbingers Gesichtszügen einen Häftling in der Zelle. Das betreffende Staatsorgan trägt eine Hakenkreuzbinde. In künstlerischer Form wird so auf die Vergangenheit des Staatsorgans, hier Filbingers als Nazi-Militärrichter, hingewiesen. Die andere Szene zeigt ein Staatsorgan, wiederum mit den Gesichtszügen Filbingers, wie es einen Revolver unter einer Zellentür durchschiebt. Dieses Staatsorgan trägt keine Hakenkreuzarmbinde, damit wird in künstlerischer Form darauf hingewiesen, daß das gleiche – Beseitigung von politischen Häftlingen – auch ohne Hakenkreuzarmbinde betrieben werden kann. Unter diesen beiden Szenen wird die Forderung „Weg mit dem Kontaktsperregesetz" erhoben.

Das Plakat bringt gut zum Ausdruck, wie der Tod der drei Häftlinge in Stammheim gegenwärtig in den Betrieben, auf der Straße, in Schulen und Universitäten und teilweise in der Presse diskutiert wird. Die Wahrheit zu unterdrücken läßt sich die Staatsmacht viel kosten, vor allem großangelegte Polizeieinsätze. In diesem Zusammenhang freut es uns, mitteilen zu können, daß nur aufgehängte und im Buchladen zum Vertrieb ausgelegte Plakate, aber keine Druckvorlagen bei der Durchsuchung gefunden worden sind.

Da das Plakat wegen Verleumdung von „Staatsorganen" verfolgt wird, wollen wir darauf hinweisen, daß der ehemalige Justizminister Bender von Baden-Württemberg seit gestern schon nimmer als Staatsorgan beleidigt werden kann, sondern den Hut genommen hat.

Des weiteren wollen wir darauf hinweisen, daß es bei der Durchsuchung den damit befaßten Staatsorganen offensichtlich darauf ankam, die Räumlichkeiten des Hauses auszuforschen. Im Zusammenhang mit den geplanten Verbotsanträgen wurde eine Generalprobe gespielt. Es ist aber so: Solche Generalproben sind Trockenübungen. Nach unserem Eindruck haben zudem wir die wertvolleren „Erkenntnisse" bezogen.

Die Polizeiführung hatte den uniformierten Polizisten, die den Einsatz in der Umgebung durch Doppelposten sicherten, offensichtlich einen Bären aufgebunden. Sie behaupteten, man habe ein „Terroristenauto" gesehen, und die „Terroristen" seien in das „KBW-Haus entschlüpft". Noch nicht mal ihren untergeordneten Staatsorganen können die übergeordneten Staatsorgane die Wahrheit sagen. Die Wahrheit läßt sich nicht unterdrücken. Auch die Wahrheit über den Tod der Häftlinge in Stammheim wird herauskommen.

Frankfurt/Main, 21.10.77, 17.30 Uhr
gez. Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee
des Kommunistischen Bundes
Westdeutschland

Erklärung der Landesastenkonferenz Hessen

Am 21.10.77 haben zwei Hundertschaften uniformierte Polizei und eine Hundertschaft zivile Polizei die Zentrale des Kommunistischen Bundes Westdeutschland besetzt und durchsucht. Verfolgt wird das Plakat „Ob so oder so, das sind KZ-Methoden", das sich gegen das Kontaktsperregesetz wendet. Die Landesastenkonferenz Hessen wendet sich schärfstens gegen den Versuch der Unterdrückung von Stellungnahmen über die Vorgänge in Stammheim und das Kontaktsperregesetz. Die Vorgänge in Stammheim sind Gegenstand heftigster Diskussionen gerade an den Hochschulen. Wir sehen diese Maßnahmen auch im Zusammenhang mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML, gegen die wir uns erneut aussprechen. – (Landesastenkonferenz Hessen, 21.10.77 in Marburg)

Reporterbande imperialistisch besoffen: *‚Deutsche Wehrmacht fliegt nach Somaliland'*

Für die westdeutschen Imperialisten war der Einsatz in Mogadischu nur der Anlaß, größere Taten vorzubereiten.

Die Aktion in Somalia habe „neue Maßstäbe gesetzt", drohte Genscher und forderte eine „Konvention gegen den Terrorismus", die in der UNO verabschiedet werden soll. Die „Welt" kündigt Algerien eine Intervention an, weil es die japanischen Anarchisten verabredungsgemäß wieder außer Landes gelassen habe: „Was wir unternehmen, die Quelle des Stromes zu verstopfen, tun wir nicht nur zum Schutze zukünftiger Opfer, sondern zum Schutze des freiheitlichen Staates. Die Zurückhaltung gegenüber dem internationalen Komplizentum dauert schon zu lange." (18.10.) Und die „Frankfurter Allgemeine" vom gleichen Tag: „Es darf diesen Mordkommandos niemand mehr ungestraft Asyl bieten." „Wir werden Ihnen das nicht vergessen", telegrafierte Schmidt an den somalischen Staatspräsidenten.

Wenn die Imperialisten so etwas sagen, muß man hellhörig werden. Er versprach die Überführung Somalias in die Schuldknechtschaft des BRD-Imperialismus mittels Entwicklungshilfe. Und die „Welt" sieht schon eine Schlacht um die Kontrolle von Kap Horn, des Ausgangs des Roten Meeres und Einfahrt zum Suezkanal, gewonnen.

Deutsche Größe kommt ins Spiel und macht die Reporter des Hessischen Rundfunks ganz trunken: „... wir waren heute vormittag schon vorbereitet, und das deshalb, weil es uns gelungen ist, dem Flugzeug mit der Sondereinheit der Wehrmacht sozusagen auf die Spur zu kommen." (18.10., 6.15 Uhr) Der Bourgeois-Tintenkuli der „Frankfurter Rundschau", Karl-Heinz Krumm, am 19. Oktober: „Mit 60 Mann war die ‚GSG 9' über Kreta ins Somaliland geflogen ..." „Somaliland" war die Bezeichnung der britischen und italienischen Imperialisten für ihre Kolonie, die heutige Demokratische Republik Somalia. Mit Kreta verbinden die deutschen Imperialisten ein Fallschirmjägerunternehmen aus dem Zweiten Weltkrieg, das ebensolche Helden hervorgebracht hat wie „unsere jungen Helden" (Bild, 19.10.). „Sie haben für unseren Staat gekämpft, für uns alle ... Sie haben sich um unser Land verdient gemacht. Danke!" Thomas Meyer in der „Süddeutschen Zeitung" möchte wissen, war das ein „generalstabsmäßig geplanter Feldzug im Kleinen oder hervorragende Improvisation im letzten Moment?" Es wäre doch zu schade, wenn die ganze Sache eine Improvisation gewesen wäre.



Der Bourgeois und sein „junger Held". Die *Beseitigung* der Flugzeugentführer war so felsenfester Bestandteil des Sturmbefehls, daß im bürgerlichen Lager gar niemand davon spricht. Es wird sich erweisen, daß die Schlächter vom GSG 9 die Schüsse auf die Entführer aus nächster Nähe auf durch die Blendgranaten wehrlos gemachte Menschen abgaben. – Die Polizeibeamten, die zur Durchsuchung der KBW-Zentrale eingesetzt wurden, haben nach eigener Aussage eine Gefahrenzulage erhalten, aber wenig, weil kein Schießbefehl. Bestimmt wird noch bekannt werden, wie hoch die Schlachtprämie war, die von den Bourgeois den jungen Helden vom GSG 9 versprochen wurde. – Denn diese sind schon Profis, und für nichts geht nichts.

„Daß die bundesdeutschen Terrorspezialisten auf fremdem Boden zum ersten Mal ihre nun weltweit anerkannten und beachteten Fähigkeiten beweisen können, ist nicht ohne symbolische Bedeutung." (Krumm in der Frankfurter Rundschau) Und er zitiert einen „Experten" aus dem Bundesinnenministerium: „Wenn man so will, bedeute der Einsatz der GSG 9 in Somalia einen Sieg der internationalen Solidarität über einen kleinkarierten deutschen Föderalismus."

Die Bundesrepublik ist klein, sowieso zu klein für das westdeutsche Kapital. Es will nicht kleine, schon gar nicht kleinkarierte, sondern große Brötchen backen.

Wie Bluthunde waren die „jungen Helden" bisher noch an der Leine gehalten worden. Wodurch „zwangsläufig Frustrationen entstehen". „Kompetenzgerangel" hatte ihren Einsatz im Innern verhindert. Die „symbolische Bedeutung" besteht darin, daß der Bundesgrenzschutz gezeigt hat, wo die Grenzen des BRD-Imperialismus liegen: in Afrika. Mobile Greiftrupps aus Söldnern, durch die die Imperialisten glauben, sich holen zu können, was ihnen paßt. Der nächste Einsatz „zum Schutze von Menschenleben gegen Terroristen" ist schon vorprogrammiert: zum Schutze der deutschstämmigen Siedlerkolonialisten in Namibia, Zimbabwe und Azania, wenn diese Völker ihre Befreiung „mit brutaler Gewalt", nämlich im bewaffneten Kampf, gegen die Imperialisten durchsetzen. Der Generalbundesanwalt Rebmann hat kürzlich vorgeschlagen, den Bundesgrenzschutz zur „Bundespolizei" umzubenennen. Das ist eine ganz und gar ungenügende Bezeichnung. Wir schlagen vor, ihn Bundesweltpolizei zu nennen, angesichts der Aufgaben, die ihm die BRD-Imperialisten zugedacht haben. Schon im Februar 1975 haben sie in weiser Vorausschau dem Bundesgrenzschutz den sogenannten „Kombattantenstatus" zuerkannt. Das heißt „mit dem Beginn eines bewaffneten Konflikts" (Kommissionsbericht des Innenministers) werden die Polizisten zu Soldaten und fallen unter das Kriegsvölkerrecht.

Kaiser Wilhelm hat zur Durchsetzung der Interessen des deutschen Imperialismus Kanonenboote eingesetzt. Noch heute schwärmen die Imperialisten vom „Panthersprung nach Agadir" in Marokko. Ihre neuen Raubtiere heißen GSG 9 und kommen per Flugzeug.

Die Form hat sich geändert – der Inhalt ist der gleiche geblieben: Ausbeutung und Unterdrückung zum Zweck der Erzielung von Höchstprofit. – (Z-Red.)

Die letzten Lohnerhöhungen befinden sich schon seit Monaten wieder in den Taschen der Kapitalistenklasse

.Was jeder Arbeiter nach den Lohnabschlüssen 1977 selbst erfahren hat, haben wir anhand einer Lohnzetteluntersuchung der verschiedenen Branchen nachgerechnet. Die Kapitalisten jammern über die hohen Löhne, die sie den Arbeitern zahlen müßten, besonders durch die „unvernünftigen" 6,9-Prozent-Abschlüsse der Metallindustrie. Aber bereits bei Abschluß dieser Prozenterhöhungen war klar, daß die Nettosumme, die der Arbeiter erhält, noch nicht einmal bis in den Sommer reichen würde, um die stetigen Preis- und Gebührenerhöhungen davon ausgleichen zu können, nachdem der Bruttolohn durch die Steuerprogression und die Anhebung der Krankenversicherung bereits erheblich aufgefressen war.

Wir haben diese praktische Erfahrung von Millionen Arbeitern anhand von vier Vergleichen von Lohnzetteln vor und nach der Lohnerhöhung dargestellt. Nie ist der Lohn gleich. Dafür sorgen Zulagen, die die Kapitalisten geben und streichen können, die sie als Spaltungsmittel benutzen und nach Lohnerhöhungen zum Zwecke der Lohnsenkung fallen lassen usw. Zulagen werden gezahlt, weil der Tariflohn selbst so niedrig ist, daß er zum Leben allein gar nicht mehr reicht. Indem diese Zulagen an Akkorde geknüpft sind, dienen sie zugleich auch der Vermehrung der Schweißauspressung. In der Stahlindustrie ist dieses kapitalistische Lohnsystem zu höchster Perfidie getrieben und ohne einen Computer gar nimmer lösbar aufzuschlüsseln. Es war für diesen Vergleich schon schwierig, Lohnzettel zu finden, die keine Überstunden aufweisen. Die Werktätigen müssen den gesenkten Reallohn ausgleichen durch Überstunden, um nicht vollends Mangel zu leiden. Das ist eine Tatsache, die die ganze Klasse erfassen wird, zum Normalzustand werden wird, gelingt es nicht, durch hohe Lohnabschlüsse von etwa 220 DM in Mark und Pfennig hier eine Schranke zu setzen.

In unserer Graphik kommt es uns auf folgenden Beweis an: Der letzte Lohnabschluß ist bereits seit Monaten aufgezehrt und das Geld befindet sich wieder in Händen der Kapitalistenklasse.

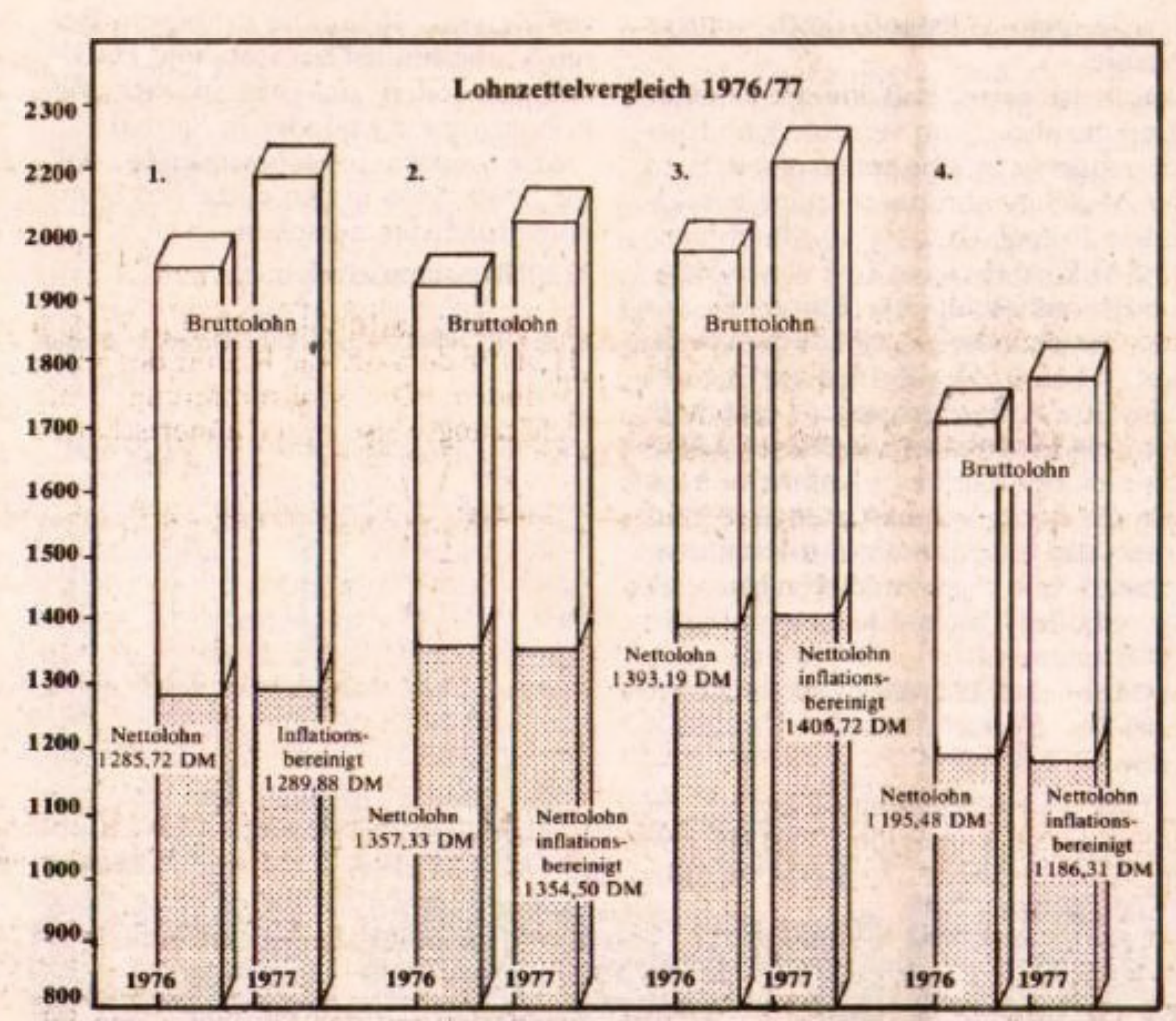
Dabei haben wir Zugeständnisse gemacht an die Rechnungsweise der herrschenden Klasse. Dies dadurch, daß wir uns an die offizielle Inflationsrate gehalten haben und aufs Jahr gerechnet mit 4% durchschnittlich annehmen. Es wird aber zum Beispiel keine Gebührenerhöhungen gegeben haben für Bus oder Straßenbahn, die nur 4% betragen hätten, die Fahrpreise also von 1 DM auf 1,04 DM gestiegen wären. Wenigstens werden es 20% sein. Fast überall sind in diesem oder im letzten Jahr die Mieten gestiegen. Steigt die Miete von 400 auf 440 DM für drei Zimmer, so ist die Steigerung erstens höher als 4%; zum anderen ist die Summe pro Monat so hoch, daß sie die netto übriggebliebene Lohnerhöhung z.B. für den Arbeiter bei Klöckner Bremen fast vollständig aufzehrt. In der letzten KVZ haben wir die Preissteigerungen von Lebensmitteln des Arbeiterhaushalts nachgerechnet anhand von einzelnen Sonderangeboten. Dabei hat sich bei diesen Produkten gegenüber der offiziellen eine reale Preissteigerung von 39% gegenüber September 1976 herausgestellt.

Wir haben also das, was man gegenüber der herrschenden Klasse in der Praxis nie machen darf, bei dieser Berechnung gemacht, wir waren großzügig gegenüber ihren Angaben. Das ging, weil sich bereits hier die gleiche Tatsache zeigt: Der Nettolohn des Stahlarbeiters ist bereits um 9,17 DM unter den letzten Lohnabschluß gedrückt worden. Nicht anders erging es dem Angestellten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Der Arbeiter der Deutschen Bundespost ist noch eineinhalb, der VW-Arbeiter noch vier Schachteln Zigaretten von der absoluten Senkung unter die letzte Lohnerhöhung entfernt; nach den wirklichen Preissteigerungen, die auf den Arbeiterhaushalt einwirken, handelt es sich um ganz andere Summen, um die der Lohn der Arbeiterklasse gegenüber dem letzten Jahr gesenkt worden ist. Daß sich der VW-Arbeiter in unserem Beispiel noch um vier Schachteln Zigaretten besser hält pro Monat, ist nicht dem Schmücker geschuldet, sondern den Festgeldbeträgen, die bei den letzten Lohnerhöhungen die Arbeiter dem Schmücker abgerungen haben. Daß es sich dabei nur um 12 Markstücke handelt, liegt an nichts anderem als daran, daß diese Festgeldbeträge nicht hoch genug und nur als Mindestbeträge an die Prozenterhöhungen gekoppelt waren. Es muß schon eine hohe Festgeldforderung sein, mit der die Arbeiter verhindern können, daß sich die Absicht der Kapitalistenklasse weiter durchsetzt.

Weiter betrieben wird diese Absicht durch das beschlossene „Steuerpaket" der Regierung, wonach den Arbeitern 15 bis 43 DM mehr von ihrem monatlichen Lohn erhalten bleiben sollen. Die Bourgeoisie verhöhnt die Arbeiter mit diesen „Summen" wie folgt: „Angesichts der Riesensummen, auf die der Staat zur Finanzierung dieses Steuerpakets verzichten muß, sieht das, was auf den einzelnen zukommt, etwas spärlich aus. Aber 20 bis 40 DM mehr in der Familienkasse, dafür kann man sich doch schon eine ganze Menge kaufen ..." (Fides Krause-Brever am 21. Oktober im ZDF, heute)

Nie wird diese geplante Abspeisung die Hand der Kapitalistenklasse verlassen, da bei jeder Lohnerhöhung die Falle der Steuerprogression zuschnappt und das *Mehr* an Lohnsteuern die „Steuersenkung" bei weitem übertrifft.

So wie der Absicht der Kapitalistenklasse, den Lohn der Arbeiterklasse stetig weiter zu senken, nur mit hohen Festgeldbeträgen zwischen 200 und 220 DM entgegengetreten werden kann, so wird gegenüber der Steuerprogression und den mit ihr entwickelten Fallen nur die Forderung nach einem Steuerfreibetrag von 1500 DM etwas ausrichten können. Die Festgeldforderungen von 200 bis 220 DM sind die, die in den Lohnkämpfen durchgesetzt werden müssen, der Steuerfreibetrag von 1500 DM dient als Stütze gegen die Steuerauspressung des bürgerlichen Staates und muß zur Forderung der ganzen Klasse werden. – (Z-Red.)



Lohnzettelvergleich 1976/77

Bei den verglichenen Lohnzetteln von 1976 und 1977 sind jeweils die gleiche Stundenzahl bzw. Arbeitstage verwendet worden. Die gezahlten Zuschläge (wie Berlin-Zulage beim zweiten Vergleich oder stahltypische Zulagen beim vierten Vergleich) sind in die Berechnung einbezogen. Der Nettolohn ist um die Inflationsrate von 4% runtergerechnet. Beim ersten Beispiel (Bundespost Frankfurt, ÖTV) ist der monatliche Durchschnittslohn berechnet, beim zweiten Vergleich (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, ÖTV) ebenfalls. Der dritte Vergleich (VW Wolfsburg, IGM), hat 168 Stunden als Grundlage. Der vierte Vergleich (Klöckner Bremen, Stahl) hat 21 volle Arbeitstage bei gleicher Schicht als Berechnungsgrundlage.

Kampf um den Lohn

Siemens Westberlin. Im Siemens Hausgerätewerk haben bis jetzt 220 Kollegen eine Unterschriftenliste unterschrieben, in der von der Geschäftsleitung eine sofortige Lohnerhöhung von 60 Pfennig die Stunde bzw. 100 Mark monatlich gefordert wird.

Berthold Westberlin. Der Vertrauensleutekörper hat für den Tarifkampf die Forderung von 210 Mark Festgeld aufgestellt.

Orenstein & Koppel Westberlin. Über 80 Kollegen fordern mit einer Unterschriftensammlung 60 Pfennig pro Stunde bzw. 100 Mark monatlich mehr. Auf der letzten Betriebsversammlung ist von mehreren Arbeitern die Forderung gegenüber der Geschäftsleitung erhoben worden.

Diag-Fritz-Werner Westberlin. Der gewerkschaftliche Vertrauensleutekörper diskutiert über die Lohnforderung für den Tarifkampf. Die meisten Vertrauensleute sind für eine Erhöhung um 200 Mark. Uneinigkeit liegt über die Forderungsart vor. Als Vorschlag ist außer den 220 Mark Festgeld noch in der Debatte 150 Mark Sockelbetrag plus 4%. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt worden. Zu der letzten Betriebsversammlung hatten 40 Arbeiter in einer Unterschriftensammlung eine sofortige Lohnerhöhung von 60 Pfennig/Stunde bzw. 100 Mark monatlich gefordert. Auf der Betriebsversammlung ist die „Lohnangleichung" mit westdeutschen DIAG-Betrieben, die die Geschäftsleitung anbietet, als spalterisch angegriffen und die Forderung nach 60 Pfennig/Stunde bzw. 100 Mark monatlich erhoben worden.

Herlitz Westberlin. Die überwiegende Mehrheit der Abteilung westdeutscher Versand und Preisauszeichnung bei Herlitz hat die Forderung 60 Pfennig/Stunde bzw. 100 Mark monatlich für Angestellte, Schluß mit den Überstunden aufgestellt und über den Vertrauensmann den Betriebsrat schriftlich aufgefordert, sofort Verhandlungen mit der Geschäftsleitung aufzunehmen.

Peine und Salzgitter. 4.10. Die Sozialdemokraten fordern auf der Betriebsversammlung 9%. Der SPD-Betriebsrat legt den Arbeitern im Werk Salzgitter nahe, eventuell gar nichts zu fordern, weil sowieso nur 5 bis 6% herauskomme.
7.10. Die Große Tarifkommission (Gesamtvertrauensleutevollversammlung) kündigt den Tarifvertrag zum 31.10., stellt aber keine Forderung auf. Zwölf Elektrikerlehrlinge beschließen, auf der Jugendversammlung am 15.10. für 250 DM einzutreten. Ihr Sprecher erhält auf der Jugendversammlung großen Beifall, andere Redner treten für Existenzlohn ein. Demnächst soll eine neue Jugendversammlung die Forderung beschließen. Anfang der nächsten Woche (24. bis 28.10.) soll die Gesamtvertrauensleutevollversammlung von Peine und Salzgitter Forderungen aufstellen.

Braunschweig. Auf einer weiteren Bereichsmitgliederversammlung (Geophysik) der ÖTV an der Technischen Universität wurde eine Forderung von 220 DM beschlossen.

sität wurde eine Forderung von 220 DM beschlossen.

Braunschweig. Die Fachgruppe Gymnasien (GEW) in Braunschweig hat den folgenden Beschluß gefaßt: „Die Fachgruppe bekräftigt ihren Beschluß vom 8.8.1977, der jede Rückstufung der Anwärterbezüge ablehnt. Die Forderung des Vermittlungsausschusses, die Bezahlung und den Status der Anwärter an Ausbildungsstipendien (BAFöG oder Graduiertenförderung) anzugleichen für März 1977, lehnt die Fachgruppe auf das schärfste ab. Sie spricht sich auch gegen die geplante Erhöhung der Stundenzahl der Lehrer aus und erhebt die Forderung nach einheitlicher Studenzahl von 23 Wochenstunden." Die Fachgruppe beschloß, für die kommende Tarifrunde einen Festgeldbetrag von 220 bis 250 DM zu fordern. Die Anträge sollen der GEW-Mitgliederversammlung vorgelegt werden.

Braunschweig. Die Betriebsjugendgruppe Krankenhaus Braunschweig der ÖTV hat beschlossen, „daß es jetzt notwendig ist, sich auf eine Lohnforderung zu einigen, die den Lohnabbau seit dem letzten Tarifabschluß ausgleicht. Möglich ist das auf einer Forderung nach 200 DM mindestens für alle gleich, die schon in vielen Bereichen erhoben wird. Für Auszubildende ist es richtig, die Forderung zu erheben nach 60% vom Festbetrag und ‚Weg mit der Senkung des Krankenpflegeschülertarifs'."

Braunschweig. Ein Kurs der Kinderkrankenpflegeschule Holwedestraße beschloß, im kommenden Lohnkampf im öffentlichen Dienst die Forderung nach 200 DM für alle gleich, 60% für Auszubildende, Weg mit der Senkung des Krankenpflegeschülertarifs, zu erheben und fordert eine Mitgliederversammlung.

Hildesheim. Die Mehrheit der Krankenpflegeschüler am Landeskrankenhaus hat in der letzten Woche einen Beschluß gefaßt für 130 DM. Weitere Beschlüsse werden noch in der nächsten Woche gefällt.

Uni Bremen. Der Vertrauensleutekörper hat ein Beratungspapier für die Beschäftigten verabschiedet, das im wesentlichen folgende Punkte enthält: Tarifvertrag Laufzeit elf Monate; 190 DM Festgeldforderung; 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Begründung: 190 DM sind 8,5% auf den Ecklohn. 200 DM und darüber nicht, weil das der KBW bereits vertritt. In zwei Abteilungen wurden Beschlüsse gefaßt, einmal 200 DM und einmal 220 DM.

Betriebsrat macht Drecksarbeit für VW-Kapitalisten

Betriebsrat macht Drecksarbeit für VW-Kapitalisten

Gewerkschaftssozialdemokraten „führen" Lohnkampf/Entlassener Arbeiter stellte Einheit für 600 DM auf den Tarif her

Wolfsburg. Am 18.10.77 hat die große Tarifkommission der IG Metall für die VW-Werke dem Verhandlungsergebnis über die Weihnachtsgelderhöhung und den einmaligen Abschlag von 75 bis 350 DM zugestimmt (siehe KVZ 42). Die Abstimmung sei mit großer Mehrheit für das Verhandlungsergebnis ausgefallen, nur die Vertreter der Lehrlinge hätten sich dagegen ausgesprochen, erklärte der zuständige Hallenbetriebsrat Stoffers auf Vertrauensleutesitzungen in der Halle 12 am Mittwoch, den 19.10.77, im VW-Werk Wolfsburg. An dem Verhandlungsergebnis gibt es nichts mehr zu rütteln, sollte die Erklärung heißen. Gerade die Arbeiter der Halle 12 hatten darum gekämpft, die Spaltung in den eigenen Reihen zu beseitigen.

Bereits 1973 hatten die Arbeiter in den VW-Werken einen Abschlag von 280 DM für alle erkämpft. Dieser Abschlag konnte bei den nächsten Tarifverhandlungen im Weihnachtsgeld tariflich abgesichert werden. Aus dieser Erfahrung heraus wurde eine Forderung von 600 DM für alle gleich erhoben. Sie wurde am Verhandlungstag selbst noch einmal in einer Erklärung von über 60 Arbeitern aus der Halle 12 bekräftigt, die einem Mitglied der Verhandlungskommission der IG Metall übergeben wurde.

Die Einheit der Arbeiter in der Halle 12 muß dem Schmücker mächtig in die Knochen gefahren sein. Die Gewerkschaftssozialdemokraten hatten sich alle Mühe gegeben, den Abschlag als Beteiligung der Arbeiter an den zur Zeit hohen Profiten der VW-Kapitalisten zu verkaufen. Man wird darauf warten können, daß Schmücker den Arbeitern beim Tarifkampf vorrechnet, daß die Lage nun schlechter sei und sie „ihren" Teil schon haben. Dies abgekartete Spiel von Schmücker und den Gewerkschaftssozialdemokraten ist nun bedroht. Unternehmen die Arbeiter bewußte Anstrengungen, ihre Spaltung zu überwinden, so können sie es auch. Die Ausbreitung dieser Erfahrung der Arbeiter müssen die Kapitalisten wie die Pest fürchten, weil jeder Angriff der Kapitalisten auf die Arbeiter unter diesen Bedingungen nur deren Geschlossenheit verstärkt. In solchen Situationen gehen die Sozialdemokraten ins Lager der offenen Reaktion über.

Sie verhindern die Beratung der Arbeiter untereinander. Zuerst wurde die Großbereichssitzung Produktion Nord, die am Montag, also einen Tag vor der Tarifkommissionssitzung, einberufen werden sollte, abgeblasen. Dann werden sie direkt für die Kapitalisten aktiv. Am Dienstag wurde ein Arbeiter aus der Halle 12, der maßgeblich am Zustandekommen der Erklärung der 60 Arbeiter für den 600 DM-Abschluß für alle gleich beteiligt war, fristlos entlassen. Der Betriebsrat hatte diese Entlassung beim Kapitalisten beantragt und natürlich Zustimmung erhalten. Grund: Beleidigung der Verhandlungspartner. Der Genosse hatte im Beriebsratsbüro, als er IGM-Flugblätter abholen wollte, das Verhandlungsergebnis als Verbrechen an den Arbeitern bezeichnet. Bereits das Zustandekommen der Erklärung der 60 Arbeiter sollte verhindert werden. Sitzungsgruppenleiter Stenzig drohte dem Genossen, das sei Störung des Betriebsfriedens, und was darauf stände, wisse er. Jetzt erklärte Hallenbetriebsrat Wegener und ein anderes Mitglied der Vertrauensleutesitzungsgruppe Klose, der Genosse hätte Schmücker und die Mitglieder der Verhandlungskommission der IG Metall als Verbrecher bezeichnet. Außer den beiden gab es nur noch einen weiteren Zeugen des Gesprächs, das dritte Sitzungsgruppenleitungsmitglied. Er war bei der Personalausschußsitzung, auf der die Entlassung verfügt worden ist, nicht anwesend. Die Sozialdemokraten hatten die Sache anscheinend genau vorbereitet. Sie wußten, die Spaltung würde zunächst wirken. Schließlich gibt es ja tatsächlich mehr Geld, und die Arbeiter brauchen dieses Geld. Die Entlassung soll die gewonnene Einheit gegen den geplanten Abschluß, insbesondere unter den 60 Arbeitern in der Halle 12, wieder zerreißen. Die klassenkämpferische Bewegung unter den Arbeitern soll demoralisiert und unterdrückt werden. Nutzen konnten die Gewerkschaftssozialdemokraten dabei die ungestüme Hetze, die die Bourgeoisie gegenwärtig gegen alle Revolutionäre entfaltet. So haben sie auf der Betriebsversammlung im Werk Braunschweig offen das Verbot von kommunistischen Organisationen propagiert, die Arbeiter bräuchten keine selbsternannten Führer.

Es stellte sich aber heraus, daß diese Hetze auch in ihr Gegenteil verkehrt werden kann. Bereits 18 Arbeiter aus dem VW-Werk Wolfsburg unterstützten bis Freitag den Vorschlag des KBW vom 19.10. für den Kongreß für Demokratie und Sozialismus/Die Front gegen Imperialismus und Reaktion aufbauen! und wollen sich in Wolfsburg, speziell im Volkswagenwerk dafür einsetzen, daß dieser Kongreß ein Erfolg wird. Fünf Arbeiter davon sind aus Halle 12. – (Betriebszelle VW-Wolfsburg)



Seesen. Fast 110 deutsche und ausländische Arbeiter, Lehrlinge und Schüler demonstrierten am Mittwoch, den 19.10.77, gegen den Polizeimord an dem 18jährigen italienischen Arbeiterjugendlichen Francesco Urru, fast 400 Menschen nahmen an der Abschlußkundgebung teil. Am Sonntag zuvor hatten etwa 50 italienische, griechische, jugoslawische, türkische und deutsche Arbeiter und Schüler aus Seesen innerhalb weniger Stunden einen Aufruf zur Demonstration namentlich unterstützt, der als Plakat geklebt wurde. Der Aufruf zur Demonstration wurde auch unterstützt von 16 Arbeitern der Blechwarenfabrik Züchner/Seesen, dem Vorstand des Türkischen Studentenvereins/Clausthal-Zellerfeld, sieben Beschäftigten des Herzberger Krankenhauses und den rund 100 Teilnehmern einer Kundgebung in Herzberg.
Am Montag schlossen sich die etwa 45 Teilnehmer einer öffentlichen Versammlung gegen den Polizeimord, zu der die Stadtzelle des KBW aufgerufen hatte, zusammen. Ein Sprecherrat wurde gewählt.

VFW: 60 Arbeiter für unbefristeten Streik

VFW Bremen. Die Arbeiter und Angestellten in Bremen haben letzten Monat vier mal gestreikt, insgesamt 8 Stunden lang. Offiziell war in der Presse zu lesen: für die VFW 614, für mehr Bürgschaften und Subventionen. Das war aber nicht der Grund, warum die Kollegen den Streikaufrufen des Betriebsrates gefolgt sind, sondern die Arbeits- und Lebensbedingungen. Von 1 200 bis 1 500 DM netto im Monat kann keiner alleine eine Familie ernähren. Einige Arbeiter werden zur Sonntagsarbeit gezwungen mit Drohung der Entlassung. Briefe wurden verschickt, wenn jemand krank war, mit dem Hinweis, daß er schlecht eingeplant werden kann, wenn das so weitergeht. Dazu der tagtägliche Kleinkrieg und die jetzt geplanten Entlassungen bei VFW, allein 1 200 von der 614. Das haben die Sozialdemokraten als Grundlage genommen und sich an die Spitze dieser Bewegung gesetzt mit Forderungen der Kapitalisten. Die Arbeiter an der 614 haben letzten Freitag gegen den Willen des Betriebsrates gestreikt, weil die Geschäftsleitung die Produktion einstellen will. Um 12 Uhr haben sie gestempelt. Jetzt haben 60 Arbeiter in der Halle eine Resolution für einen unbefristeten Streik, bis die Entlassungen vom Tisch sind, unterschrieben. Diese Resolution muß weitergereicht werden, damit der Druck auf den Betriebsrat größer wird.

Propagandaveranstaltungen auf dem Land zu den Kreistagswahlen am 23. Oktober in Niedersachsen

Bremen. Anläßlich der Kreistagswahlen führt der KBW zur Zeit in einigen Städten in Niedersachsen/Unterweser eine Veranstaltungsreihe durch, außerdem ist der Verkauf der KVZ in mehreren Ortschaften aufgenommen und sind Propagandastände durchgeführt worden.

Die erste Veranstaltung zum „Bauernlegen der Bundesregierung" wurde in den Städten Cuxhaven, Beverstedt, Bremervörde und Rothenburg durchgeführt. Besucht wurde sie vor allem von Jugendlichen. In Bremervörde wollten sieben Jugendliche, denen die Polizei kürzlich das selbstverwaltete Jugendzentrum geschlossen hatte, die Frage der Verbotsanträge diskutieren. In Beverstedt waren neun, zumeist jugendliche Besucher gekommen. Auf der Grundlage der Ausführungen der Kommunisten über die Gesetzmäßigkeit der Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern und die Politik der Bundesregierung war schnell Einigkeit darüber erzielt, daß der Sozialismus erkämpft werden muß. Geplant wurde, weiterhin gemeinsame Diskussionsrunden und Veranstaltungen durchzuführen. Auf dem nächsten Treffen wird beraten werden, wie das Theaterstück „Die erste Reiterarmee" auf dem Dorf aufgeführt werden kann.

Albrecht verdrückte sich

Goslar. Am 21.10. wollte der Ministerpräsident Albrecht auf dem Goslarer Marktplatz sprechen. Daraus wurde nichts: Er hat sich in die Aula des Ratsgymnasiums mit nur 250 Plätzen verdrückt, „weil der KBW sich angekündigt hatte" (Begründung eines CDU-Ordners). Draußen standen noch 250 Menschen. Der KBW enthüllte Albrechts Folterabsichten und den Zweck der christlich-nationalen Reaktion. Verabschiedet wurde Albrecht durch Sprechchöre gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD, KPD/ML und „Albrecht – Folterknecht". Eine Kundgebung, die der KBW durchführte, wurde von der Polizei vergeblich angegriffen.

Manöver, um das Energieprogramm durchzusetzen

Esenshamm. Das Verwaltungsgericht Oldenburg hatte der Klage eines Fischers auf Aufhebung der Grundgenehmigung für die Inbetriebnahme des KKW Esenshamm stattgegeben, da keine Kühltürme vorhanden sind, es aber Vorschriften gibt, daß das Wasser nicht über 26 Grad Celsius erhitzt werden darf und bei Inbetriebnahme des KKW Esenshamm die Bewässerung des Butjadinger Landes mit 40 000 Stück Vieh nicht mehr sichergestellt ist. Jetzt hat der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht diese Grundgenehmigung selbst verändert.

Streit soll es zwischen ihm und dem Koschnick deswegen geben. Waren nach der alten Grundgenehmigung noch Kühltürme bis spätestens 1982 zu errichten (so lange gedrosselter Betrieb des Kernkraftwerkes), so ist jetzt diese Frist aus der Genehmigung gestrichen. Außerdem will Albrecht den Wärmelastplan (höchste Temperatur 26 Grad) aufheben und stattdessen vorschreiben: eine „Aufwärmspanne des Weserwassers von drei Grad nach den jeweils gemessenen Temperaturen". (Weser-Kurier, 18.10.) Koschnick will nun „auf gerichtlichem Wege die Bremer Forderungen durchsetzen". Er spielt sich auf als Hüter der Umwelt: Es müsse „unverzüglich die Aufhebung der ‚sofortigen Vollziehbarkeit' der atomrechtlichen Genehmigung (beantragt werden), um eine nicht zu verantwortende Inbetriebnahme des Reaktors zu verhindern und Schaden von der Bevölkerung abzuwenden" (Weser-Kurier, 19.10.).

Ein Scheinstreit ist es, was die beiden sich da ausgedacht haben, allein zu dem Zweck, das Energieprogramm gegen die Volksmassen durchzusetzen, die staatliche Ausplünderung durch Gebühren zu verschärfen und den Expansionskurs des Finanzkapitals zu unterstützen.

Betriebsvereinbarung – Mittel zur Spaltung der Belegschaft und Schwächung des Lohnkampfes

60 Betriebsvereinbarungen auf dem Bremer Vulkan

Bremen. 1973 im selbständigen Streik haben die Vulkanarbeiter ihrem Kapitalisten ein Teilzugeständnis abgetrotzt. Nach einer Woche Streik, bei dem ständig steigender Kampfbereitschaft der Vulkanarbeiter, bei Streiks, die in den anderen Bremer Betrieben aufflammten, brachen die Sozialdemokraten mit freudiger Zustimmung der Vulkankapitalisten durch einen „Kompromiß" den Streik ab.

Zwischen 40 und 50 Pfennig mehr pro Stunde wurden erkämpft. Der Betriebsratsvorsitzende mußte abdanken. Er hinterließ der Belegschaft drei neue Lohngruppen – zur Festschreibung außertariflicher Zulagen. Drei Lohngruppen, die Arbeiter noch mehr spalteten und die sich bei den Höhergruppierungen jetzt verheerend auswirken. Stellt ein Arbeiter der Lohngruppe 7, 8 oder 9 den Antrag, höher eingestuft zu werden, so bekommt er nicht Lohngruppe 8, 9 oder 10. Er erhält die Lohngruppe 7a, 8a oder 9a.

Diese Betriebsvereinbarung dienen den Kapitalisten als ein Mittel der Spaltung. So sind sie eine gute Möglichkeit, die kampfstarken Belegschaften vom Kampf der gesamten Arbeiterklasse abzutrennen, die tariflich erkämpften Rechte der Arbeiterklasse zu unterlaufen und umfassend zu spalten. Allein 60 Betriebsvereinbarungen existieren zur Zeit auf dem Bremer Vulkan.

Wir werden untersuchen, wie sich die Prämienentlohnung an den Brennschneidemaschinen auswirkt:

Die Errechnung der Prämie wird abhängig gemacht von den Maschinenhauptzeiten und den Maschinenstillstandszeiten, die sich aus der Rüstzeit, Nebenzeit sowie aus einem auf die Stillstandszeit bezogenen Verteilzeitzuschlag zusammensetzt. In fast alle Maschinen ist ein Zeitschreiber eingebaut, ein sogenannter Fahrtenschreiber. Je mehr Stillstand, desto weniger Prämie!

Nun ist es so, daß innerhalb einer Branche also schon verschiedene Entlohnungssysteme bestehen. 1.) Z.B. in der Maschinenbrennerei wird gespalten in Prämie (bei 1 : 10 Maschinen) und Akkord (bei den 1 : 1 sowie Secator-Brennmaschinen). Innerhalb der vier bestehende 1 : 10 Brennmaschinen, so, daß „die Prämie für die gesamte Arbeitsgruppe . . . errechnet wird". Akkordbetrag an den 1 : 1 Maschinen betrifft dem Anschein nach nur die daran beschäftigten Arbeiter. Insgesamt arbeiten an den Brennmaschinen mit Tag- und Nachtschicht 40 Arbeiter. Diese teilen sich auf in 1 : 10 Brenner (20) 1 : 1 Brenner (12). Secator- und Handbrenner (8 Kollegen) im Bereich der Schiffbauhalle Gewerk. SBV 3.

Der Prämienausgangslohn ist die Lohngruppe 8 (Ecklohn) in DM 7,99 für über 19jährige, 7,59 DM für über 18jährige.

Voraussetzung, den Ausgangslohn zu erhalten, ist eine Einarbeitungszeit, die willkürlich vom Meister festgelegt wird. So teilen sich die 20 Arbeiter an den 1 : 10 Brennmaschinen auf in fünf Arbeiter mit Lohngruppe 7 gleich 7,59 DM (über 19), 7,21 DM (über 18, einer ist erst über 18 Jahre), drei bekommen die Zwischenlohngruppe 7a (7,87 DM), vier erhalten die Lohngruppe 8, acht zwischen 8a und 9a (8a gleich 8,31 DM, 9 gleich 8,63 DM, 9a gleich 8,95 DM). Darauf gibt es die jeweils anfallende Prämie, jedoch niemals mehr als 50%, meistens erheblich darunter.

Die 1 : 1 Brennmaschinen fallen unter Akkordberechnung. Sie haben als Bewertungsgrundlage die Lohngruppe 7. Von den 12 Arbeitern erhalten zwei die Lohngruppe 7, zwei 7a, vier die Lohngruppe 8, fünf die Lohngruppe 8a. Der Durchschnittsakkord beträgt zur Zeit ca. 36%. Die in diesem Bereich arbeitenden Secator- und Handbrenner teilen sich auf in vier mit Lohngruppe 8 und vier in 8a und 9.

Wir werden jetzt nachweisen, wie die Spaltungen in den einzelnen Stundenverdiensten aussehen.

1:10 Brennmaschinen

Lohngruppe	DM	Anzahl der Arbeiter	Differenz zur nächsthöheren Lohngr.	plus 40%	Differenz zur höheren Lohngruppe	Differenz zur höchsten Lohngruppe	Lohnerhöhung 1,27 DM	16%
7	7,21	1	0,38	10,09	0,54	2,44	8,48	8,36
7	7,59	4	0,28	10,63	0,39	1,90	8,86	8,80
7a	7,87	3	0,12	11,02	0,17	1,51	9,14	9,13
8	7,99	4	0,32	11,19	0,44	1,34	9,26	9,26
8a	8,31	4	0,32	11,63	0,45	0,90	9,58	9,64
9	8,63	2	0,32	12,08	0,45	0,45	9,90	10,01
9a	8,95	2		12,53			10,22	10,38

Von der niedrigsten zur höchsten Lohngruppe sind es 422,12 DM brutto. Vom Ecklohn bis zur höchsten Lohngruppe 233,5 DM. Wir rechnen hier die Werte der Arbeiter an den Brennmaschinen (1 : 1 Akkord) nicht aus, da klar ersichtlich ist, daß diese bei 36% Durchschnittsakkord teilweise noch weiter abgespalten werden. Im Auge müssen wir dabei haben, daß eine Reihe Arbeiter, wie Kranführer, Schiffbauer, Staplerfahrer, die diesem Gewerk angehören, teilweise noch tiefer eingestuft bzw. Zeitlohnarbeiter sind.

Netto haben die Arbeiter zwischen 1 100 DM und (bis einschließlich Ecklohngruppe 8) 1 350 DM (die 40% Prämie schon eingerechnet). Dafür müssen sie – außer den tariflich abgesicherten Pausen (3/4 Stunde) voll an der Maschine stehen. Der Zwang zu Überstunden ist hier angelegt. Eine Familie kann trotz allem nicht ernährt werden. In allen Bereichen der Werft haben sich gegen diese Maßnahmen der Kapitalisten Kämpfe entwickelt, die mehr oder weniger zersplittert geführt werden. Immer verweisen die Kapitalisten auf die bestehenden Vereinbarungen. Immer versuchen sie, die Arbeiter zu spalten, besonders wenn es an die Vorbereitung der Tarifauseinandersetzungen geht. Jetzt haben sie sich wieder für die Bonuszahlung bereit gemacht. Jeder Arbeiter, der seine tarifliche Arbeitszeit „voll ausgenutzt" hat, erhält 500 DM. Fehlzeiten – außer Unfall und Urlaub – werden angerechnet. Wer unter diesen Umständen noch 75% hat, darf auf 100 DM brutto hoffen.

Hoffen die Kapitalisten, damit die Arbeiter befrieden zu können, wird man ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Gerade in dem oben untersuchten Gewerk haben die Arbeiter einheitlich die Forderung nach Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnforderungen in den Tarifrunden beschlossen. Diese Forderungen erheben die Notwendigkeit, die erkämpften Rechte gegen die Kapitalisten als Klasse gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu sichern. Alle selbständigen Kämpfe der Arbeiter müssen in der einheitlichen Aufstellung einer Tarifforderung und der Vorbereitung des Streiks ihre Zusammenfassung finden. – (Betriebszelle Bremer Vulkan/N-Red.)

Ärzte und Pflegepersonal haben den Kampf gegen Medikamentenversuche aufgenommen

Bremen. Eine Initiative von Ärzten und Pflegepersonal aus den Bremer Krankenhäusern hat enthüllt, daß Oberärzte Medikamentenversuche an Patienten durchführen lassen. 18 Präparate werden aufgeführt, die entweder schon getestet worden sind oder sich noch in „Testung" befinden. Auf zweierlei Art wird experimentiert:

a) der „einfache Versuch: der Arzt setzt ein Mittel am Patienten ein und protokolliert die Wirkung,

b) die „Doppelblindstudien", bei denen ein neues Medikament gegen ein schon länger auf dem Markt befindliches Medikament und/oder ein Placebo (unwirksame Substanz) getestet wird, weder Arzt noch Patient wissen, welche Substanz verabreicht wird.

Geleitet werden diese Versuche von den Chef- und Oberärzten, die für dieses Geschäft von der Pharmaindustrie reichlich belohnt werden: Pro Patient gibt es zwischen 35 DM und 500 DM, in der Summe brachte das für neun Ärzte, die Medikamentenversuche an 230 Patienten durchgeführt hatten, etwa 24 000 DM.

Diese Menschenversuche werden vom Bremer Senat voll und ganz gedeckt: „Arzneimittelversuche gehören zu den normalen Aufgaben des Krankenhausarztes im Hauptamt." (Senatsdirektor Euler im Weser-Kurier vom 13.10.77) Am 14.10.77 verkündet Brückner, ebenfalls im „Weser-Kurier", daß er plant, Strafanzeige zu stellen für den Fall, daß diese Behauptungen über die Arzneimitteltestungen nicht zurückgenommen werden. Und weil er genau weiß, daß die Arbeiterklasse diese Zustände an den Krankenhäusern nicht mehr länger hinnehmen wird, hat er bereits vorgesorgt mit einem Schreiben, das jeder Patient erhält, bevor er überhaupt ein Bett bekommt: „Der Patient hat die Anordnungen des Krankenhauspersonals zu befolgen und alles zu unterlassen, was die Ordnung der Krankenhausbetriebes stört. Bei Verstößen gegen diese Pflichten kann der Patient von dem leitenden Arzt ohne weiteres aus dem Krankenhaus entlassen werden."

Gemeinsam mit den gewerkschaftlich organisierten Ärzten im BGÄ (Bund Gewerkschaftlicher Ärzte) wurde von der Initiative ein Flugblatt und eine Veranstaltung geplant. Die Gewerkschaftsführung hat diese offizielle Zusammenarbeit verhindert. Die Veranstaltung wurde aber dennoch durchgeführt.

Aus fünf Bremer Krankenhäusern kamen Schwestern und Ärzte, die über Fälle berichteten. So wurde im Krankenhaus Sebaldsbrück ein Magenpräparat getestet, bei dem die Patienten durchschnittlich fünfmal mehr eine Magenspiegelung über sich ergehen lassen müssen. Das heißt, sie müssen morgens nüchtern bleiben und während der Untersuchung ein starres Rohr (durchschnittlich 3 bis 4 cm) herunterwürgen. Für einen alten, schwachen Patienten heißt das, daß er nach diesen Strapazen kaum wieder auf die Beine kommt. Diskutiert wurde, daß man auf den Stationen den Zusammenschluß von Ärzten, Pflegepersonal und Patienten herstellen muß, um diese Versuche kollektiv zu boykottieren.

Im Januar tritt das neue Arzneimittelgesetz in Kraft. In diesem Gesetz wird festgelegt, daß nach dem Abschluß der pharmakologisch-toxikologischen Prüfung die klinische Prüfung keiner Zulassung bedarf. Das heißt, nachdem dies Medikament von der Pharmaindustrie in Tierversuchen getestet wurde, kann es in den Kliniken eingesetzt werden. Das Gesetz entspricht dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, das die Beseitigung der Alten und Rentner vorsieht, denn es bietet sich natürlich an, neue Medikamente an diesen auszutesten.

Der Zusammenschluß der Beschäftigten gegen die Medikamentenversuche ist ein guter Schritt, um diese Gesetze zu bekämpfen. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

Ausbooten und Ausbluten

Der „Weser-Kurier" vom 20.10. schreibt über die Haushaltsdebatte im Bremer Senat: "Die Führungsgremien von Senat, Fraktion und Partei machten dann auch gestern kein Hehl daraus, daß zur Sicherung des Finanzrahmens auf der Einnahmenseite Erhöhungen von Gebühren, Steuern und Tarifen erforderlich sind", weil, so SPD-Landesvorsitzender Dr. Scherf: „Wir nehmen den Kampf um jeden Arbeitsplatz ernst und hoffen, daß dieses Senatskonzept Signalwirkung für das Gehaltsgebahren der anderen Gebietskörperschaften in der BRD hat." Das Tun der Bourgeois-Politiker ist das von Hyänen, ihr Ziel Ausbooten und Ausbluten der Arbeiterklasse. Wer für den Erhalt der Arbeitsplätze ist, soll den Länder- und Stadtparlamenten auch gleich einen Blankoscheck für gesteigerte Ausplünderung geben. Nur, die Arbeiterklasse weiß, das „Arbeitsplätze sichern" heißt, Millionen aus Lohngeldern den Kapitalisten in den Hintern zu blasen zur Durchrationalisierung des Arbeitsprozesses, zur Verschärfung der Ausbeutung und als „Zuschuß" für rechtlose, billige Arbeitskraft. Ausbooten, weil in jedem Ort zu verschiedenem Zeitpunkt, unterschiedlich in der Art und Höhe Gebühren und Tarife angehoben werden. Einheitlich wird zugelangt bei der Post mit der Einführung des Telefonzeittaktes, der Erhöhung der Telegrammgrundgebühren und Fahrpreiserhöhung bei den Postbussen. Einheitlich auch die Gebührenerhöhung von Rundfunk und Fernsehen um 2,50 DM.

Dieser Plan ist raffiniert, unverschämt und endlos. Wie weit der Lohn der Arbeiter bereits gedrückt ist, zeigt, daß der Osnabrücker Kreistag bei der Erhöhung der Müllabfuhr gleichzeitig einen „Sozialeffekt", um soziale Härten zu mildern, beschlossen hat.

Endlos, bis ihm ein Ende durch eine einheitliche und damit kraftvolle Front für 220 DM mehr Lohn als auch gegen die Ausplünderungspolitik gesetzt wird im Aufbau der Kampffront für Demokratie und Sozialismus. – (N-Red.)

Kiel

Müllabfuhr: 40% auf 18,20 DM ab 1.1.77; Straßenreinigung: 18% auf 8,69 DM ab 1.1.77; Abwässergebühren: 14% auf 1,10 DM ab 1.1.77; Hallenbäder: 18% auf 2,60 DM (1977); Freibäder: 17% auf 2,00 DM (1977); Krankenwagen: 9% auf 119,90 DM (1977); Wasser: 9,5% auf 1,15 DM (1977) Fahrpreise: 11–28% (1977)

Lübeck

Kindertagesstätten: 5 DM mehr (1977); Gas: 4,25% ab 15.9.77; Städtische Friedhofsgebühren: 11,9% (1977)

Eckernförde

Strom: 7% auf 14,5 Pfennig/KWh (1977); Fahrpreise: 12% auf 90 Pfennig (Einzelkarte) ab 1.5.77

Hamburg

Krankenkassenpflegesätze für UKE, Altona und St. Georg: 8% auf 203,40 DM ab 1.6.77; Pflegeheimsätze: 10% auf 1406 DM monatlich ab 1.7.77; Staatliche Altenheime: 10% ab 1.10.77; Fahrpreise: 5,8% ab 1.10.77

Hannover

Kanalnutzungsgebühren: 16% auf 1,55 DM/cbm ab 1.2.77; Müllabfuhr: 17% auf 26,50 DM/t ab 1.4.77; Fahrpreise: 1978 geplant, bis zu 136% ab 1.3.77

Hildesheim

Strom: geplant 6%; Fahrpreise, Mehrfartenkarte wurde gestrichen (1977); Altenheim: 10,7% auf 62 DM/Tag, für Gehfähige um 32% auf 27 DM/Tag ab 1.10.77; Essensgeld in Kindertagesstätte: 40% auf 28 DM ab 1.6.77; Gebühren Straßenverkehrsamt: 10% ab 1.7.77; Kanalgebühren: 6% auf 1,60 DM/cbm (1977); Gas: 11% ab 1.3.77

Bremen

Kanalbenutzungsgebühr: 27% auf 1,06 DM/cbm zum 1.8.78; Kanalbau- und Kanalanschlußbeiträge: 6% geplant für 1978; Friedhofsgebühren: 25% geplant 1978; Hundesteuer, Krankentransport- und Feuerwehrgebühren, Verwaltungs- und Marktgebühren: Erhöhung geplant für 1978; Fahrpreise: ca. 10% geplant für 198, 25% ab 1.1.77

Osnabrück

Müllgebühren: 50,3% ab 1.1.78 im Landkreis; Ferienpaß: 150% auf 5,00 DM (Sommer 1977)

Oldenburg

Netzmonatskarte: 13% für 1978 geplant; Fahrpreise: 23–75% ab 1.7.77

Braunschweig

Krankenhaustagessatz: 2% auf 176,90 DM ab 1.1.77; Krankentransport: 68% auf 84 DM ab 1.2.77; Straßenreinigungsgebühr: 9,5–10%; Müllabfuhr 6–20,3% ab 1.1.77

Peine

Fahrpreise: 12,5–55% ab 1.10.77; Bäderpreise: 200% auf 2,00 DM ab 1.5.77

Westberlin

Wasserpreise: durchschnittlich 5,5% ab 1.1.78; Gas: 10%; Müllabfuhr: 20%, Straßenreinigung: 24% und Fahrpreise ab 1.8.77

Weg mit den Beurteilungsrichtlinien! Weg mit den Noten!

Hamburg. Die Hamburger Bürgerschaft hat auf ihrer letzten Sitzung das neue Schulgesetz verabschiedet. Die bürgerlichen Politiker erwarten neuen „Ärger an der Schulfront", wie das „Hamburger Abendblatt" berichtet. Der Zusammenschluß der Jugendlichen im Kampf gegen das Notensystem, gegen die Verschärfung der Schulunterdrückung, macht Fortschritte. So sahen sich die bürgerlichen Politiker gezwungen, mit der Verabschiedung des Schulgesetzes auch gleich der Schülerkammer „illegale Aktivitäten" wie Aufruf zum Streik zu verbieten.

Bei den diesjährigen Klassensprecherwahlen haben viele Klassen solche Schüler gewählt, die den Kampf gegen das Notensystem unterstützen. Als Klassensprecher in der Köcheklasse 5/2 h der Gewerbeschule 11 für Nahrung und Genußmittel z.B. wurde ein Schüler gewählt, der ganz neu in der Klasse war. Die Schüler wußten nicht viel von ihm außer, daß er im letzten Block sich als Blocksprecher hatte aufstellen lassen und bei der Vorstellung damals in den Klassen gegen das Notensystem und gegen Schikanen bei den Bäckerprüfungen auftrat. Er unterstützte den Lehrer Diehl, der den Schülern eine Einheitsnote Zwei in Politik gegeben hatte. Auch in den Betrieben verstärken die Arbeiterjugendlichen den Kampf gegen Aufspaltung durch Noten und Stufenausbildung.

Bei AEG N4 ist das ganze dritte Lehrjahr durch die Zwischenprüfung gefallen. Das liegt nicht an der „Unfähigkeit" der einzelnen, sondern an der Verschärfung der Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft durch die AEG-Kapitalisten. Wenn Blechschlosserlehrlinge in die Fertigung kommen, so werden sie als Hilfskräfte dort eingesetzt, damit die Produktion termingerecht ablaufen kann. Sie halten die Bleche beim Stanzen, ohne daß man ihnen die Maschinen erklärt. Einige kamen in eine Schweißecke, wo sie nach einigen Monaten „Übung" eine vollwertige Arbeitskraft ersetzen, aber keinen Facharbeiterlohn bekommen. Gerade diese Beispiele zeigen, daß die AEG-Kapitalisten trotz aller Reden über soziale Ausbildung uns nur soviel Ausbildung beikommen lassen, damit wir billige Lohnarbeiter werden.

Aussortiert werden wir durch die Noten. Von 160 Lehrlingen, die bei der AEG N 4 lernen, haben 120 Realschulabschluß, 35 Hauptschulabschluß, vier Sonderschule und zwei Abitur. Gerade bei den Schlossern, die alle Hauptschule und Sonderschule haben, kann man es gut sehen, sie machen praktisch von drei Jahren zwei Jahre Produktionsarbeit für Lehrlingslohn (360 DM netto). Diejenigen, die den Realschulabschluß haben, lernen in ihrer Mehrheit elektrische Berufe (Elektroanlageninstallateur und Elektrogerätemechaniker) in der Stufenausbildung, d.h. mit zwei Jahren Ausbildungszeit in der 1. Stufe. Danach sind sie bessere Hilfsarbeiter. Wieder entscheiden die Noten, ob sie Facharbeiter (2. Stufe Energieanlagenelektroniker und Elektrogeräteelektroniker) werden, d.h. über die weitere Existenz (immer beträgt der Unterschied zwischen beiden einige hundert DM netto). Der Notenschlüssel ist willkürlich von den AEG-Kapitalisten bei 3,2 theoretisch und 3,0 praktischer Durchschnitt festgelegt worden, weil die moderne kapitalistische Produktion immer weniger Facharbeiter und immer mehr angelernte Arbeiter für niedrigeren Lohn braucht. Einer soll nicht übernommen werden, weil er 3,4 hat. Ca. 30% werden nicht in die 2. Stufe übernommen, dieser Satz soll erweitert werden durch die Hebung des geforderten Durchschnitts.

Dagegen gibt es Kampf. Blechschlosserlehrlinge und alle anderen Berufe schließen sich immer mehr zusammen für einen kontrollierten Ausbildungsplan, der nicht nach Noten geht, sondern danach, was wir lernen müssen, um die Produktion zu beherrschen. Gegen die Stufenausbildung steht die Forderung der Jugendvertretung, daß alle übernommen werden müssen in die 2. Stufe, keiner durchfällt. Diese Forderung setzt sich immer mehr durch. Die gewerkschaftliche Jugendgruppe der IG Metall bei der AEG, die sich nach den Auseinandersetzungen um den Ausbildungsplan gegründet hat, will auch den Kampf gegen die betrieblichen Zeugnisse und Noten führen unter der Forderung „Weg mit den Beurteilungsrichtlinien – Weg mit den Noten!" Das wird sich auswirken auf den Kampf in der Berufsschule gegen die Prüfungen und gegen die Noten und den Zusammenschluß gegen die AEG-Kapitalisten dienen. – (KJB Metallzelle)





In Delmenhorst baute der Kommunistische Jugendbund Delmenhorst auf dem Flohmarkt einen Stand auf, um den bewaffneten Kampf in Zimbabwe zu unterstützen. Durch den Verkauf am Basar und durch Spenden kamen 428,06 Dm zusammen.

In Göttingen hatte der Direktor des Otto-Hahn-Gymnasiums eine Wandzeitung abgerissen, die aufrief zur Sammlung Gewehre für die Jugend Zimbabwes. Am Samstag, dem 22.10., ist der KJB Göttingen in die Schule gegangen, hat den Direktor angegriffen und den Vorschlag gemacht, eine Ausstellung über den bewaffneten Befreiungskampf zu machen, wofür die Außenmauern des Gymnasiums reichlich Platz bieten. Mehrere Schüler unterstützten das, und eine Klasse hat den KJB in den Gemeinschaftskundeunterricht eingeladen. An der Außenmauer des Gymnasiums steht inzwischen: Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Gewehre für die Jugend Zimbabwes!

Vereint wird das Volk von Azania die rassistischen Kolonialstaat zerschlagen und die Macht des Imperialismus brechen

12 Afrika-Solidaritätskomitees aus der BRD und Westberlin führen zur Zeit eine Veranstaltungsreihe zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania mit einer Delegation des Afrikanischen Nationalkongresses – Afrikanische Nationalisten (ANC-AN) durch. Die Delegation des ANC-AN besteht aus den Genossen J.D. Matlou, Vorsitzender des ANC-AN, Gilbert Hlalukane, Vorsitzender des Büros des ANC-AN in Botswana sowie dem Genossen Zola Sonkosi. Auf Vorschlag des ANC-AN wird während der Veranstaltungsreihe Geld gesammelt, das zum Kauf von mindestens einem Kleintransporter verwendet werden soll. Viele Kämpfer aus Azania haben das Land verlassen, um sich politisch und militärisch auszubilden. Sie müssen in die Lager nach Tansania, Sambia und Mozambique gebracht werden. Dazu sind Transportmittel nötig. Die Veranstaltungen mit der Delegation des ANC-AN finden statt:

		Veranstalter:
Berlin	22.10.	KSA Berlin
Hamburg	24.10.	Afrika-Komitee Hamburg
Bremen	25.10.	Afrika-Komitee Bremen
Göttingen	27.10.	KSA Göttingen
Osnabrück	28.10.	KSA und GUV Osnabrück
Essen	31.10.	KSA Essen
Köln	1.11.	Bezirk Köln des KBW
Gießen	2.11.	KSA Gießen
Mainz	4.11.	AKSAM Mainz
Heidelberg	5.11.	KSA Heidelberg
Ravensburg	7.11.	KSA Ravensburg
München	8.11.	KSA München
Freiburg	9.11.	KSA Freiburg

„Sonderprogramm" für „gute Kreditkunden"

Die Landwirte sind gute Kreditkunden, freut sich der Geschäftsführer des westfälisch-lippischen Sparkassenverbandes: Bei Vollerwerbslandwirten liegt die Verschuldung pro Hektar bei 2448 DM durchschnittlich. Dieser Parasit besitzt die Unverfrorenheit, die ständige Verschuldung der Landwirte anzupreisen, weil durch die so erbrachten Investitionen in der Landwirtschaft ein Wachtum von 7,8% möglich gewesen war. Daß den Bauern, die ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können, unweigerlich Ruin droht, ist für ihn Grund, noch höhere Verschuldung der Bauern zu erzielen: Ein Sonderprogramm soll erarbeitet werden. Sonderprogramm soll erarbeitet werden.

Noch mehr „Produktivitätswachstum" für eine Handvoll Großbauern und für die Masse der Bauern Würgen durch die Banken und Ruinierung – so will es das Finanzkapital.

Den Zwang, ihre Existenz als Landwirt aufrechtzuerhalten durch vollständiges Verkaufen an die Banken, können die Bauern abschütteln, wenn sie kollektiv produzieren und gemeinsam mit der Arbeiterklasse das Joch des Finanzkapitals zerschlagen.

Schwarz-rot-goldene Sorge um die Jugend

Die Sorge um die Jugend scheint die Bourgeoispolitiker, die Regierungsräte, Pfaffen, Oberlehrer und andere „Jugendfreunde" in der letzten Zeit schier zu erdrücken. Kein Wunder! Zur Abrichtung auf die Lohnsklaverei gehören immer zwei. Am guten Willen fehlt's den Bourgeois nicht, allein das Geschäft wird immer schwerer. In Bayern ordnete der Kultusminister jüngst an, daß Schuldirektoren sich nur noch pistolenbewaffnet unter die Schuljugend begeben dürfen, so verhaßt hatten sich diese hochbezahlten Unterdrücker gemacht. Die Jugendzeitschrift „Bravo" hat es anscheinend auch immer schwerer, ihren klebrigen Brei anzugießen. Anfang Oktober startete sie eine Fragenbogenaktion: „Sag uns, wie Du bist und wie's Dir geht . . ., dann können wir in Bravo noch viel mehr auf Dich eingehen!" Neben zahlreichen Fragen zum sexuellen Verhalten soll auch Antwort gegeben werden auf die Fragen:

„Hast Du Sorgen oder Probleme in Schule oder Beruf?" „Hast Du aus beruflichen Gründen Angst vor der Zukunft?" „Könntest Du Dir vorstellen, gegen andere Menschen körperliche Gewalt anzuwenden?" Am Ende werden sie erfahren, daß die Widersprüche der Arbeiter- und Schuljugend zur bürgerlichen Gesellschaft groß sind und ihr Widerstand auch. Daran ändert das geschickteste „Auf-Dich-Eingehen" nichts.

Den Scheel hat die Sorge kürzlich getrieben, sich nicht nur als Bundespräsident, sondern auch „als Vater schulpflichtiger Kinder" an die „Bürger unseres Staates" zu wenden: „Und so habe ich den Eindruck, daß Zahl und Dichte der Bezüge, die heute ein junger Mensch hat, abnehmen." So Hochgestochenes muß in verständliches Deutsch gebracht werden: „Der Jugend von heute ist nichts mehr heilig. Der Respekt vor der Schule, vor dem Fabrikherren, ja selbst vor dem Polizeiknüppel ist dahin. Die Säule unserer Gesellschaft, das Privateigentum, das uns das Höchste ist, gilt ihnen nichts. Und Liebe zum Vaterland? Keine Spur." „Wenn es uns ernst ist mit den Werten unserer Gesellschaft, dann müssen wir unsere Gesetze, die vorhandenen und die zukünftigen, daraufhin prüfen, inwieweit sie auf menschliche Bezüge – denn das sind natürlich die wichtigsten – Rücksicht nehmen." Ja, prüft nur! Prüft eure Gesetze, sie werden nicht taugen, die Liebe zu euren Werten einzubleuen und dem Kampfgeist der Jugend das Kreuz zu brechen, wie die Schulgesetzgebung nicht taugt, um den „menschlichen Bezug" zu einer 5 oder 6, zum ganzen Notensystem herzustellen. Wie das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht taugt, den „menschlichen Bezug" zu Nacht- und Akkordarbeit, zur schrankenlosen Ausbeutung herzustellen. Wie die Wehrgesetzgebung nicht taugt, den „menschlichen Bezug" zum Hungersold von 165 DM, zur imperialistischen Armee herzustellen.

Vorbilder braucht die Jugend, tönen die Bourgeois, „Beispiele dessen, wofür wir alle einzutreten haben". Jetzt endlich glauben sie die passenden Exemplare gefunden zu haben: „. . . dürfen wir . . . mit Genugtuung auf die Leistung unserer Grenzschutzbeamten und all derer schauen, die wir nach Mogadischu entsandt haben. Hier wurde ein Beispiel und ein Vorbild gesetzt für die Jugend in unserem Lande, ein Beispiel dessen, wofür wir alle einzutreten haben", begeisterte sich Schmidt in seiner jüngsten Regierungserklärung. Auf, auf, ihnen nach! „Es gibt so unendlich viel Vernünftiges und Wichtiges zu tun, bei uns und *draußen in der Welt*." (Scheel) „Unsere obersten Werte" in alle Länder tragen, als „Entwicklungshelfer", wie die CDU auf ihrem derzeit stattfindenden Kongreß „Zukunftschancen für die Jugend" forderte, als „Grenzschützer" und Soldaten.

Die Bourgeoisie hat ehrgeizige Absichten, nach Ausbeutung und Unterwerfung fremder Völker, nach der Errichtung ihrer Herrschaft „draußen in der Welt" steht ihr der Sinn. Bei dem Versuch, die Jugend der Volksmassen für ihre imperialistischen Ziele zu gewinnen und einzuspannen, hat sie den Segen der Kirchen sicher: „Die Botschaft der Liebe, des Lebens und des Friedens in die Welt zu tragen, dazu ermutigte Bischof Dr. Helmut Hermann Wittler" die 7500 Jungen und Mädchen auf dem Meßdienertag in Osnabrück. Wie weiland die katholischen „Oberhirten" Deutschlands (8.6.33): „. . . vergessen wir über unserer Liebe zum Volke und Vaterland die natürliche und christliche Verbundenheit mit den anderen Völkern und Völkerfamilien nicht . . ." Und: „Wir verlangen nur Gerechtigkeit und Lebensraum im Interesse des allgemeinen Friedens, wie es auch unser Heiliger Vater des öfteren feierlich betonte." – (Z-Red.)

Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse! Zusammenschluß aller Westberliner Lehrer in einem Landesverband!

Westberlin. Vom 30.10. bis 3.11. findet die Bundesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Mannheim statt. 400 Delegierte sollen dort 110000 Lehrer für die nächsten drei Jahre auf die Zusammenarbeit mit dem Dienstherrn und die Unterdrückung der Jugend des Volkes festlegen. So will es jedenfalls Erich Frister. Die Sozialdemokraten haben die Organisation der Lehrer tief gespalten. Die Maßnahme, den Landesverband Westberlin aus der GEW und dem DGB auszuschließen, sollte die Unterwerfung der fortschrittlichen Lehrerbewegung unter die Politik der Sozialdemokratie besiegeln.

Heute, acht Tage vor dem Gewerkschaftstag, gibt es Kampf in den Gliederungen der GEW. Der Hamburger Landesverband fordert die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und den Zusammenschluß aller Westberliner Lehrer in einem Landesverband. Der Bezirksvorstand Kreuzberg der GEW Westberlin hat am 18.10. festgelegt, daß

– alle Delegierten des ausgeschlossenen Landesverbandes nach Mannheim fahren
– der Bundesvorstand die Kosten trägt
– den Betriebsgruppen empfohlen wird, gemeinsame Sitzungen mit den Kollegen im Frister-Verband zu organisieren und dort die Delegierten beider Verbände mit Mandaten für die Wiederaufnahme der GEW Berlin zu versehen
– gemeinsame Beratungen der Delegierten beider Verbände durchgeführt werden
– eine Kundgebung vor der Bundesvertreterversammlung durchgeführt wird.

Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung vom 19.10. daraufhin beschlossen: 1. Alle zwölf Delegierten und der Vorsitzende fahren nach Mannheim. 2. Es sollen Beratungen mit den Delegierten des Frister-Verbandes stattfinden.

Dies sind richtige Schritte. Und richtig wird es sein, wenn die Mitglieder der GEW in Mannheim ihre Forderungen gegen die kapitalistische Rationalisierung, für den Zusammenschluß der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst für 220 DM mehr, für die Unterstützung der Kämpfe der Schuljugend gegen das Notensystem und für die Einheitsschule erheben.

Das Essen wird häufig mal an die Wand geworfen

Schulspeisung

Hannover. An der Integrierten Gesamtschule Langenhagen kostet ein Mittagessen in Alufolie 2,20 DM. Das Essen ist schon lange im voraus vorbereitet und enthält kaum Vitamine.

Das warme Mittagessen an der Robert-Bosch-Gesamtschule und an der Ganztagsschule Drispenstedt in Hildesheim kostet sogar 2,30 DM (mit der Möglichkeit, daß „Bedürftige" vom Sozialamt einen Zuschuß kriegen, so daß sie 2,00 DM bezahlen statt 2,30 DM). Auch hier wird das Essen von außerhalb gebracht, lange gekocht und lange gelagert. Beispiel für ein solches Mittagessen: Fisch mit Kartoffelsalat und Joghurt, oder Bregenwurst mit Grünkohl und Pudding.

An fast allen Schulen kann man außerdem während der Pause – in der Regel bei dem Hausmeister – was zu trinken kaufen, manchmal auch was zu essen kaufen. Milch und Kakao kosten in der Regel 0,35 DM. In der Egestorffschule in Hannover werden sie Ende des Schuljahres 1976/77 von 0,30 auf 0,35 DM erhöht worden. In dem Schulzentrum Wunstorf müssen die Schüler für Milch und Kakao sogar 0,45 DM bezahlen. Eine kleine Flasche Cola kostet an der IGS Langenhagen 0,90 DM, eine Quarkspeise 0,55 bzw. 0,50 DM, ein Buttermilchquark 0,60 DM und ein Pudding 0,40 DM. Früher gab es dort Getränkeautomaten, wo man für weniger Geld was zu trinken kaufen konnte: Allerdings war die Qualität so saumäßig, daß auf Grund der Proteste der Schüler die Automaten abgeschafft wurden – und die teureren Waren als einzige Alternative angeboten wurden. Meistens gibt es außer Milch, Pudding usw. kaum was zu kaufen. Wenn schon was da ist, dann ist das unverschämt teuer. So müssen die Kinder für ein Paket Kekse, wo fünf bis sechs Stück enthalten sind, an der Egestorffschule 0,70 DM bezahlen.

Osnabrück, Gesamtschule Schinkel

Das Essen kostet 2 DM. 2 DM werden von der Stadt zugeschossen. Das Essen kommt von Hansa-Fertig-Menü. 700 bis 800 Schüler essen dort in der Schule. Wer nicht dort ißt, muß sich von der Schulleitung eine entsprechende Genehmigung holen, die in den Schulausweis mit aufgenommen wird. Das Essen ist von der Qualität, daß es häufig von den Schülern an die Wand geworfen wird. In der „GS-Moritat" (Gesamtschul-Moritat von den Schülern der Abschlußklassen, bei der Entlassungsfeier vorgetragen) heißt es zum Essen: „In der Pause steht man Schlange, wenn man etwas essen will. Ist das Essen auf dem Teller, sind vor Entsetzen alle still." (Nach der Melodie: Und der Haifisch, der hat Zähne)

Osnabrück, Berufsschulzentrum

Das Essen kostet 3,50 DM. Frikadellen in der Kantine 1 DM, Brötchen 80 Pfennig, Kaffee 80 Pfennig. Gegen diese Preise und gegen dieses Essen wurden Unterschriften (cirka 200 im letzten Jahr) gesammelt und eine Resolution, wo der Cafeteriapächter aufgefordert wurde, die Preise zu senken. Es hat dann keine weiteren Kampfschritte gegeben. Diskussion hat es gegeben im Dienstagsschülerrat mit dem Rektor Müller, wo er sinngemäß sagte: „Uns wär's ja recht, wenn das Essen billiger wäre, aber der Staat hat kein Geld, um zuzuschießen, und der Essenspreis herabzusenken."

Programmvorschau, Mittwoch, 26. Oktober, ZDF, 21.45 Uhr

Der Opportunist. Vom Umgang mit Besatzern

„(. . .) Ernsthaft und redlich wurde die Frage abgehandelt, ob Laval seinem Land größeren Schaden erspart hat, oder ob er nur ein gewissenloser Kollaborateur war", schrieb die „Westdeutsche Zeitung" nach der Erstsendung im September 76. Für die westdeutsche Bourgeoisie wird der „Umgang mit Besatzern" erneut zum Thema, das „ernsthaft und redlich" behandelt gehört. Zu diesem Zweck „verarbeitet" sie ihre Vergangenheit. Als Besatzer in Frankreich hatte die deutsche Finanzbourgeoisie 1942 Pierre Laval zu ihrem Statthalter erkoren und als Ministerpräsident eingesetzt. Mit einer verdienstvollen Verbrecherkarriere und erprobter umfassender Verwendbarkeit hatte sich Pierre Laval als würdiger Vertreter der französischen Bourgeoisie direkt angeboten als einer, der zu jeder Zeit und komme, was wolle, „sein Land" – was für den Bourgeois eins ist mit: „meine Klasse" – vor „größerem Schaden" zu bewahren bereit war, vor dem „größten Schaden", der dieser Klasse widerfahren kann, der proletarischen Revolution. Als ehemaliger Arbeitsminister, Justizminister, Innenminister, Außenminister, Ministerpräsident hatte er während der dreißiger Jahre seine Qualitäten als Bourgeoispolitiker bei der Unterdrückung der französischen Volksmassen unter Beweis gestellt. Wie der Großteil seiner Klasse war er ein glühender Verfechter einer engen Zusammenarbeit mit dem deutschen Imperialismus, hatte er das Bündnis mit Hitlerdeutschland gesucht, um auf der vermuteten Siegerseite an der erwarteten Beute des von den Imperialisten vorbereiteten Krieges teilhaben zu können. Dem deutschen Imperialismus schien das Bündnis unnötig, er fühlte sich stark genug, alleine die Beute machen zu können; überdies schien ihm die französische Finanzbourgeoisie durch den Aufschwung der Klassenkämpfe in Frankreich Mitte der dreißiger Jahre zu schwach, um ein interessanter Bündnispartner zu sein. So gab er ihr einen Tritt und überfiel Frankreich. In ihrer ganzen Verkommenheit und Feigheit setzte die französische Bourgeoisie in ihrer Mehrheit den Truppen des deutschen Imperialismus kaum Widerstand entgegen, kapitulierte bei der nächsten Gelegenheit, suchte die Zusammenarbeit, zähneknirschend zwar – an eine Teilung des Profits aus der Auspressung der französischen Arbeiter hatte sie bei dem Wunsch nach Beuteteilung eigentlich nicht gedacht –, aber letztlich doch heilfroh über den Schutz, den die Besatzermacht ihr vor den revolutionären Kämpfen der französischen Arbeiter und Bauern gewährte.

Mit der Hilfe Lavals bauten die deutschen Imperialisten ihre Herrschaft über Frankreich aus, verwandelten sie Millionen französischer Arbeiter in Zwangsarbeiter, deportierten sie darüberhinaus zwei Millionen französischer Kriegsgefangener in deutsche Arbeitslager, plünderten sie die Reichtümer Frankreichs, annektierten sie Elsaß-Lothringen, unterdrückten sie blutig, aber letztlich wenig erfolgreich, den Widerstandskampf der Volksmassen.

Der deutsche Imperialismus hatte sich übernommen. Als seine Niederlage sich abzeichnete, liefen die französischen Bourgeois geschlossen zur Siegerseite über, froh, wenigstens einen de Gaulle zu haben. Ministerpräsident Laval und Staatschef Pétain als die exponierten Vertreter ihrer Kollaboration mit dem Faschismus mußten den westlichen Alliierten, vor allem aber den französischen Volksmassen geopfert werden: sie wurden zum Tode verurteilt, Pétain begnadigt, Laval im Oktober 1945 hingerichtet.

Die Frage, ob Laval „Kollaborateur" gewesen ist oder einer, „der den Franzosen schlimmeres Leid ersparte", lassen die westdeutschen Bourgeois in ihrem Film durch den Vertreter des Volkes, einen Gefängniswächter, beantworten: *Er* versteht Laval, während für die Richter als Vertreter der französischen Bourgeoisie „Schuldspruch und Urteilsvollstreckung von vorneherein fest(stehen)". Diese dreiste Geschichtsfälschung und Verhöhnung der französischen Volksmassen ist nicht ohne Sinn: Unterwerfen sei im „Umgang mit Besatzern" allemal besser als kämpfen, es verhütet „schlimmeres Leid". Dieser „Rat" ergeht vor allem an fremde Völker; denn die westdeutsche Bourgeoisie bereitet sich auf den imperialistischen Krieg vor, und in ihren kühnen Erwartungen sieht sie sich eher als Besatzer denn als Besetzte. Aber er geht auch an die Volksmassen in Westdeutschland, als Drohung, daß die westdeutschen Bourgeois eher bereit sind, mit den imperialistischen Feinden gegen die Volksmassen zu kollaborieren und dabei auf bessere Zeiten zu warten, als sich dem unvermeidlichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen imperialistische Besatzer anzuschließen, der schließlich, wie sie wohl weiß und fürchtet, mit ihrem eigenen Sturz enden wird. – (Z-Red.)

Neuordnung und Konzentration im Flugzeugbau

Immer heftiger gehen die westdeutschen Imperialisten auf die militärische Austragung der Handelsschlachten. Nach dem Fregattenbauprogramm ist die Neuordnung und Konzentration der Luft- und Raumfahrtindustrie (LRI) der Ruf des Finanzkapitals.

Die Geschichte der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie ist eng verflochten mit den imperialistischen Weltkriegen. „Drei bleiben übrig", beschreibt „Die Zeit" vom 7.10.77 den Prozeß der Konzentration und Zentralisation der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Die drei sind der Konzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in Ottobrunn bei München, VFW Fokker in Bremen und der Dornier-Konzern in Friedrichshafen. „Der Stammbaum ist edel." „Namen von Rang, Produkte von Glanz zieren die Historie der unter dem Dach von VFW Fokker zusammengescharten Firmen: Bei Fokker Wulf entstanden die viermotorigen Fernkampfflugzeuge des Zweiten Weltkrieges; die Weser-Flug baute die gefürchteten Stukas, bei Heinkel schließlich wurde 1939 die Ära der Strahlflugzeuge eingeleitet." (Die Zeit, 7.10.77) Die Firmenchronik von Dornier vermerkt stolz: „Nachtjäger, Aufklärer und Kampfflugzeuge machten Geschichte."

Das westdeutsche Finanzkapital ordnet die Reihen neu nach faschistischem Vorbild. Dabei streben die westdeutschen Imperialisten sowohl danach, das Monopol der US-Imperialisten als größten Waffenlieferanten zu brechen, als auch die Vorherrschaft im Flugzeugbau gegenüber den europäischen Imperialisten zu ergattern. Die US-Imperialisten liefern 56% aller Waffen an die Entwicklungsländer, die europäischen Imperialisten dagegen nur 26%. Die westdeutschen Imperialisten gieren danach, hier voranzukommmen. So konnten die BRD-Imperialisten 1976 an Griechenland 20 gebrauchte Düsenjäger, an Portugal 20 Jagdbomber des Typs Fiat G 91 und Trainer liefern, Chile erhielt 6 Polizeihubschrauber von MBB. Ägypten soll 120 Kampfflugzeuge des Typs Alpha Jet, Israel soll das Flugzeugabwehrsystem Roland erhalten. An das Rassistenregime in Südafrika lieferten die BRD-Imperialisten Milan-Raketen von MBB, jeweils zwei Drittel der Teile für neue Transall-Militärflugzeuge, BO-105-Hubschrauber von Messerschmit-Bölkow-Blohm und vier militärische Versionen des Airbus A 300. In die Türkei exportiert die BRD für ca. 1,2 Milliarden DM Waffen, darunter 438 Milan-Abschußanlagen und dazu 6520 Raketen.

Vorankommen können die BRD-Imperialisten nur auf der Grundlage der verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse und Rationalisierung. Vernichtung des Gegners ist der Schlachtruf der kapitalistischen Produktionsweise. Seit Monaten ficht VFW Fokker gegenüber den Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Kapitalisten seinen Todeskampf. Entscheidendes Hindernis für die Konzentrations- und Rationalisierungspläne ist dabei der hartnäckige Kampf der Arbeiter von VFW Fokker, die mit Warnstreiks und großen Demonstrationen gegen Entlassungen und für Arbeitsplätze mit ausreichendem Lohn kämpfen.

Ende Oktober soll jetzt ein „Konsens" für die Fusion von VFW Fokker mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm erreicht sein, so Alfred Herrhausen, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Dieser „Konsens" sieht die Wegrationalisierung von 8000 Arbeitern in Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz vor. Das Finanzkapital diktiert die Bedingungen: „Erst nach der Sanierung von VFW Fokker gebe es eine Chance, mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm über eine Fusion zu reden. (. . .) Ohne Gesundschrumpfen keine Fusion" (Der Spiegel Nr. 42, Seite 92), sind die Stellungnahmen. Der Raubzug und die Neugründung eines dann bis auf Dornier einzigen Flugzeugbaukonzerns soll nach den Vorstellungen des Finanzkapitals von der Deutschen und Dresdner Bank – den Kreditgebern von VFW – und Siemens und Thyssen, die Anteilseigner bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm sind, so vonstatten gehen:

– Der Bau des Passagier-Jets VFW 614 wird eingestellt, er hat keine Profite gebracht. Das bedeutet die Entlassung von 1200 Arbeitern, die am Bau des Jet beschäftigt waren. (Süddeutsche Zeitung, 17.10.77)

– Die Bundesregierung muß in Kürze 300 Millionen DM zahlen und den Banken die für VFW verbürgten Kredite zurückzahlen. Bereits vor einiger Zeit hat die Dresdner Bank die Kredite für VFW gekürzt.

Nach dieser „Sanierung" soll ein einheitlicher Konzern aus Messerschmitt-Bölkow-Blohm und VFW Fokker unter Führung von Messerschmitt-Bölkow-Blohm geschaffen werden.

Schon Anfang 1976 hat die Bundesregierung durch Verabschiedung des „Grüner-Berichts" im Bundeskabinett eine Ausrichtung auf die Kriegsvorbereitung in der Luft- und Raumfahrtindustrie vorgenommen und u.a. folgende Punkte festgelegt:

– Staatliches Engagement ist aus militärischen und industriellen Gründen unverzichtbar;
– die Luft- und Raumfahrtindustrie ist ein technologisch und wirtschaftlich zukunftsweisender Produktionszweig und für einen rohstoffarmen Industriestaat von größter Bedeutung;
– Rationalisierung durch regionale Konzentration;
– gegenüber der Gesamtwirtschaft überdurchschnittliche Wachstumsrate, was heißt überdurchschnittliche Ausbeutung, in Höhe von 6 bis 8% bei der Luft- und Raumfahrtindustrie.

Im Juni 1977 hat die Bundesregierung Rüstungsaufträge für 12 Milliarden DM vergeben (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.6.77). Mit 212 Panzerabwehrhubschraubern vom Typ BO 105 ist Messerschmitt-Bölkow-Blohm für 850 Millionen DM der Auftrag erteilt worden. Die Bourgeoisie hängt sich das Schild der „Arbeitsplatzsicherung" um. Ihre entschiedene Stütze ist dabei die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung. Auf der Grundlage ihres verschärften Programms der Ausbeutung und Rationalisierung sucht die Bourgeoisie über den Betrug der „Arbeitsbeschaffung" und „Arbeitsplatzsicherung" die Arbeiter für ihre imperialistische Kriegsvorbereitung und Konkurrenzschlachten zu gewinnen.

Der Betrug ist alt. Für die Arbeiter heißt es, die Bewußtheit zu heben, die Wachsamkeit zu schärfen und die selbständigen Kämpfe zu verstärken. Solange die Kapitalistenklasse herrscht, heißt „Beseitigung" der Arbeitslosigkeit Zwangsarbeit und Kriegsvorbereitung, sind „soziale Gründe" die Erhöhung der Profitmacherei und die Verschärfung der Ausbeutung für die Arbeiterklasse. Nur die proletarische Revolution kann diese Absichten der Imperialisten verhindern. – (Z-Red.)

Neuordnung des Grenzlands: Stoßkeil nach Osten

Braunschweig/Göttingen. Im September, nach den großen Manövern „Standhafte Chatten" und „Blue Fox" hat der Generalinspekteur des Heeres Horst Hildebrandt der westdeutschen Finanzbourgeoisie Rapport erstattet: „Auch dieses Manöver (‚Blue Fox') hat gezeigt, daß es unser Ziel ist, die Bundesrepublik so weit wie möglich vorn zu verteidigen. (. . .) Also genießen auch die Gebiete östlich von Werra und Fulda den vollen Schutz der NATO."

Die westdeutsche Bourgeoisie richtet den gesamten Staatsapparat auf ihre expansionistischen Ziele aus und bereitet den imperialistischen Krieg vor. In dem von der SPD-Landesregierung 1973 herausgegebenen „Landesentwicklungsprogramm 1985" heißt es zur strategischen Bedeutung des Landes Niedersachsen: „In der norddeutschen Tiefebene wird der niedersächsische Raum bei Herstellung der Verteidigungsbereitschaft besonders in Anspruch genommen. Dies wird dadurch unterstrichen, daß neben der BRD (. . .) Großbritannien, Niederlande und Belgien an der flexiblen Vorneverteidigung beteiligt sind." Die Landesregierung sieht es deshalb als ihre unbedingte Pflicht an, „ . . . entsprechende Aufgaben der Gesamtverteidigung für alle Verwaltungsbereiche zu übernehmen, und langfristig in allen Entwicklungsräumen des Landes durchzuführen. Das gilt nicht nur für die innere Verwaltung, sondern auch für die Fachverwaltung, insbesondere für die Bereiche Wirtschaft, Ernährung, Verkehr, Gesundheit und Wasserwirtschaft."

Die seit 1. August dieses Jahres durch einen Beschluß des Landtages in Kraft getretene Gebiets- und Verwaltungsreform ist eine praktische Maßnahme, die ökonomischen und politischen Interessen der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie mit größeref Schlagkraft durchzusetzen. Die Bourgeois nennen sie auch „Funktionalreform". „Ziel der Reform ist es, die Verwaltungsstruktur funktional und in ihrem territorialen Zuschnitt den gewandelten Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen anzupassen . . ." (Landtagsdrucksache 8/1000). Im Zuge dieser Reform ist die Zahl der Regierungsbezirke auf vier „leistungsfähige" reduziert worden sowie die Zahl der Landkreise durch Zusammenlegung und Neuaufteilung von 48 auf 32. Neugegliedert bzw. zusammengefaßt hat die Bourgeoisie den südöstlichen Raum Niedersachsens entlang der DDR-Grenze zu einem Regierungsbezirk

Der Regierungsbezirk Braunschweig ist von großer strategischer Bedeutung. Wichtige Industrien für die Kriegsproduktion sind hier konzentriert, wie VW oder die Stahlproduktion in Peine und Salzgitter. In diesem Bezirk arbeiten 25% der niedersächsischen Industriearbeiter. Die Industrie ist hoch konzentriert, die Ausbeutungsrate entsprechend, so daß diese 25% der niedersächsischen Industriearbeiter 30% des niedersächsischen Industrieumsatzes schaffen. Im Rahmen der „Roll-back-Strategie" der Adenauer-Regierung ist der systematische Ausbau dieser industriellen Reserven durch die sogenannte „Zonenrandförderung" betrieben worden. Sowohl die Konzentration des Industrieproletariats als auch der nie aufgegebene Plan der westdeutschen Finanzbourgeoisie, sich die DDR wieder einzuverleiben, hat es notwendig gemacht, im Bezirk große Truppenverbände zu konzentrieren.

Verstärkt hat die Bourgeoisie in den letzten Monaten versucht, durch sogenannte Tage der Offenen Tür in den Kasernen die Volksmassen durch sozialchauvinistische Propaganda für ihre imperialistischen Ziele zu gewinnen. Diese Veranstaltungen werden erfolgreich bekämpft. Trotz eines brutalen Polizeiüberfalls auf einen Stand des KBW vor der Husarenkaserne in Braunschweig konnte die revolutionäre Propaganda vor und in der Kaserne nicht verhindert werden. 150 Menschen konnten in einer Kundgebung gegen die Angriffe der Staatsmacht zusammengeschlossen werden.

Die westdeutsche Bourgeoisie weiß: Zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Ziele im erneuten blutigen Waffengang gegen die Völker des Ostens muß sie die Ausbeutung der Arbeiterklasse sowie die wilde Unterdrückung der Volksmassen gewaltig steigern können. Mit der Neuordnung des Grenzlands hofft sie, hier einen Schritt weiter zu kommen. Was anderes als Unterdrückung des Volkes bereitet die Bourgeoisie vor, wenn es im Gesetz zur Gebiets- und Verwaltungsreform heißt: „Auch die Schutzpolizei hat in zunehmendem Maße Aufgaben zu erfüllen, die weiträumige Einsatzgebiete und eine zentrale Lenkung erfordern. Die Verkehrsüberwachung, Großfahndungen, Großdemonstrationen, Katastrophensituationen und andere überörtliche Aufgaben erfordern Maßnahmen, die weiträumig geplant, kräftemäßg ausgeglichen und einheitlich geleitet werden." (Landtagsdrucksache 8/1000) Und was anderes bedeutet der Plan der niedersächsischen Landesregierung, die Polizeitruppe um 25% aufzustocken auf ein Verhältnis von 393:1 bis zum Jahre 1985?

Daß dies allein die Terrorisierung der Volksmassen bedeutet, macht die Erschießung eines ausländischen Jugendlichen durch Seesener Kripo-Leute deutlich. Die Herrschaft der Bourgeoisie wird dadurch aber unter den Volksmassen nur noch verhaßter: Letzte Woche demonstrierten gegen diesen brutalen Polizeimord 110 Jugendliche und ausländische Arbeiter und forderten die Beseitigung des Polizeigesetzes und des Todesschußparagraphen. – (Bezirksverband Südöstl. Nds.)

Verfassungsmäßige Beamtenschmierung

Das Bundesverfassungsgericht hat die Regelung der Kinderzuschläge in den Beamtengehältern für verfassungswidrig erklärt, weil zu niedrig. Zu niedrig wofür?

„Der Gesetzgeber, der die Angemessenheit der Dienstbezüge einschließlich Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu konkretisieren hat, muß dabei außer den schon genannten Gesichtspunkten – Bedeutung der Institution des Berufsbeamtentums, Rücksicht darauf, daß das Beamtenverhältnis für qualifizierte Kräfte anziehend sein muß, Ansehen des Amtes in den Augen der Gesellschaft, vom Amtsinhaber geforderte Ausbildung, Verantwortung des Amtes, Beanspruchung des Amtsinhabers (häufig als ‚Leistung' bezeichnet) – auch berücksichtigen, daß heute nach allgemeiner Anschauung zu den Bedürfnissen, die der arbeitende Mensch soll befriedigen können, nicht nur die Grundbedürfnisse des Menschen nach Nahrung, Kleidung und Unterkunft, sondern im Hinblick auf den allgemeinen Lebensstandard und die allgemeinen Verbrauchs- und Lebensgewohnheiten auch ein Minimum an ‚Lebenskomfort' gehört: z.B. Ausstattung des Haushalts mit dem üblichen elektrischen Gerät einschließlich seiner Unterhaltung, Radio- und Fernsehgerät samt laufenden Kosten, Zeitungs- und Zeitschriftenbezug, Theaterbesuch und Besuch ähnlicher Veranstaltungen, Kraftwagen, Urlaubsreise, Bausparvertrag, Lebensversicherung und Krankenversicherung, Ausgaben für Fortbildung, soziale und politische Aktivitäten und vernünftige Freizeitbeschäftigung. Alimentation in der Wohlstandsgesellschaft bedeutet mehr als Unterhaltsgewährung in Zeiten, die für weite Kreise der Bürgerschaft durch Entbehrung und Knappheit gekennzeichnet waren. Das Alimentationsprinzip liefert einen Maßstabsbegriff, der jeweils den Zeitverhältnissen gemäß zu konkretisieren ist."

Das also sollen die Bedürfnisse sein, „die der arbeitende Mensch soll befriedigen können" und die die verfassungsbesrufssoldaten" nicht mehr erfüllen können? Geht es überhaupt um die Befriedigung von Bedürfnissen des „arbeitenden Menschen"? Noch im 218-Urteil hat dasselbe Verfassungsgericht „Umstände . . ., die den Pflichtigen nicht schwerwiegend belasten" nicht als Notlage anerkannt, „da sie die Normalsituation darstellen". Es wird dabei deutlich, es geht ihnen nicht um ausreichende Versorgung „des arbeitenden Menschen". Es geht ihnen um einen geschmierten Apparat von willfährigen und zu allem bereiten Dienern und Lakaien.

Zur Vertuschung des Sachverhalts müssen sie zur Lüge greifen. Sie begründen: „Die Zahl der Beamten ist u.a. deshalb so groß geworden und der Personalkostenanteil in den öffentlichen Haushalten so hoch und unelastisch, weil Beamte nicht nur dort, wo sie nach Art. 33 Abs. 4 GG verwendet werden müssen – bei der Ausügestellten wahrgenommen werden könnten." Die Sache soll also auf dem Rücken der kleinen und mittleren Angestellten und Beamten ausgetragen werden, wenn sie von der Erhöhung der Gehälter schon nichts bekommen. Das Statishl" feststellte: „So veränderte sich . . . der gesamte Personalbestand des Landes um 63%, der höhere Dienst weitete sich aber im gleichen Zeitraum um 108,3% . . . aus" und: „Wie die Ergebnisse zeigen, kann von einem Stellenkegel (in den unteren Chargen mehr, in den höheren immer weniger Personal) bei den Beamten wohl kaum, oder höchstens in umgekehrter Form gesprochen werden." Die Dienstaufsicht also soll von der Maßnahme profitieren, und sie allein. Ist es doch gerade das Empörende für diese Bourgeois, festzustellen:

„Gleichgültig ob Wachtmeister, Obersekretär, Amtmann, Regierungsdirektor oder Leitender Ministerialrat, die 8köpfige Familie erhält nur rund 700 DM mehr als die 4köpfige Familie. Anders ausgedrückt: Bei dieser Verdoppelung der Kopfzahl der Familie steigt das Gehalt des Wachtmeisters um 43,12%, das des Obersekretärs um 35,43%, das des Amtmanns um 26,09%, das des Regierungsdirektors um 18,44%, das des Leitenden Ministerialrats um 15,75%."

Die Klasse der Bourgeois ist klein. Weil sie das immer schwierigere Geschäft von Profitmacherei und Ausbeutung nie allein schaffen, halten sie sich den Beamtenapparat und das Offiziersgesindel. Dieses bedarf der Schmierung. Die Schmiermittel werden den arbeitenden Massen aus den Rippen gerissen. „Beamtenapparat und stehendes Heer, das sind die Schmarotzer am Leib der bürgerlichen Gesellschaft", bezeichnete Lenin den Sachverhalt. Beim Bundesverfassungsgericht liest's sich so: „(Das Beamtenverhältnis) begründet für Beamte vor allem eine besondere politische Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung sowie die Pflicht, seine ganze Arbeitskraft lebenslang dem Dienstherrn zur Verfügung zu stellen, und für den Dienstherrn vor allem die Pflicht, den Beamten und seine Familie lebenslang amtsangemessen zu alimentieren und ihnen Fürsorge und Schutz zu gewähren." – (Z-Red.)

Beratungsstelle lehnte Abtreibung ab – Prozeß wegen § 218

„Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen, Schüler und Studenten müssen sich für die Streichung des § 218 zusammenschließen“

Du sollst eine Abtreibung in Holland Anfang dieses Jahres gemacht haben. Jetzt hast du eine Anklageschrift vom Amtsgericht bekommen. Wie ist das passiert?

Ich bin mit meinem Verlobten nach Trier gezogen. Er ist am 14.3. tödlich verunglückt. In dieser Zeit stellte sich heraus, daß ich schwanger war. Ich lebte von 56 DM in der Woche Sozialhilfe. Eigentlich hatten wir uns auf das Kind gefreut. Aber unter diesen Umständen war es mir nicht möglich, ein Kind auszutragen und ihm eine Sicherheit zu geben. Außer den Eltern meines Verlobten stand ich ganz alleine da, Unterstützung hätte ich von niemandem gekriegt. Ich bin dann zum Arzt wegen einer Abtreibung gegangen, der schickte mich dann zur Beratungsstelle, die mir erstmal eine Moralpredigt hielten: Zur Adoption könne ich mein Kind freigeben, vom Mord haben sie geredet, und erst nach neun Monaten komme die richtige Mutterliebe.

Da bin ich ganz schön ins Schwanken gekommen, weil ich im Zwiespalt war, ob ich das Kind haben konnte oder nicht. Ich bin mit dem Vorhaben, eine Abtreibung zu machen, dorthin gegangen, rausgegangen bin ich mit der Einstellung, das Kind zu behalten. Sie haben mir angeboten, ein eigenes Zimmer zu bekommen, einen Ausbildungsplatz, ein Zimmer für's Kind und finanzielle Unterstützung.

Eigentlich war ich glücklich, einen Weg gesehen zu haben, wie ich das Kind austragen konnte. Als ich mit einigen Bekannten darüber gesprochen habe, kamen Bedenken. Bedenken, daß das Kind eine zu große Belastung sei, daß mein Verlobter in dem Kind weiterleben würde. Da habe ich dann doch den Entschluß gefaßt, eine Abtreibung zu machen. Nach dem Gespräch bin ich wieder zum Arzt gegangen, aber keine Klinik war ohne diese Bescheinigung von der Beratungsstelle bereit, eine Abtreibung zu machen. Von ein paar Freunden bekam ich Geld und bin dann nach Holland gefahren.

Dies schrieb ich einer Freundin, die z.Z. im Knast war. Ich wußte von ihr nur die Privatadresse, aber die Briefe sind an den Knast gegangen und dort kontrolliert worden. Vom Amtsgericht bekam ich ein Schreiben, daß der Brief beschlagnahmt worden sei, da eine strafbare Handlung drin stände, dies könnten sie gegen mich verwenden. Dann bin ich wieder nach Hannover gezogen. Kaum war ich hier, bekam ich dann eine Anklageschrift.

Das Komitee gegen den § 218 fordert: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! · Volksentscheid gegen den § 218! Im Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 kämpfen wir auch gegen jegliche Anwendung des § 218, wie solche Prozesse. Wir sind dafür, daß auch dieser Prozeß nicht stattfinden darf, weil grade damit der § 218 und die Zwangsberatung durchgesetzt werden soll. Meinst du, daß wir das gemeinsam erreichen können?

Ich habe mal einen Artikel in einer Zeitung gelesen von einem Pfaffen, daß Abtreibung Mord wäre, da war ich unheimlich sauer. Dem habe ich sofort meine Meinung geschrieben, wie denn gerade er über solche Sachen urteilen will. Gerade solche Reichen können sich ja Abtreibungen in gepflegten ausländischen Kliniken erlauben.

Ich meine, daß man auf die Straße gehen muß, daß man das mit dem Prozeß öffentlich bekanntmachen muß. Daß wir den § 218 enthüllen, was er eigentlich bedeutet. Da müssen sich alle Organisationen, Kommunisten, Frauengruppen, Demokraten und Gewerkschaften, die Gegner des § 218 sind, zusammentun und gemeinsam durch Kundgebungen, Flugblätter etc. die Arbeiter, Angestellten, Hausfrauen, Schüler und Studenten für die Streichung des § 218 zusammenschließen mit dem Ziel, daß dieser Prozeß nicht stattfindet. Wenn eine Frau zu einer Geldstrafe verurteilt wird, ist es auch auf jeden Fall richtig, daß wir die Geldstrafe gemeinsam aufbringen.

§ 218-Prozeß in Hildesheim: Aussetzung des Verfahrens durchgesetzt!



Hildesheim. Am 17.10. fand der erste von drei vorgesehenen Prozeßtagen gegen Hildesheimer § 218-Gegner statt. Die Anklage lautete auf Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung, Landfriedensbruch, Körperverletzung und Sachbeschädigung. Die elf Angeklagten hatten sich an einer Demonstration im Februar 1976 beteiligt, die von der Polizei überfallen worden war.

Die Bourgeoisie hatte mit den verschiedensten Mitteln ihre Vorbereitungen getroffen, hohe Strafen durchzupeitschen: Erweitertes Schöffengericht mit zwei Richtern, Polizist als Nebenkläger mit ehemaligem CDU-Stadtrat als Rechtsanwalt, Ablehnung von Pflichtverteidigern – damit nicht so viele Rechtsanwälte die Angeklagten unterstützen können. Schließlich beförderte die Staatsanwaltschaft einen Richter aus dem Prozeß, der öfters dem Druck der Volksmassen nachgab und z.B. einen Plakatierprozeß gegen zwei Mitglieder des Komitees gegen den § 218 einstellen wollte. So sollte ein Sondergericht eingerichtet werden. Dabei brachen die Vertreter der Klassenjustiz ihr eigenes Recht: Sie informierten weder die Angeklagten noch deren Anwälte während der Ablehnung des Richters, um diesen Angriff in Ruhe durchziehen zu können. Dies wurde im Prozeß aufgedeckt.

Acht Arbeiter vom Stadttheater, 18 Arbeiter von Borchard, fünf Soldaten der Mackensen-Kaserne, 24 Studenten in der PH-Mensa, fünf Lehrer und Pädagogen der Ganztagsschule Hildesheim-Drispenstedt, sieben Schüler vom Andreanum/4. Semester, drei Arbeiter der Firma Engelking/Celle, sieben Arbeiter und Angestellte der Firma Max Müller/Hannover, fünf Angestellte des Hochschulinformationssystem/Hannover, vier Arbeiter der Stephan-Werke Hameln, die Basisgruppe der Fachhochschule Osnabrück, die Basisgruppe der Fachhochschule Hildesheim/Sozialpädagogik sprachen sich für die sofortige Einstellung der Strafverfahren aus. Dies und die Anwesenheit von über 30 § 218-Gegnern im Prozeß zwang die Bourgeoisie, den Prozeß auszusetzen, um die „Rechtmäßigkeit“ der Ablehnung des Richters zu überprüfen.

Auf der am selben Abend stattfindenden Pressekonferenz wurde bei vier KB Nord-„Enthaltungen“ der folgende Beschluß mit 41 Stimmen gefaßt, der auch von der Bürgerinitiative gegen Kernenergie Hildesheim unterstützt wird: „Die Versammelten der Pressekonferenz der Initiativen gegen den § 218 am 17.10. werden alles in ihren Kräften stehende tun, den Zusammenschluß gegen die § 218-Prozesse auf den Forderungen: Weg mit dem § 218! Volksentscheid! Einstellung der Strafverfahren gegen die § 218-Gegner! herzustellen und rufen auf zu einer Demonstration am Samstag vor dem nächsten Prozeßtermin.“ – (Bezirk Hannover)

Kämpfe gegen die imperialistischen Energieprogramme in westeuropäischen Ländern

Österreich. Für den 26. Oktober, den österreichischen Nationalfeiertag, hat die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner zu einer zentralen Demonstration vor das Parlament in Wien aufgerufen, um gegen den Plan von Kapitalisten und Regierung zur Errichtung eines Kernkraftwerks in Zwentendorf, 30 km von Wien, die Errichtung einer Atommülldeponie im österreichischen Waldviertel sowie die Pläne für weitere Kernkraftwerke in anderen Teilen des Landes zu protestieren. Am 12. Juni haben bereits 6000 in Zwentendorf, am 25. Juli 3000 in Allentsteig im Waldviertel, darunter viele Bauern mit Traktoren, demonstriert.

Das Energieprogramm der österreichischen Bundesregierung sieht bis 1985 den Bau von vier Kernkraftwerken vor, die 45 % des gesamten Stroms erzeugen sollen. Eine in der „Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie“ zusammengeschlossene Kumpanei aus rund 50 österreichischen und ausländischen imperialistischen Gesellschaften (darunter ITT, Siemens, Shell, BBC und andere) hat dieses Programm entworfen und dem Staat die Aufgabe gestellt, es auf Kosten der Massen durchzusetzen. In den letzten Jahren ist der Strompreis für die Massen in Wien um über die Hälfte hinaufgesetzt worden, während die Tarife für die kapitalistischen Großabnehmer im wesentlichen gleich niedrig geblieben sind. Bei der letzten Erhöhung zum 1.1.1977 um 10 % schrieben die „Oberösterreichischen Nachrichten“: „Die ursprünglichen Preisvorstellungen der E-Wirtschaft lagen zweieinhalb bis viermal so hoch.“

Durch zahlreiche Verträge direkt mit dem US-Imperialismus einerseits, durch seine Mitgliedschaft in der Internationalen Energieagentur andererseits, die die Interessen der westlichen imperialistischen Staaten gegenüber den Staaten und Völkern der 3. Welt koordiniert, steht der österreichische Imperialismus mit seinem Energieprogramm direkt und indirekt unter dem Kommando des US-Imperialismus und der anderen, mächtigeren imperialistischen Mächte. Der Kommunistische Bund Österreichs und große Teile der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner erheben deshalb im Kampf gegen das Energieprogramm die Forderung: „Österreich raus aus der Internationalen Energieagentur!“

Der Widerstand gegen den Bau des Werks in Zwentendorf und gegen das Atommüllager im Waldviertel hat bisher bereits eine Verschiebung der geplanten Inbetriebnahme von 1976 auf 1978 erreicht. Die geplante Einfuhr der Brennelemente für Zwentendorf im September 1977 wurde aufgedeckt und verhindert. Von den staatlichen Stellen – Ämtern, Landesregierungen, Bundesregie rung – war plötzlich keine mehr für die Genehmigung des Transports zuständig, und der Innenminister, der im SPÖ-Vorstand längst für die Inbetriebnahme des Zwentendorfer Atomkraftwerks gestimmt hat, erklärt, er habe sich noch keine Meinung gebildet. Das Parlament soll die längst beschlossenen Pläne der Kapitalisten und der Regierung absegnen, um ihre Durchsetzung einzuleiten. Das soll die Demonstration am 26.10. verhindern.

schlossenen Pläne der Kapitalisten und der Regierung absegnen, um ihre Durchsetzung einzuleiten. Das soll die Demonstration am 26.10. verhindern.

Frankreich. In Frankreich gehen die Kämpfe gegen das imperialistische Energieprogramm nach der großen Demonstration gegen den „Schnellen Brüter“ in Malville an verschiedenen Fronten weiter. Ein nach einem Streik gegen die gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen im deutsch-französischen Wiederaufbereitungszentrum von La Hague eingesetztes Komitee hat Anfang Oktober seinen Bericht und seine Forderungen vorgelegt. Es verlangt darin unter anderem Verbesserung der Belüftungsanlagen, Ersetzung ganzer Produktionsanlagen aus unzureichendem Material, Ausweitung der Anlagen zur Neutralisierung des radioaktiven Materials und Verbesserung der Überwachung des radioaktiven Materials. Diesen Forderungen kommt besondere Bedeutung zu im Hinblick auf die Pläne, so schnell wie möglich eine zweite Wiederaufbereitungsanlage zu bauen, um die imperialistischen Energieprogramme in Europa zu unterstützen.

Im Juni ist es in der Nähe von Nantes in Westfrankreich zu Zusammenstößen zwischen Bauern und der Polizei unter der Führung des Unterpräfekten des Departements gekommen, als das Feststellungsverfahren bezüglich des Geländes für ein neues Kernkraftwerk durchgeführt werden sollte. Der hohe Beamte wurde mit Jauche und Mist empfangen. Als er mit Unterstützung des revisionistischen Bürgermeisters von Coueron versuchte, die Akten im dortigen Rathaus offiziell zu hinterlegen, wurden die Akten auf offenem Platz verbrannt, und die Eintragung wurde verhindert. Fünf der beteiligten Bauern wurden zu Haftstrafen verurteilt. Ende September kam es gegen dieses Urteil zu erneuten Demonstrationen, bei denen in einem benachbarten Ort entsprechende Akten verbrannt wurden. Bei diesem Kampf wurden vier der Demonstranten schwer verletzt. Obwohl die Justiz versucht hat, bei den ersten Kämpfen zu einem raschen Urteil zu kommen, hat sie es bisher nicht gewagt, gegen diese Verletzten und 32 andere Demonstranten Anklage zu erheben, aus Furcht dadurch den Kampf gegen das Energieprogramm weiter zu stärken.

„Mittelstandspolitik“ – Subventionierung der Monopole, gewaltsame Enteignung der kleinen und mittleren Eigentümer

„Mittelstandspolitik“ – Subventionierung der Monopole, gewaltsame Enteignung der kleinen und mittleren Eigentümer

Osnabrück. „Im Durchschnitt rechnet nur etwa jeder neunte Betrieb mit einer Verbesserung der jetzigen Situation.“ (Neue Osnabrücker Zeitung, 21.1.77) 19% der Betriebe – so wurde durch eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer Osnabrück im Januar festgestellt – beurteilen ihre gegenwärtige Lage als gut, 26% als schlecht.

Viel Wind gibt es um die „Mittelstandspolitik“ des bürgerlichen Staates. Die kleineren und mittleren Kapitalisten werden damit vollständig unter die Fuchtel der Banken gezwungen, und gleichzeitig soll die soziale Basis des Finanzkapitals, das zahlenmäßig klein ist, erhöht werden, um seine Herrschaft aufrechterhalten zu können. Das ist der Zweck, darum soviel Wirbel.

Insgesamt werden 1977 in der Bundesrepublik etwa 24 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung aufgewandt: hiervon bringen die Wirtschaft 51% und 49% die öffentliche Hand auf. Eingesetzt werden von diesen Beträgen ungefähr ein Drittel im Bereich der Grundlagenforschung, ein weiteres Drittel für Großobjekte, etwa im Nuklearbereich, und das letzte Drittel schließlich unmittelbar in der Wirtschaft. Es verwundert nicht, wenn etwa 80% aller im einzelnen geförderten Firmen zu den Großunternehmen rechnen.“ (Nds. Wirtschaft 18/77) „Die Förderung aus öffentlichen Mitteln beträgt bis zu 15% der anerkannten Investitionskosten. Die Stadt selbst stellt außer den gewerblichen Flächen aus städtischem Besitz Dienstleistungen in vielfacher Art für Wirtschaftsförderung“, schreibt das „Amt für Wirtschaftsförderung“ Osnabrück.

Die zu fördernden Betriebe müssen geeignet sein, „die Wirtschaftskraft oder die Wirtschaftsstruktur des Gebietes zu verbessern und der Betrieb (muß) volkswirtschaftlich förderungswürdig sein. Dies ist dann der Fall, wenn der Betrieb den überwiegenden Teil seiner Produktion überregional absetzt.“ Ebenso förderungswürdig sind: der „Erwerb eines Betriebes“, „grundlegende Rationalisierungsmaßnahmen“, „Erweiterung eines bereits ansässigen gewerblichen Produktionsbetriebes, bei dem eine angemessene Anzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen wird. Als angemessen werden 50 Arbeitsplätze ... angesehen“. Förderung für die kleinen und mittleren Unternehmen? 95% der Betriebe in Niedersachsen haben weniger als 50 Beschäftigte.

Gewaltsam werden die kleinen und mittleren Produktionsmittelbesitzer enteignet. Sehen kann man das an der Stadtsanierung in Osnabrück. Systematisch wurden die Gewerbegebiete Fledder und Hafen ausgebaut, die gesamte Infrastruktur bereitgestellt und der Grund und Boden zu einem Spottpreis verscherbelt. „Als Entscheidungskriterien über Verbleib oder Nichtverbleib eines Betriebes können dessen Größe und Expansionsbedürfnis ... angesehen werden. In diesem Sinne ist eine Auslagerung von Großbetrieben anzustreben“, so das Gewos-Gutachten, das im Auftrag der Stadt gemacht wurde. Die „nachteiligen Auswirkungen“ dieser Sanierung sind laut diesem Gutachten z.B. die „Auflösung wirtschaftlicher Existenzen, insbesondere bei Kleinbetrieben und älteren Betriebsinhabern“. Nach unserer Kenntnis gibt es in den neuen Gewerbegebieten überhaupt nur einen Betrieb, der nur 12 Beschäftigte hat.

Den kleinen Ladenbesitzern wurde mit Enteignung nach dem Bundesbauförderungsgesetz gedroht. „Warten Sie nur, bis hier der Bauzaun steht, dann kommen keine Kunden mehr, dann müssen Sie sowieso dichtmachen.“ Diesen Weg haben sie vor allem eingeschlagen.

Die ehemalige Besitzerin eines Gemüseladens in der Dielinger Straße berichtete: „Als das mit der Sanierung losging, habe ich gegenüber in dem Neubau einen Laden als Ersatz angeboten bekommen. Zu 21 DM pro Quadratmeter. Wenn ich für 5 qm Miete bezahle, sind das schon über 100 DM. Die wollen erstmal verdient sein.“ Bisher hatte die Frau 100 DM Miete für ihren Laden bezahlt. Nach einer Studie der Gewos betrug der Miet- und Pachtpreis vor der Sanierung bei 58% der Läden weniger als 300 DM.

An Aussiedlung brauchen diese Ladenbesitzer überhaupt keinen Gedanken zu verschwenden, sie müssen aufgeben. Heute finden sich in dem sanierten Gebiet Hotels, Kneipen, Boutiquen, Kunstgewerbeläden – „Geschäfte für den gehobenen Bedarf“ – meist Niederlassungen von Ladenketten. Im neuentstandenen Vergnügungsviertel in der Innenstadt gehören fast 100% der Kneipen der „Osnabrücker Aktienbrauerei“, die wiederum gehört Oetker und der katholischen Kirche. – (Bezirk Osnabrück-Emsland)

Kammern zentralisieren Gängelung der kleinen und mittleren Eigentümer

„Beabsichtigt der mittelständische Unternehmer, solange wie irgend möglich auch kapitalmäßig Herr im eigenen Haus zu bleiben? ... An einem kann es jedenfalls nicht liegen: Die hierfür maßgebenden Richtlinien sehen ausdrücklich vor, daß die einzelnen Unternehmen auch bei Aufnahme von Beteiligungskapital weiterhin berechtigt sind, ihren Betrieb allein verantwortlich zu führen“, (Niedersächsische Wirtschaft 19/1977, Pflichtblatt der Niedersächsischen Börse zu Hannover) heuchelt das Finanzkapital. Es geht um Unterwerfung.

Willig unterwerfen sich die kleinen und mittleren Eigentümer dem Finanzkapital nicht, es wetzt die freien marktwirtschaftlichen Mechanismen: „Vor einigen Wochen wurden ... die drei noch getrennt bestehenden Kredit- und Beteiligungsgarantiegemeinschaften (Handel, Handwerk und Industrie, Hotel- und Gaststättenwesen und übriges Gewerbe) ... in der Nordwestdeutschen Bürgschaftsbank GmbH zusammengefaßt.“ (ebd.) Seit der Währungsreform „haben die niedersächsischen Kredit- und Beteiligungsgemeinschaften Bürgschaften für Bankkredite in Höhe von mehreren hundert Millionen DM übernommen ... Antragsberechtigt sind nunmehr nicht nur alle Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft, sondern auch Angehörige der freien Berufe“ (ebd.).

Direkten Zugriff auf jedes Kapital verlangt das Finanzkapital, die „Hilfen“ für den Mittelstand verhelfen ihm dazu. Sie binden große Teile der kleinen und mittleren Eigentümer ans Finanzkapital. Vordergründig agieren selbständige Kapitale, deren „eigenes Interesse“ darin besteht, die Reaktion gegen die Revolution und um die Neuaufteilung der Welt zu unterstützen. Zur Absicherung der Höchstprofite will das Finanzkapital seine soziale Basis verbreitern.

Letzten Dienstag hat die Niedersächsische Landesregierung ein „Exportgarantieprogramm“ für die Ausführung von Waren kleiner und mittlerer Eigentümer beschlossen, insgesamt 100 Mio. DM. Dies ist so ein Geschenk ans Finanzkapital. In der Konkurrenz mit den Monopolen sind die Klein- und Mittelbetriebe zu großen Kapitalanlagen gezwungen, die sie, wenn überhaupt, nur mit Hilfe von Krediten erlangen können. – (N-Red.)

Demonstrationen in Baden-Württemberg gegen die geplante Abschaffung der Verfassten Studentenschaft

Am vergangenen Donnerstag haben in verschiedenen Städten Baden-Württembergs ca. 2700 Studenten anläßlich der zweiten Lesung der Landeshochschulgesetze im Landtag gegen deren geplante Verabschiedung demonstriert. Kernstück des Machwerks ist die Beseitigung jeglicher Rechte für die Studentenmassen, Herstellung der freien Konkurrenz, Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft, und stattdessen Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit der Professorenreaktion in einem Studentenkonvent und einem Sprecherrat, der dem Kultusministerium vollständig unterworfen ist.

Die Landesastenkonferenz (LAK) von Baden-Württemberg hat Beschlüsse gefaßt zum Kampf gegen die Landeshochschulgesetze, die als Grundlage geeignet sind, Urabstimmung und Streik ab dem 3.November durchzuführen. Vorbereitet wird eine zentrale Demonstration in Baden-Württemberg zum Zeitpunkt der dritten Lesung. An dieser Demonstration werden sich auch die Referendare beteiligen mit Forderungen nach Bezahlung der Auszubildenden nach Tarifvertrag, uneingeschränktem Koalitionsrecht und Streikrecht im Öffentlichen Dienst, an Fach- und Hochschulen, volle politische und gewerkschaftliche Freiheiten und weiteren Forderungen.

Die Vorbereitung des Streiks und der Demonstration können ein großer Schritt werden im Zusammenschluß der Massen gegen den bürgerlichen Staat, die Studenten, Referendare und Lehrer können sich in diesem Kampf gegenseitig unterstützen. Solidaritätserklärungen mit diesem Kampf gibt es aus zahlreichen Betrieben. Dieser Kampf hat Bedeutung für die Studentenbewegung in ganz Westdeutschland und Westberlin und kann dazu beitragen, daß die Studentenbewegung den Fortschritt macht, der notwendig ist, um die Forderungen nach 100.-DM mehr für alle BAföG-Bezieher, 1500.- DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.76 durchzusetzen, und es ist richtig, daß der Kampf der Baden-Württembergischen Studenten breite Unterstützung findet und verbunden wird mit der Forderung, daß die VDS diesen Kampf unterstützt und im Wintersemester der bundesweite Streik für mehr Geld geführt wird.

Rücknahme der Relegationen! Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren!

Westberlin. „Studentin wollte ihren Hochschullehrer erpressen. Das Opfer: Acht stürmten mein Büro und verprügel-

Rücknahme der Relegationen! Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren!

Westberlin. „Studentin wollte ihren Hochschullehrer erpressen. Das Opfer: Acht stürmten mein Büro und verprügelten mich.“ (BZ, 11.10.77) Ähnliches in der „Frankfurter Allgemeinen“ und im westberliner Regionalfernsehen. Wer ist das Opfer? Wolfgang Wippermann, Assistent am Fachbereich 13 (Geschichte) der FU, früher Dozent an einer Polizeischule („Die Ausbildung in der Waffen-SS kann als Vorbild für die Innere Führung der Bundeswehr angesehen werden.“). Dissertation: „Der Ordensstaat als Ideologie“. Im Wintersemester 76/77 führte er ein Proseminar durch: „Das Geschichtsdenken bei Marx und Engels“. Die Studenten lehnten seinen Seminarplan ab, (u.a. Kapital Band 1 und 2 in zwei Wochen lesen, „Wenn Sie nicht alles schaffen, können Sie auch auszugsweise lesen, Hauptsache, Sie kennen die kernigen Zitate“). Stattdessen schulten sie „Lohn, Preis und Profit“ und das „Kommunistische Manifest“. Im November und Dezember wurde in Westberlin gestreikt. Nach dem Streik wollte Wippermann den Widerstand der Studenten brechen. Sie sollten folgende Erklärung unterzeichnen: „Ich wünsche, an dem von Herrn Wippermann durchgeführten EK 1312 zu den von ihm gesetzten Bedingungen teilzunehmen, und verpflichte mich, nicht zu stören.“

Die Bedingungen waren folgende: 1. regelmäßige, durch Anwesenheitsliste kontrollierte Teilnahme, 2. individuelle Kennzeichnung der Gruppenreferate, 3. Nachholung der gestörten oder boykottierten Sitzungen, 4. Verzicht auf die Durchsetzung des sogenannten Rechts der Studenten auf allgemeine politische Diskussion, d.h. politische Agitation und Aktion in den Seminaren. Kein Student hat unterschrieben. Daraufhin stellte Wippermann fest, Dressurakt mißlungen und verweigerte 50 Studenten den Seminarschein. Folge: Die KHG rief auf, sich die Scheine zu holen. Zwölf Studenten setzten ihn in seinem Büro fest und forderten die Unterzeichnung der Scheine. Er brüllte um Hilfe und wurde nach zwei Stunden von der Polizei befreit. In den folgenden Nächten wurde er mehrfach angerufen. Im Juli bezog er eine gehörige Tracht Prügel auf der Straße.

Wippermann ist verantwortlich für fünf Relegationen und acht Strafverfahren, mit denen er um sich geworfen hat, weil er mit seinen „wissenschaftlichen Anschauungen“ schon keinen Studenten mehr betrügen kann. Durch den Kampf der Studentenbewegung wurde die Aussetzung von zwei Relegationen erzwungen. Daraufhin hat Wippermann erneut eine Relegation eingeleitet. („Ich wurde beim Entfernen einer Wandzeitung von hinten überfallen“).

Die wissenschaftliche Notwendigkeit der Lohnsenkung und Einführung des Arbeitsdienstes

Die Ideologen der Bourgeoisie streiten sich gegenwärtig öffentlich, wie es besser gelingen kann, die Arbeiterbewegung zu fesseln, die Löhne zu senken und die Profite der Kapitalisten zu steigern, damit sie in der imperialistischen Konkurrenz erfolgreich sein können. „Finanzwissenschaftler“ Professor Rürup von der TH Darmstadt äußert sich im „Darmstädter Echo“.

Im Wesentlichen ständen zwei Möglichkeiten zur Auswahl:
1. „Um aus der Krise herauszukommen, muß die Nachfrage gesteigert werden.“
2. „Zusätzliche Arbeitsplätze müssen geschaffen werden.“

Der Kern der Ausführungen des Professors besteht darin, daß „die Wahrheit in der Mitte“ läge: „... ein Teil der Arbeitslosigkeit, so bestätigen empirische Untersuchungen, hat seine Ursache in einem Mangel an Nachfrage. Würden über eine Steigerung der Gesamtnachfrage die vorhandenen Kapazitäten und damit die Arbeitsplätze ausgelastet, hätte die Bundesrepublik etwa noch 500000 Arbeitslose zu beklagen. Dieser Restkern kann freilich nur durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beseitigt werden.“ Der Vorteil für die Bourgeoisie dabei: Es ist ‚wissenschaftlich‘ begründet, daß sowohl „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ als auch „Steigerung der Nachfrage“ notwendig sind. Folgen wir also unserem Gelehrten in Sachen Ausplünderung und Volksbetrug zur Durchführung dieser Maßnahmen: „... Wirkungsvoller für eine Konjunkturbelebung“, so Professor Rürup, seien „Steuersenkungen für Lohn- und Gehaltsempfänger; ... Aber auch dieser Schritt allein garantiert keine allzu großen Erfolge ... Gleichwohl müsse auch über Steuererleichterungen *für das nächste Jahr* die Massenkaufkraft gesteigert werden, denn 1978 steht die Erhöhung der Mehrwertsteuer ins Haus; überdies werden deutlich weniger vermögenswirksame Leistungen frei als bisher, und die Renten werden 1978 erst zum Jahresende und nicht wie bisher in der Jahresmitte erhöht. Hinzu kommt noch, daß auch die Beiträge für die Krankenversicherung erhöht werden.

Mehrwertsteuer ins Haus; überdies werden deutlich weniger vermögenswirksame Leistungen frei als bisher, und die Renten werden 1978 erst zum Jahresende und nicht wie bisher in der Jahresmitte erhöht. Hinzu kommt noch, daß auch die Beiträge für die Krankenversicherung erhöht werden.

Eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer wäre daher schon eine notwendige Präventivmaßnahme, um einem weiteren Einbruch der Konjunktur entgegenzuwirken.“

Mit dieser „Präventivmaßnahme“ ist die „Nachfrage noch nicht erhöht“. Deshalb bleibt nach Auffassung von Professor Rürup nur noch die Möglichkeit, „über eine Erhöhung der Staatsausgaben die Konjunktur wieder in Gang zu bringen.“ Klar: Der Staatsapparat der Kapitalistenklasse soll ausgebaut werden, zur verschärften Unterdrückung, für die imperialistische Konkurrenz und den daraus folgenden Krieg. Dies soll über Staatsschulden bei der Finanzbourgeoisie gedeckt werden, durch die sie sichere Zinsen erhält für ihr brachliegendes Geldkapital. Bezahlt werden soll der Ausbau des Staatsapparates und die Zinsen für die Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse und das Volk mit den Steuern, die ihnen abgepreßt werden.

Die nächste Steuerreform ist schon „im Gespräch“. Das ist es, was die „Nachfragesteigerung“ bringen soll. Im „Darmstädter Echo“ vom 9.10.76 hatte dieser „frühere Mitarbeiter von Helmut Schmidt“ die Möglichkeiten untersucht, die Steuerausplünderung zu steigern. Die Kapitalisten müßten ihren Teil an Zinsen für die Staatsschuld erhalten und der Staatsapparat müsse ausgebaut werden. „Eine mittel- bis langfristige Reduzierung des Ausgabenzuwachses zum Abbau des Defizits“ sei unmöglich.

Daher sei die Erhöhung der Mehrwertsteuer unumgänglich, da eine Erhöhung der „Einkommensteuer im mittleren Bereich, also ein Jahreseinkommen der Familie von 30000 bis 40000 DM“ sich „politisch nur schwerlich durchsetzen lasse“.

Für die erhöhte Ausplünderung ist der ehrenwerte Professor also, vorbeugen will er den Kämpfen der Arbeiterklasse um die Bezahlung ihrer Arbeitskraft und den Kämpfen, die das Volk unter Führung der Arbeiterklasse gegen die Ausplünderungsmaßnahmen führt.

Nun zur Arbeitsplatzbeschaffung: „Professor Rürup spricht sich nachdrücklich für eine expansive Personal-

terklasse um die Bezahlung ihrer Arbeitskraft und den Kämpfen, die das Volk unter Führung der Arbeiterklasse gegen die Ausplünderungsmaßnahmen führt.

Nun zur Arbeitsplatzbeschaffung: „Professor Rürup spricht sich nachdrücklich für eine expansive Personal-

politik im öffentlichen Sektor aus.“ Dies besonders, da „ein Arbeitsloser den Staat im Durchschnitt 19000 DM (Arbeitslosengeld und entgangene Steuern und Versicherungsbeiträge) kostet. Die Kosten für einen Beschäftigten lägen kaum höher.“

Als Vertreter der Kapitalisten betrachtet der Professor das Arbeitslosengeld „von der Kostenseite“ für die Kapitalistenklasse. Die Arbeiterklasse hat sich die Arbeitslosenversicherung erkämpft, als Schutz gegen die Krisen, die die kapitalistische Produktion unweigerlich hervorbringt.

Die Kapitalistenklasse plündert diese Versicherungskasse der Arbeiter, sie läßt sich von den Arbeitsämtern bis zu 80 % des Lohns bezahlen, Mobilitätszulagen und weitere „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“, alles Maßnahmen, durch die der Profit der Kapitalisten direkt gesteigert wird.

Trotzdem muß weiter Arbeitslosengeld bezahlt werden und das Geld, das so an die Arbeiter fließt und nicht dazu dient, die Profite der Kapitalisten zu erhöhen, schmerzt sie. Sie sinnen auf Abhilfe. „Selbst wenn der Öffentliche Dienst, ... unproduktiver wäre als die private Wirtschaft, ist dieser Vergleich bei längerfristiger Arbeitslosigkeit irrelevant; denn bei anhaltend schlechter Arbeitsmarktlage ist der Unterschied zwischen öffentlicher und privatwirtschaftlicher Produktivität nicht entscheidend. Wichtig ist vielmehr, welche Produktivität ein Staatsbediensteter im Verhältnis zum Arbeitslosen hat.“

Also: Einem Arbeitslosen muß Arbeitslosengeld bezahlt werden, das läßt sich nicht vollständig beseitigen. Aber ein Arbeitsloser produziert keinen Mehrwert. Was liegt näher, als ihn „kaum höher“ zu bezahlen, dafür aber Mehrwert produzieren zu lassen?

Daher ist das Ziel dieses Sklaventreibers, die Arbeitslosen als Zwangsarbeiter in den Fabriken der Kapitalisten auszubeuten. Solange dies nicht möglich ist, bringt die Ausbeutung von Zwangsarbeitern durch den Staat immer noch mehr Profit, als die Bezahlung von Arbeitslosengeld, und muß daher als erster Schritt durchgesetzt werden.

Dieser Professor mit seinen „fortschrittlichen Vorschlägen zur Steigerung der Massenkaufkraft“ ist getreuer Hund seines Herrn. Für sein Stück Wurst weiß er, wie zu bellen ist. – (KHG Darmstadt)

Suspendierung konnte nicht durchgesetzt werden

Osnabrück. Seit über einem Jahr versucht die Reaktion, den Kommunisten Götz Rohwer, Akademischen Rat am Fachbereich I an der Universität Osnabrück, aus dem Hochschuldienst hinauszuschmeißen. Jetzt wurde die Suspendierung Rohwers ausgesprochen. Die Reaktionäre sind aufgescheucht und wollen eine Entscheidung herbeiführen. CDU-Abgeorneter Hornhues in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (27.9.77): „Die von vielen Hochschullehrern vertretenen Lehrinhalte ließen keinen Konsens mit dieser Gesellschaft erkennen. Hier könnten die Gesetze, z.B. das Beamtengesetz voll ausgeschöpft werden“. Auch jetzt gelingt es dem Ministerium nicht, die Suspendierung durchzusetzen. Ein Hausverbot auszusprechen, getrauen sie sich nicht, weil sie dann die Universität in ein Polizeilager verwandeln müßten. Ihre Versuche, Rohwer Dienstzimmer und Schlüssel wegzunehmen, mußten sie vorläufig einstellen. Am Freitag, dem 21.10., hat eine Fachschaftsvollversammlung am Fachbereich I beschlossen: „Viele Studenten und Dozenten haben ein direktes Interesse daran, daß Rohwer seine Arbeit an der Unviversität fortsetzen kann. Denn noch mehr Universitätsangehörige haben ein Interesse an der Aufhebung seiner Suspendierung und an der Verhinderung seines Berufsverbotes, um der Erstickung demokratischer Rechte und der Formierung eines von der Reaktion unterworfenen und gegen die Studenten einzusetzenden Lehrkörpers entgegenzutreten. Darum setzen auch wir uns dafür ein, daß Rohwer seine Arbeit an der Universität trotz seiner Suspendierung und um deren Aufhebung zu erreichen, fortsetzt. Die Suspendierung muß aufgehoben werden. Alle Disziplinaverfahren müssen eingestellt werden. Wir sind dafür, daß Rohwer seine für das Wintersemester angekündigten Lehrveranstaltungen durchführt und seine Mitgliedsrechte im Fachbereichsrat und im Prüfungsausschuß behält und wahrnimmt.“

lingt es dem Ministerium nicht, die Suspendierung durchzusetzen. Ein Hausverbot auszusprechen, getrauen sie sich nicht, weil sie dann die Universität in ein Polizeilager verwandeln müßten. Ihre Versuche, Rohwer Dienstzimmer und Schlüssel wegzunehmen, mußten sie vorläufig einstellen. Am Freitag, dem 21.10., hat eine Fachschaftsvollversammlung am

Suspendierung muß aufgehoben werden. Alle Disziplinaverfahren müssen eingestellt werden. Wir sind dafür, daß Rohwer seine für das Wintersemester angekündigten Lehrveranstaltungen durchführt und seine Mitgliedsrechte im Fachbereichsrat und im Prüfungsausschuß behält und wahrnimmt.“

Erste Semesterwoche: In den Lehrveranstaltungen werden große Kämpfe vorbereitet

In der letzten Woche hat an den Hochschulen das neue Semester begonnen. In Niedersachsen ist Minister Pestel an den Hochschulen herumgereist, um die Professoren und reaktionären Studentengruppen auf ihre Aufgabe auszurichten, die Studentenmassen in diesem Semester soweit zu drükken, daß die reaktionären Studenten die politische Führung übernehmen und Truppen für die Konterrevolution rekrutieren können (siehe Meldung auf dieser Seite).

In den Seminaren haben die Professoren gleich mit neuen Unverschämtheiten begonnen. In den letzten Semestern hat es immer heftigen Kampf gegeben, wenn sie den Studenten Literaturlisten mit ein paar tausend Seiten Lesestoff aufzwingen wollten. Jetzt häufen sich die Meldungen, daß die Professoren einen Teil der Studenten gar nicht reinlassen wollen ins Seminar, womöglich gar Aufnahmeprüfungen durchführen. Als reine Gnade soll es den Studenten scheinen, nach all dem sich schließlich mit der bürgerlichen Wissenschaft vollstopfen lassen zu „dürfen“.

Solcher „Gnade“ bedarf die Studentenbewegung nicht. Sie muß sich gegen Unterdrückung, Spaltung und Schikane zusammenschließen, und sie tut das auch. Zweck der Unterdrückung ist, aus besitzlosen Studenten Agenten der Bourgeoisherrschaft zu machen. Das ist schwer, weil die Studentenmassen das nicht wollen. Die revolutionären Studenten müssen diesen Willen festigen, indem im einzelnen nachgewiesen wird, wie Schikane und Unterdrückung in der Organisation der Lehrveranstaltungen ihrem reaktionärem Inhalt entsprechen.

Im folgenden veröffentlichen wir einige der Berichte, die uns von den Hochschulen erreicht haben.

„Burschen heraus!“

Westberlin. Am 18.10. versuchten 100 Studenten des Faches Sport an der PH, den Eingangstest für den Kurs „Geräteturnen“ zu verhindern. Im letzten Semester war die Hälfte der Studenten durchgefallen. Durch Drohung mit Scheinentzug gelang es den Hochschulbeamten, die Aktion, zu der das Vertretungsorgan der Sportstudenten aufgerufen hatte, zu spalten. In der nächsten Lehrveranstaltung muß jetzt die Teilnahme aller durchgesetzt werden. Im Seminar „Zum Problem von Motivation im Unterricht“ wollten die Professoren nur die zulassen, die sich in den Ferien bei ihnen in Listen eingetragen hatten. Die Studenten setzten durch, daß alle 48, die gekommen waren, teilnehmen können.

Vor den Mensen von PH und FU versuchten die Burschenschaftler, Agitation zu betreiben. Sie verklebten Plakate „Burschen heraus!“ und priesen in Flugblattaktionen die Grenzschutzaktion in Somalia und forderten die Todesstrafe und für streikende Studenten die Relegation. In kurzer Zeit wurden die Reaktionäre vertrieben, indem ihre Absichten enthüllt wurden und für die PLO gesammelt wurde.

„Mehr Leistung“ für Formblatt 9

Göttingen. In der Statistik-Vorlesung weigert sich der Professor und Institutschef Kreugel, wie bisher das Formblatt 9 gegen bloße Vorlage der Übungsscheine zu unterschreiben. Das Formblatt ist Voraussetzung für das BAFöG. Kreugel: Er wolle „mehr Leistung sehen“, eine zehnminütige mündliche Prüfung oder Bescheinigung „besonders erfolgreicher Teilnahme“ durch seine Hilfskräfte.

Die Lehrerstudenten müssen Philosophiescheine machen. Im Seminar Fries, einer der drei für Lehrerstudenten angesetzten Übungen, sitzen 250 Studenten. Auf Fries' Frage, wer das Seminar nur wegen des Scheins mache, meldeten sich alle außer 15. Fries daraufhin: Dann müsse er eine Abschlußklausur schreiben. Sofort hat sich eine Seminargruppe gebildet, die in der nächsten Seminarstunde durchsetzen will, daß es den Schein für ein Gruppenprotokoll gibt, sonst soll das Seminar nicht fortgesetzt werden.

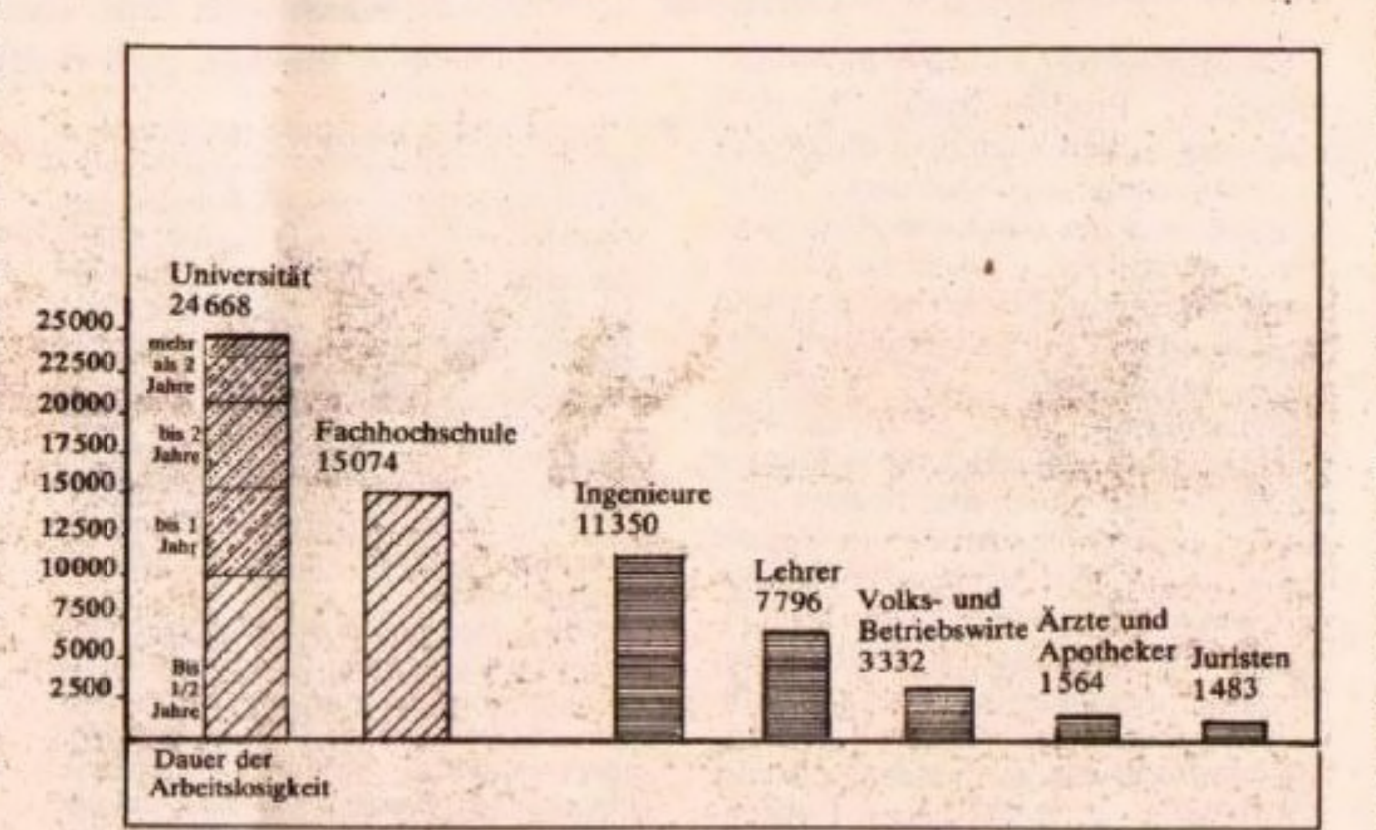
Den Schein gibt's nur für den Imperialistenstandpunkt

Hannover. Im Seminar „Idee und Wirklichkeit der Kreuzzüge“ hat die Dozentin Schwarz für das nächste Mal eine Liste mit Referatsthemen angekündigt. Studenten forderten, sich die Themen selbst aussuchen zu können. Dazu Dr. Schwarz: Man könne natürlich die Kreuzzüge von verschiedenen Standpunkten aus betrachten, z.B. auch vom Standpunkt der arabischen Völker. Voraussetzung für ein Referat und damit für den Schein sei aber, vom Standpunkt „Europas“ auszugehen.

„Der Student ist kein Arbeitnehmer“

Hannover. Allen Studienanfängern an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen hat Kanzler Hesse schriftlich bestätigt, daß zur kostenlosen Vernutzung ihrer Arbeitskraft vollständige Rechtlosigkeit gehört. Gegen den von der Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften angekündigten Streik schreibt er: „Bei den Beziehungen des Studenten zur Hochschule handelt es sich ... nicht um ein Arbeitsverhältnis im Rechtssinne ...“ Streiks der Studenten seien daher „rechtswidrige Behinderungen des Lehrbetriebs“. „Die Hochschule ... wird bemüht sein, Ihnen dennoch ein störungsfreies Studium zu ermöglichen“, kündigt dieser Polizeibüttel neue Unterdrückungsmaßnahmen an.

Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen Ende Mai 1977



Um 34% ist die Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen gegenüber dem Vorjahr gestiegen. 750000 Studenten studieren derzeit an den Hochschulen. Für 1985, so schätzt die Bourgeoisie es ein, wird es 341000 Lehrer „zuviel“ geben, und bis 1990 rund 190000 Ingenieure „zuviel“.

„Die erste Reiterarmee“

SRKs bereiten Aufführung des revolutionären Schauspiels von Wsewolod Wischnewskij vor



Öffentliche Mitgliederversammlung der SRKs am Donnerstag, 3.11.77: Theateraufführung: „Die erste Reiterarmee“

Flensburg. ZOB-Restaurant, 2.11.77, 19.30 Uhr

Kiel. Gaststätte „Waidmannsruh“, Kronshagen, 19.30 Uhr

Hamburg. „Philosophenturm“, Universität, Schüterstr., 19 Uhr

Oldenburg. Etzhornerkrug, Butjadingerstr. 341, 20 Uhr

Bremen. Uni Mehrzweckhochhaus, 19.30 Uhr

Osnabrück. Haus der Jugend, Großer Saal, 19 Uhr

Hannover. Freizeitheim Linden, Windheimstr., 19.30 Uhr

Braunschweig. Freizeit- und Bildungszentrum Bürgerpark, 19.30 Uhr

Göttingen. Hotel Drei Kronen, Geismar, Mitteldorfstr., 19.30 Uhr

Westberlin. Neue Welt (Kleiner Saal), Hasenheide, 19 Uhr



Kommunismus und Klassenkampf
Revolutionäre Schauspiele
Wsewolod Wischnewskij: Die erste Reiterarmee
mit einem Anhang: Reden und Texte Lenins

Erhältlich bei den Verkaufsstellen der KVZ und beim Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19, Best.Nr. 0646

Preis 3,00 DM

Oktoberrevolution 1917. Die Arbeiter- und Bauernrevolution hat gesiegt, die von Kerenski und Kornilow betrogenen Kosaken sind zerstreut und festgenommen. Arbeiter-, Soldaten- und Bauernsowjets nehmen die politische Macht im bewaffneten Aufstand in die Hand.
Oben links eine Abteilung der revolutionären Reiterarmee unter Führung der Genossen Budjonny und Woroschilow. Unten: Szenen aus Theaterproben. Um die Aufführungen wird gekämpft. Sie müssen von der ganzen Organisation unterstützt werden.







Ausbildungskompanie 408, Panzertruppenschule Munster: 3. Woche Grundausbildung – Bilanz

Munster. Montag, 17.10., 7.15 - 9.30 Uhr: Auf dem Dienstplan steht Unterricht „Innere Führung – Soldatengesetz“. Bei den Soldaten herrscht Unruhe. Man unterhält sich übers Wochenende und über die nun schon seit einer Woche überfälligen Zugsprecherwahlen. Zugsprecher sind die von einem Zug gewählten Soldaten, die für den gesamten Zug gegenüber dem Zugführer (meist Oberfeldwebel) sprechen. Ein Rekrut meint, daß heute unbedingt was unternommen werden muß. Der Kompaniechef hält nun schon seit zwei Wochen die gesamte Kompanie hin und verschiebt laufend die Wahlen. „Die haben wohl Schiß, daß jemand für unsere Interessen eintritt“, meint ein anderer Rekrut. Kurzum, es wird beschlossen, daß heute Krach geschlagen werden muß. Zugsprecherwahlen morgen, Vertrauensmannwahlen so schnell wie möglich, das ist die Forderung. Der Unteroffizier vom Dienst brüllt „Kompanie auf!“, die Kompanie steht nicht, er brüllt noch lauter „Kompanie auf! – Achtung“, der Kompaniechef Hauptmann Tannhauer steht in der Tür. UvD macht Meldung, der KpChef fängt an: „Heute wollen wir unsere Pflichten und Rechte, die wir bei der Bundeswehr haben, durchnehmen“.

Ein Soldat steht auf und erklärt, daß er sich als Arbeiter in seiner Fabrik nicht so hat schikanieren und unterdrücken lassen, wie er das jetzt tun muß, weil ihm die „Wehrdisziplinarordnung“ im Genick sitzt. Die Kameraden stimmen zu. Der Hauptmann blockt ab und kommt zu einem anderen Thema. Dazu wird die Kompanie aufgeteilt für zehn Minuten. Eine Gruppe sollte herausarbeiten, warum es notwendig ist, daß das Beschwerderecht so eingeschränkt wird, daß man sich nicht gemeinschaftlich beschweren kann. Die Antwort der Gruppe ist: Die Bundeswehr hat Angst vor Meuterei. Die Meinung der Gruppe dazu ist einfach und präzise: Unser Interesse ist es nicht, daß jeder einzeln dem KpChef ausgeliefert ist, die Stärke der Soldaten liegt in ihrem Zusammenschluß. Wir sind dafür, daß man sich gemeinschaftlich beschweren kann. Der Hptm läuft rot an: „Ja, dann muß ich ihnen nun erklären, daß die Einschränkung notwendig ist“. Er fängt ungelenkt an, das zu rechtfertigen, und landet bei jeder Argumentation auf dem Bauch.

Bei den anderen Gruppen sieht es ähnlich aus. Jetzt steht ein Soldat auf und erklärt, daß die Zugsprecher- und Vertrauensmannwahlen immer noch ausstehen und daß wir dafür sind, daß morgen Zugsprecher und so schnell wie möglich Vertrauensmänner gewählt werden müssen. Der Hptm versucht abzuwimmeln: „Also Jungs, ihr kennt euch doch kaum und wißt gar nicht, welchem Soldaten ihr euer Vertrauen aussprechen könnt“, usw. Derselbe Soldat steht wieder auf und sagt, daß er das getrost der Kompanie überlassen kann – die richtigen Leute stehen nämlich schon fest. Der Hptm muß sich dem Druck der Kompanie beugen. Die Zugsprecherwahlen werden für Dienstag festgesetzt.

Dienstag, 18.10.: Die Kompanieführung versucht die Soldaten kleinzukriegen. Durch Überziehen der Formalausbildung wollen sie keine Zeit geben, die Wahlen im Zugrahmen durchzuführen. Das Manöver scheitert. Die Soldaten halten an den Beschlüssen von Montag fest und wählen die Zugsprecher. Gewählt wird, wer sich dafür eingesetzt hat, daß die Stuben schriftlich abgemeldet werden können – was ab Dienstag durchgesetzt ist, und wer den Zusammenschluß dafür hergestellt hat, daß der Revierdienst nicht mehr nachts vom UvD aus den Betten geholt wird, sondern daß morgens nachgereinigt wird – das wurde nach anderthalb Wochen durchgesetzt. Der Termin für die Vertrauensmannwahl wird auf Freitag, 21.10. festgesetzt.

Mittwoch und Donnerstag, beides Geländetage, beraten die Soldaten in Kampf- und Schießständen, wen sie als Vertrauensmann aufstellen und wählen wollen. Obwohl die Rekruten im Feld geschunden werden, können es die Offiziere nicht verhindern, daß man sich in Feldlöchern, Kampfständen usw. bespricht.

Freitag, 21.10.: Vertrauensmannwahl. Morgens werden die Soldaten nochmal ordentlich gescheucht. 6000 m Dauerlauftraining, die voll reinhauen. Die Einhaltung des Dienstplans ist nicht mehr gewährleistet. Pockenschutzimpfung, Stuben- und Revierdienst muß noch durchgeführt werden. Trotz gehässiger Schikane wollen die Soldaten unbedingt die Vertrauensmannwahlen durchführen. Es hilft nicht, daß die Offiziere immer wieder auf Einhaltung des Dienstplans drängen, die Soldaten wollen wählen. Die Kandidaten aus den einzelnen Zügen stehen fest, fast überall die Zugsprecher. Selbst bei den Wahlen versucht das Pack, die Soldaten zu spalten. Jeder Zug soll gegen den anderen Zug konkurrieren. Sie heizen die einzelnen Züge an, daß ihr Kandidat gewählt werden muß. Die Soldaten wählen, nachdem sich jeder vorgestellt und gesagt hat, was er vorhat. Die Einheizerei und Aufforderung, daß derjenige, der nicht wählen will, auf die Stuben wegtreten kann, nutzt wenig. *Alle* wählen. Trotz verschiedener Spaltungs- und Verhinderungsversuche ist es dem KpChef nicht gelungen, die Soldaten von der Wahl abzuhalten.

Röttiger-Kaserne Hamburg

Fähnrich Tiedemanns Erlebnisse

Hamburg. Auf einer meiner letzten Mun-Wachen war Fähnrich Tiedemann Stellvertretender OvWa. Als er unsere Streife nachts kontrollierte, zeigten zwei Gewehrmündungen auf seinen Bauch. Dem Wachhabenden sagte er hinterher, bei dieser Wache würde er nicht mehr nachts kontrollieren, das sei ihm zu gefährlich... Als er dann am Tag wieder eine Streife kontrollieren wollte, zwangen ihn die Wachsoldaten mit vorgehaltenem Gewehr, aus dem Wagen zu steigen und sich auszuweisen. Auf seine Proteste, er sei ja schließlich StellvOvWa, bemerkten die Soldaten nur, das könne ja jeder behaupten. Fähnrich Tiedemann war nach seinem Dienst wohl ziemlich entnervt.

Wachverschärfung

Seit Januar ist für die Mun-Wache der Röttiger-Kaserne ein neues Wachsystem eingeführt worden, das eine unheimliche Verschärfung des Wachdienstes bedeutet. Bisher mußte man alle zwei Stunden über die Mun-Ranch laufen, ohne daß der Weg genau vorgeschrieben war. D.h., daß man sich ganz gut in die Büsche verpissen konnte. Verpissen deshalb, weil wir Soldaten kein Interesse daran haben, die Munition zu bewachen. Das ist auch den Offizieren klar geworden – sie wissen, daß wir nicht freiwillig in der Armee sind und daß sie uns nur durch schärfste Unterdrückung zur Ableistung des Wehrdienstes zwingen können.

Deshalb haben sie jetzt für die Mun-Wache ein System eingeführt, das die Streifenwege genau vorschreibt und auf die Minute genau festlegt, wieviel Zeit man für welchen Wegabschnitt zu brauchen hat. So muß man jetzt z.B. für eine Strecke von ca. 500–600 Meter 30 Minuten laufen – wie entnervend das ist, kann sich wohl jeder vorstellen. Verpissen kann man sich auch nicht mehr, weil der OvWa natürlich immer genau weiß, wo er eine Streife finden kann.

Drei Wochen 11./3 – Drei Wochen Unterdrückung und kleinlich-gehässige Schikane

Am 3.10. sind hundertfünfzig Soldaten in die 11./3 eingerückt. Der große Teil von uns Arbeitern, Lehrlingen, Schülern und Kaufleuten ist nicht freiwillig gekommen, sondern aus Betrieb und Schule gezogen worden. 165 Mark reichen nicht hin, um ins Wochenende zu fahren. Außerdem soll man sich noch Ausrüstungsgegenstände kaufen. Zum Hungersold hinzu kommt die Unterdrückung in der Kaserne. Tests werden geschrieben. Wer eine Sechs oder eine Fünf hat, bleibt am Wochenende in der Kaserne. Jetzt stehen Vertrauensleutewahlen an. Die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Abschaffung der Tests werden in der Kompanie diskutiert. Die Vertrauensleutewahlen sind ein wichtiger Schritt, um diese Forderungen durchzusetzen.

General stellt Strafantrag

Osnabrück. Im Mai dieses Jahres hatte das SRK Osnabrück-Emsland berichtet, daß die Vertrauensleute der Mannschaft in der Kaserne Fürstenau auf einer Zusammenkunft gegenüber dem anwesenden Kommandeur des Wehrbereichs 2 Generalmajor Vollmer gegen den Hungersold protestiert haben. Anhand der Besoldungstabelle wurde unter anderem ausgerechnet, daß dieser Generalmajor ein Gehalt bekommt, das dem Gehalt von 45 Panzergrenadieren entspricht. Der Vorgesetzte des Generalmajor Vollmer hat jetzt gegen diesen Artikel Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Man darf gespannt sein, wie der General vor Gericht erklären will, warum er 45 mal soviel bekommt wie ein Panzergrenadier. Oder wie er es beweisen will, daß er kein Unterdrücker ist. Das werden wohl vergebliche Bemühungen sein. – (SRK Osnabrück-Emsland)

Lohnfortzahlung durchsetzen!

Delmenhorst, Barbara-Kaserne. Mit lautem Beifall wurde der 2. Vertrauensmann auf einer ZbV-Vertrauensmann-Stunde begrüßt. Er hatte beim Besuch des niedersächsischen CDU-Vorsitzenden und Landesministers Hasselmann die Forderung nach Lohnfortzahlung erhoben. In den folgenden Tagen zeigten die Offiziere Hektik. Sie durchsuchten das Auto des Vertrauensmannes. Der Sicherheitsoffizier lud zur Vernehmung. Der Vertrauensmann hielt an der Forderung fest. Bei einer Aussprache von 30 Mannschaften war man sich einig, daß eine Versammlung stattfinden muß, wo diese Forderung durch Beschluß bekräftigt und Maßnahmen beschlossen werden sollen.

Weg mit den Testarbeiten!

Stade. Tests seien gerade in den ersten Wochen der Grundausbildung notwendig, um die Ausbildung durchführen zu können, so Leutnant Habenreich, Leiter des Nachschubausbildungszentrums Von-Goeben-Kaserne, Stade. Wer eine Eins schreibt, kann freitags um 12 Uhr fahren, wer eine Zwei schreibt, um 14 Uhr, Drei und Vier um 17 Uhr, Fünf und Sechs „dürfen“ von 18 bis 20 Uhr „üben“. Für Fahrgemeinschaften bedeutet das, daß die einen bis zu acht Stunden auf andere warten müssen. Diese Spaltung wird bekämpft. Der Soldat, der gegen die Testarbeiten und für Lohnfortzahlung eingetreten ist, wurde von 87 Rekruten (von 132) zum 1. stellvertretenden Vertrauensmann gewählt. Der mit 101 Stimmen gewählte Vertrauensmann hat sich dazu nicht geäußert. –

Lohnkämpfe der Arbeiter in den USA und Europa

USA

Gegenwärtig führen die US-Stahlkapitalisten Massenentlassungen unter den Stahlarbeitern durch. Bethlehem Steel in Johnstown ist geschlossen worden, 7500 Arbeiter sind damit ohne Arbeit. In Ohio wurde ein Stahlwerk, in dem 5000 Arbeiter gearbeitet haben, dicht gemacht, die Arbeiter der Stadt nennen das Werksgelände „Geisterstadt". Andere Stahlbetriebe führen umfassende Rationalisierungen durch, so z.B. Armco Steel in Middletown, wo 600 Arbeiter entlassen wurden, und Kaiser in Kalifornien, wo 2400 Arbeitern gekündigt worden ist. Diese Situation nutzen die Kapitalisten zu Lohnsenkungen. Mit dem Versprechen auf „sichere Arbeitsplätze" haben sie im Stahlwerk „Alan Wood" bei Conshohoken von 3000 Arbeitern die Zustimmung zu einer Lohnsenkung von 10 Prozent erkauft.



Demonstration der Stahlarbeiter in Chicago

In den letzten 20 Jahren sind in der Stahlindustrie in den USA 100000 Stahlarbeiter überflüssig gemacht worden.

Ende September ist der zehnwöchige Streik der Bergarbeiter zu Ende gegangen, auf dessen Höhepunkt 85000 Bergarbeiter im Streik gestanden haben. Die Kapitalisten und der Staat hatten eine Kürzung und Verteuerung der medizinischen Versorgung durchsetzen wollen, die eine bedeutende Errungenschaft des Kampfes der Bergarbeiter darstellt. Im Streik entwickelte sich die Bewegung auch unter den anderen Teilen der Arbeiterklasse für die Forderung nach vollständiger Garantie von Gesundheitsversorgung und Renten durch die Kapitalisten und ihren Staat.

In Los Angeles streiken seit vier Wochen die Arbeiter der Bekleidungsfabrik Rotschild gegen das unverschämte Angebot des Rotschild-Kapitalisten von einer Lohnerhöhung von 6 Prozent verteilt auf drei Jahre und geplante Einführung von Schichtarbeit und Wochenendarbeit. In Los Angeles arbeiten 70000 Textilarbeiter, von denen 4000 bisher nur gewerkschaftlich organisiert sind. In Boston/Massachusetts hatten 280 Lehrer gegen Gehaltskürzungen und Mehrarbeit gestreikt. Da Lehrer kein Streikrecht haben, ist es zu heftigen Zusammenstößen mit dem imperialistischen Staatsapparat gekommen. 112 Lehrer wurden verhaftet, als sie Streikketten vor den Schulen bildeten. Der Streik der Lehrer wurde von der Bevölkerung kräftig unterstützt und wurde erfolgreich beendet.

Seit drei Wochen streiken in 95 Hütten die Glasarbeiter. Sie fordern eine Lohnerhöhung für dieses Jahr von 1 Dollar mehr die Stunde und in den folgenden Jahren 60 und 65 Cent mehr in der Stunde. Die Kapitalisten haben Streikbrecher herangefahren, die sie gleich in den Fabriken eingesperrt halten, die dort schlafen und essen.

Zum ersten Mal seit 12 Jahren streiken die Arbeiter der Flughäfen; der Streik wurde von der Gewerkschaft der Maschinisten ausgerufen, in der 24000 Arbeiter organisiert sind. Der Streik wird um die Erhöhung und Absicherung der Renten geführt.

An der Ostküste der USA streiken die Hafenarbeiter. Der Streik war von Boston ausgegangen und hat sich mittlerweile auf fast alle Häfen der Ostküste ausgedehnt. Die Hafenarbeiter kämpfen für höhere Löhne und gegen Rationalisierung und Entlassungen. Seit 1958 sind fast 20000 Hafenarbeiter entlassen worden im Zusammenhang mit der Umstellung auf Containerverladungen. 70 Prozent des gesamten US-Imports wird in den Häfen in Container verladen. Seit dem Ende der 50er Jahre haben die Hafenarbeiter immer wieder hartnäckige Streikkämpfe gegen die zunehmende Arbeitshetze durch die Rationalisierungen durchgeführt. Im jetzigen Streik haben die Hafenarbeiter bereits an der Ostküste 28 und an der Westküste 31 Schiffe festgelegt.

Schweden

Die tariflich ausgehandelten Lohnerhöhungen in Schweden belaufen sich im Durchschnitt auf 50 Öre in der Stunde. Demgegenüber stellen die Arbeiter in den Betrieben Forderungen von 2 bis 3 Kronen auf.

Anfang September streikten 300 Beschäftigte von Sunlicht in Nyköping für 2,30 Kronen mehr. Mitte September 300 Beschäftigte bei Pharmacia in Uppsala für 2,20 Kronen. Ende September 600 Kollegen des staatlichen Betriebes Rockwool in Skövde für 2 Kronen. Zur gleichen Zeit 30 Angestellte der Wäscherei IMA in Sundsvall für 2,50 Kronen. Dieser Streik dauerte eine Woche und wurde vom Arbeitsgericht für illegal erklärt. Die Beteiligten sollten zu hohen Geldstrafen verurteilt werden – sie sind die ersten, auf die die Verschärfung des „Mitbestimmungsgesetzes" angewendet werden soll. Dagegen gibt es wachsenden Widerstand, der sich in der Zurückweisung des Gesetzes und in Geldsammlungen für die Kollegen von IMA ausdrückt.

Anfang Oktober streikten, ebenfalls in Sundsvall, die Belegschaften von drei chemischen Betrieben, Esso Chemical, Berol Kemi und Kema Nords, für durchschnittlich 2,50 Kronen mehr in der Stunde. Im Walzwerk Domnarvet in Borlänge streikten 70 Arbeiter für 3,50 Kronen. Aus Uppsala wurden in den letzten Wochen Streiks in sieben Betrieben gemeldet.

Am schärfsten entwickeln sich die Kämpfe momentan in Norrbotten, dem Zentrum der schwedischen Erz- und Holzindustrie. Bei einer Arbeitslosenquote von 15% sollen jetzt weitere 7000 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Hier haben vor zwei Wochen 115 Arbeiter und Arbeiterinnen im Zentrallager der Konsumgenossenschaft von Lulea den Kampf um die Streichung der untersten Lohngruppe aufgenommen, in der vor allem Frauen sind, und fordern außerdem die Ersetzung des Prämienlohnsystems, das den Lohn von der Menge der verkauften Ware abhängig machte, durch normalen Stundenlohn. Trotz Illegalisierung und Drohung mit Entlassungen steht die Streikfront bis heute, mit Streikposten und Blockade der Tore zu den Lagerhallen. Die Belegschaft von zwei Filialen der Konsumgenossenschaft hat Sympathiestreiks durchgeführt.

Sympathiestreiks durchgeführt.



Frankreich. Der Kampf der Renault-Arbeiter gegen Massenentlassungen und Stillegungen spitzt sich zu. In Sandouville und Cleon sind 19000 Arbeiter in Kurzarbeit. Bei Renault Billancourt haben die Arbeiter Anfang Oktober zahlreiche Streiks begonnen, die teilweise jetzt noch geführt werden. Die Karosseriebauer haben einen Warnstreik gemacht, weil viele der Arbeiter entlassen werden und gleichzeitig die Arbeitshetze für die verbleibenden erhöht wird. Die Meister haben diesen Warnstreik versucht durch Aktionen zu zerschlagen. Als dann der Direktor daranging, die Maschinen aus der Lackiererei abzuholen, weil das Werk nach Spanien verlagert werden sollte, haben die Karosseriebauer die Abteilung besetzt. Nach zwei Tagen hat die Direktion ein bewaffnetes Kommando losgeschickt, um die Besetzung zu zerschlagen. Es ist ihnen nicht gelungen. Am 14. Oktober war die Abteilung immer noch besetzt, der Streik hatte sich ausgedehnt, 800 Arbeiter sind ausgesperrt worden, 11 Arbeiter sind angeklagt worden, weil sie die „Freiheit der Arbeit" angegriffen haben.

England

Bei Leyland findet zur Zeit eine Urabstimmung über die Einführung zentraler Tarifverhandlungen statt. Annahme oder Ablehnung sind gekoppelt mit der Annahme oder Ablehnung eines Prämienlohnsystems ab Januar 1978. Die TGWU-Führung empfiehlt die Annahme. Unter den Arbeitern gibt es heftige Diskussion, weil die meisten von ihnen zwar zentrale Tarifverhandlungen wollen, aber keinen Prämienlohn.

Die Führung der Gewerkschaft der Bergarbeiter NUM hat ebenfalls eine Urabstimmung eingeleitet, mit der sie einen Beschluß des Gewerkschaftstages vom vergangenen Juli umgehen will. Der Beschluß hatte als Forderung für den Lohnkampf Wochenlöhne von 135 Pfund für den Arbeiter am Kohleflöz (eine Steigerung von 65 Pfund), 114 Pfund für andere Untertagearbeiter und 92 Pfund für Übertagearbeiter festgelegt. Die NUM-Führung stellt jetzt ein Angebot der Regierung zur Urabstimmung, das die Einführung ei-

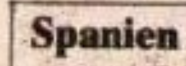
Urabstimmung, das die Einführung ei-

nes Prämienlohnsystems vorsieht, und empfiehlt seine Annahme, obwohl die damit verbundenen Lohnsteigerungen geringer sind als bei einem Prämienlohnangebot, das von den Bergarbeitern bereits 1974 abgelehnt worden ist. Dagegen rufen die NUM-Bezirke Yorkshire, Schottland, Südwales, Derbishire und Kent zur Ablehnung auf. Kent hat angekündigt, es würden alle möglichen Maßnahmen ergriffen, um den Zeitlohn zu verteidigen.

Viele Polizisten haben in den vergangenen zwei Jahren gekündigt, und obwohl immer mehr Frauen eingestellt werden und in einigen Revieren bereits ein Drittel der Polizisten Frauen sind – auch bei Grunwick waren am Montag Frauen eingesetzt – können die Einsätze nur durch immer mehr Überstunden durchgeführt werden. Die Gewerkschaft der Polizei verlangt eine sofortige Lohnerhöhung von über 25 Prozent – weit über der 10%-Lohnleitlinie der Regierung – und droht mit Streik. Ihrem Vorsitzenden der Ge-

linie der Regierung – und droht mit Streik. Ihrem Vorsitzenden der Ge-

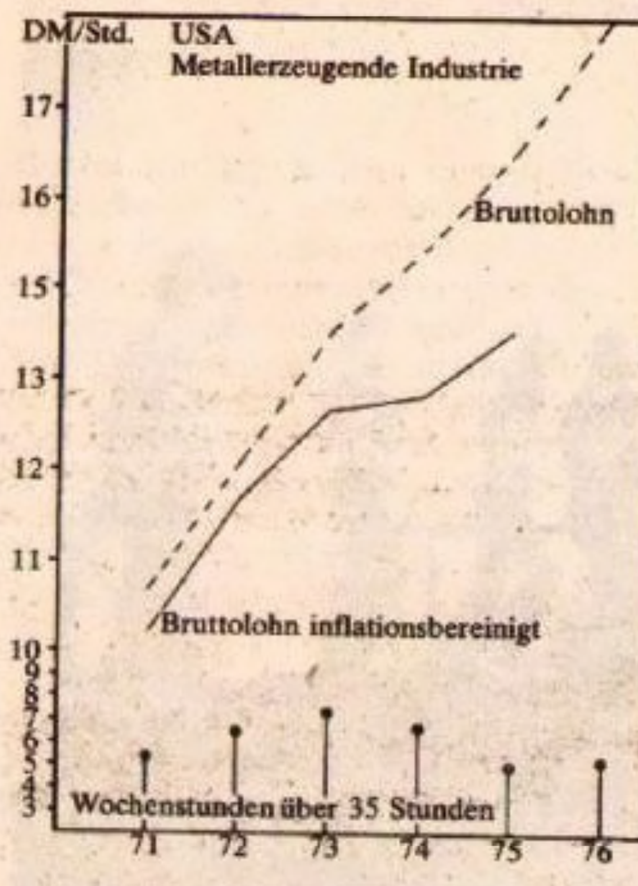
werkschaft ist ein Verfahren wegen Untergrabung der öffentlichen Sicherheit angedroht worden, wenn er weiter „die Stimmung anheizt". Der Kapitalistenverband CBI hat die Regierung aufgefordert, in einen Streik der 3000 Chemiearbeiter BOC, der 80 Prozent der Industrie mit Sauerstoff, Stickstoff und anderen Industriegasen versorgt, einzugreifen. Die BOC-Arbeiter halten seit einer Woche nur noch die Versorgung von Krankenhäusern aufrecht. Sie streiken gegen ein Angebot von 10 Prozent plus 5 Prozent Prämienzulagen und verlangen 30 Prozent Lohnerhöhung.

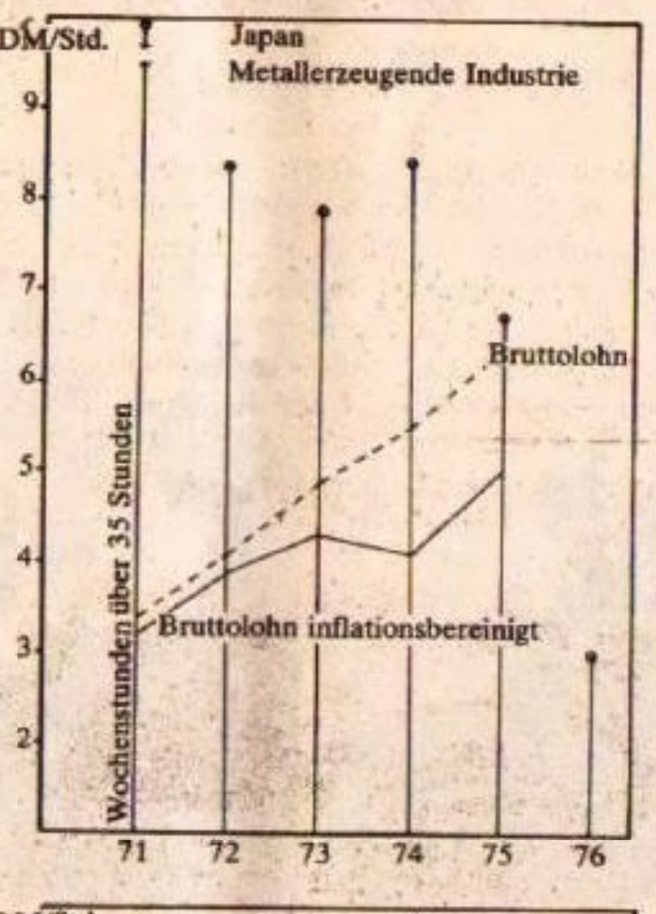


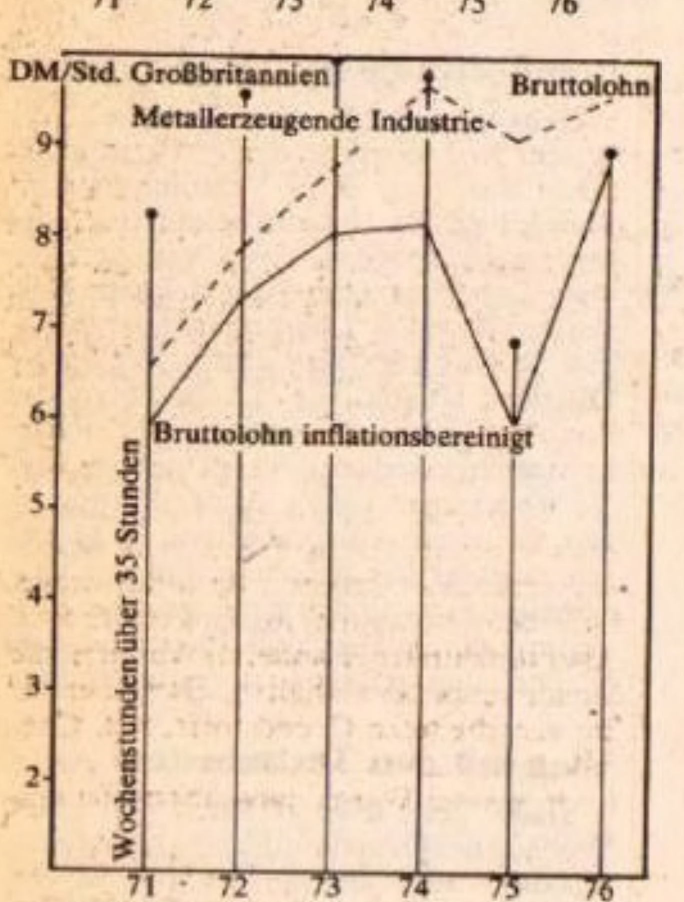
MERSEYSIDE FIREMEN WILL STRIKE TO OBTAIN A LIVING WAGE

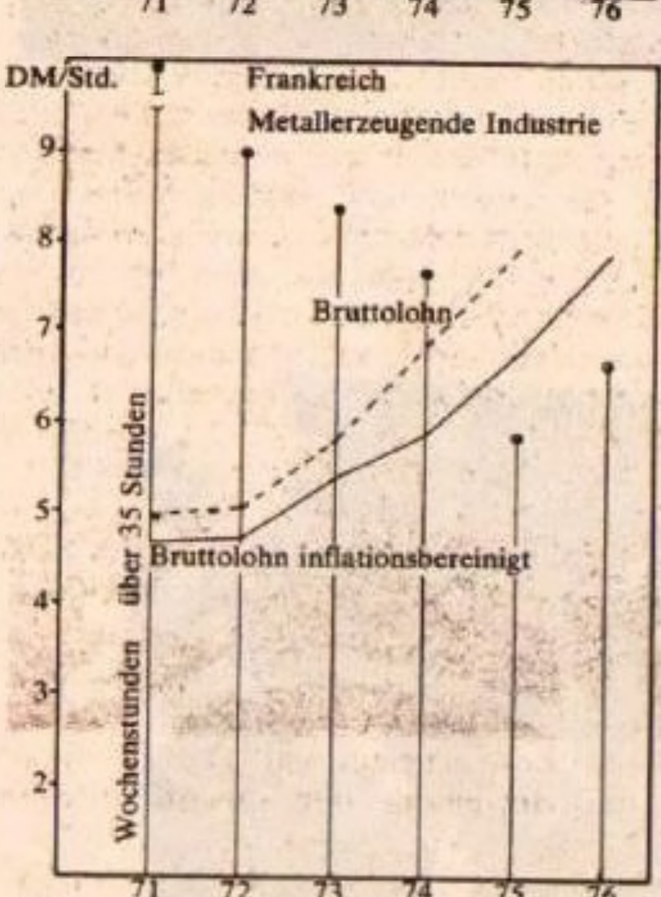
Die englischen Feuerwehrmänner streiken für höhere Löhne

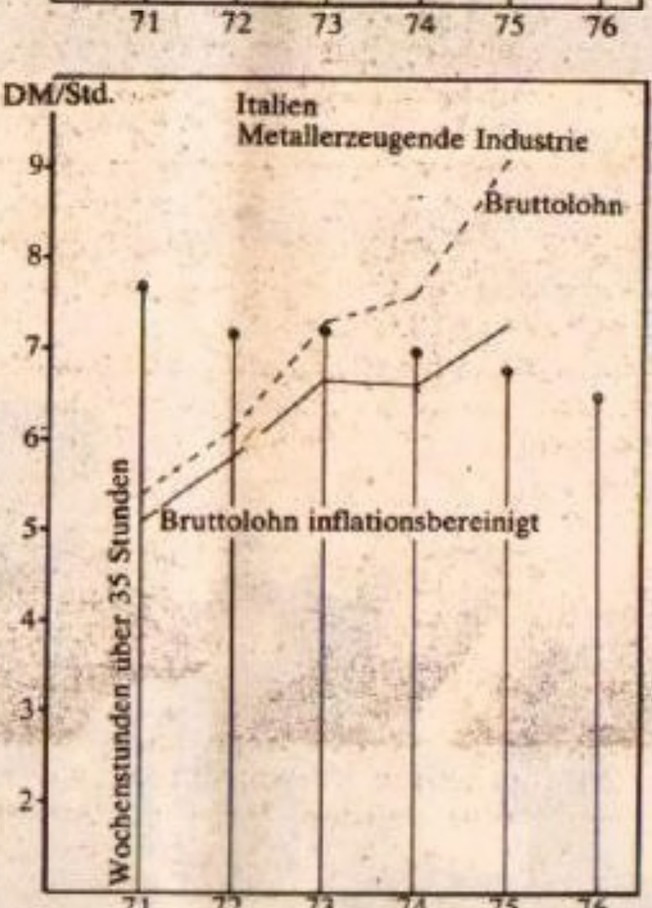
DM/Std. Lohnstückkosten
Italien
Japan
Groß britan nien
Frankreich
BRD
USA
80 70 60 50 40 30 20 10
71 72 73 74 75 76











Was die Schaubilder nur grob andeuten: In allen imperialistischen Ländern haben die Kapitalisten den Lohn gesenkt und die Mehrarbeit erhöht. Auf den Schaubildern ist lediglich dargestellt der Bruttolohn umgerechnet für die einzelnen Länder auf einen mittleren Haushalt in Westdeutschland. Dabei ist in der Darstellung des Lohns zur Grundlage genommen der Bruttolohn in der metallerzeugenden Industrie und in der zweiten Kurve jeweils der tatsächliche Bruttolohn abzüglich der Inflationsrate. Schon an dieser Darstellungsweise lassen sich die Senkungen und Tendenzen der Lohnsenkung aufzeigen. Hundertfach schärfer ist es in Wirklichkeit, wo diese Summe des Bruttolohns kein Arbeiter jemals zu Gesicht bekommt, da vorher die in allen Ländern gestiegenen Abgaben für Sozialversicherungen abgehen. Zudem, wir hatten in der Lohnumfrage der KVZ bereits festgestellt, daß die offiziellen Statistiken eine Menge Lug und Trug enthalten. Nach dem Statistischen Jahrbuch müßte ein Arbeiter in Westdeutschland mindestens ein „mittleres Einkommen" beziehen, um überhaupt den im Jahrbuch angeführten 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt sich monatlich kaufen zu können.

Neben der Senkung des Lohns haben die Kapitalisten den Anteil der unbezahlten Mehrarbeit erhöht. In allen imperialistischen Ländern ist der Arbeitstag verlängert worden, einen Einbruch hat es überall 1975 gegeben, was auf die Kurzarbeit zurückzuführen ist. Dabei sind in anderen Industriezweigen die Arbeitsstundenzahlen z.T. noch weitaus höher wie z.B. in der Bauindustrie, wo eine 48- bis 50-Stunden-Woche nicht selten ist.

Spanien

80 Prozent der spanischen Wachdienstarbeiter, die bei den Banken und in Juweliergeschäften angestellt sind, sind gegen Lohnkürzungen und zur Durchsetzung höherer Löhne in den Streik getreten. Ende September waren 70000 Eisenbahnarbeiter in einen 24stündigen Generalstreik getreten für höhere Löhne und zur Absicherung der Renten. Dies war der erste Generalstreik der spanischen Eisenbahnarbeiter seit 1940.

Etwa 90000 spanische Saisonarbeiter aus Andalusien, Alicante, Albacete und Murcia sind zur Weinlese nach Frankreich gegangen. Die französischen Gewerkschaften haben die spanischen Gewerkschaften der spanischen Landarbeiter aufgefordert, gemeinsam mit ihnen Lohnverhandlungen zur Durchsetzung höherer Löhne zu führen.

Griechenland

20000 Baumwollpflanzer haben zusammen mit 5000 Traktorfahrern eine Demonstration in Karditsa durchgeführt. Sie fordern höhere Erzeugerpreise und Ausgleichszahlungen vom Staat für die durch die sommerliche Dürre entstandenen Schäden.

In einem Stahlwerk in der Nähe Athens streikten 2500 Stahlarbeiter dreimal 24 Stunden, über 1000 Arbeiter der Düngemittelindustrie streikten für 48 Stunden und haben weitere Kampfmaßnahmen angekündigt. Die Streiks werden zur Durchsetzung höherer Löhne durchgeführt.

Island

Nachdem die Tarifverhandlungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit der Regierung gescheitert sind, weil die Regierung die Forderung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 35% Lohnerhöhung abgelehnt hatte, sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Island in einen unbefristeten Streik getreten. Schulen blieben geschlossen, die Krankenhäuser nahmen nur noch Schwerverletzte auf, Rundfunk und Fernsehanstalten haben die Sendungen eingestellt. Der Flugverkehr war eingestellt, da auch die Zollbeamten streiken. 13000 der insgesamt 218000 Einwohner standen im Streik. Der Kampf endete mit einem vollen Erfolg: Der staatliche Dienstherr wurde zu Lohnerhöhungen zwischen 10 und 20 Prozent gezwungen.

Grönland

Grönland, Kolonie Dänemarks und Tummelplatz multinationaler Konzerne, hatte bisher noch keine nennenswerten Arbeitskämpfe erlebt. Jetzt hat der erste Streik in der Geschichte des Landes stattgefunden: Am 17. Oktober legten 64 grönländische Arbeiter bei dem dänisch-skandinavischen Bergwerkskonzern Greenex geschlossen die Arbeit nieder und forderten gleichen Lohn wie ihre dänischen Kollegen.

Der Konzern zahlte bisher an die einheimischen Arbeiter erst nach einer „Probezeit" von zwei Jahren den normalen Lohn. Die Gewerkschaft hat Verhandlungen mit dem Konzern aufgenommen, die Sozialdemokraten im Vorstand versuchen aber wie üblich zu spalten. Unter den Arbeitern in Dänemark findet der Streik breite Unterstützung; die Brauereiarbeiter von Kopenhagen schickten 5000 Kronen nach Grönland, die Gewerkschaft der Seeleute rief zu einer Sammlung von 500000 Kronen auf, und auf einer Versammlung von Vertrauensleuten aus Kopenhagener Betrieben wurden 1140 Kronen in die Streikkasse der grönländischen Kollegen gezahlt.

Kampf der polnischen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung

Die polnische Arbeiterklasse geht gegenwärtig daran, geschlossene Kampfaktionen gegen die Verelendung der arbeitenden Klassen, die verschärfte Ausbeutung und politische Unterdrückung zu organisieren. Seit Wochen wird im ganzen Land von erneuten Preiserhöhungen gesprochen. Streiks werden durchgeführt gegen Lohnsenkungen, die bürgerliche Presse spricht von einer Protestwelle gegen die verschlechterte Versorgungslage. Die neue Bourgeoisie Polens versucht jede Information über die Kämpfe zu verhindern. Nicht verhindern kann sie, daß Veröffentlichungen über die Lage der Massen gemacht werden. Akuter Lebensmittelmangel sowie Mangel an wichtigen Gebrauchsgütern, die Unruhe unter den Volksmassen zwingen sie dazu, Berichte über „Mangel" zuzulassen, um im gleichen Atemzug den Massen und regionalen Funktionärsverbänden die Verantwortung für die Lage zuzuschieben. Der Bericht des Zentralamtes über die Wirtschaftsentwicklung Polens 1976 schreibt in der Zeitung „Zycie Warszawy", daß „die Nachfrage bei verschiedenen Lebensmitteln trotz erhöhter Importe nicht gedeckt werden konnte. Wesentliche Planziele konnten nicht erreicht werden bei verschiedenen Erzeugnissen, so bei Kugellagern, Personenwaggons, Elektromotoren, Stickstoffen und Phosphatdünger, Zement, Kunststoffe, Zellulose und Papier, Schuhe, Fleisch, Milch und Zucker." Gleichzeitig „verringerte sich der Wert der landwirtschaftlichen Produktion im Vergleich zu 1975 um 0,8%". „Der Viehbestand umfaßte im Juni 1976 12,9 Millionen Stück, gegenüber dem Stand des Vorjahres eine Senkung von 3,8%. Die Anfangsergebnisse 1977 zeigen eine weitere Senkung um 11,1%. Das bedeutet eine Verminderung des Borstenviehbestandes in der gesamten Landwirtschaft um 22,5% gegenüber dem Ende 1975." Diese wenigen zurechtfrisierten Angaben des Jahres beweisen deutlich die Entwicklung der Versorgungslage in Polen. In den letzten Monaten hat sich die Lage noch weiter verschärft.

Seit Jahren ist Polen schon gezwungen, große Mengen von Grundnahrungsmitteln und Getreide einzuführen, und das bei einem Land, dessen Agrarreichtümer bedeutend sind. Ursache dafür ist die rigorose Ausplünderung und Unterdrückung des Landes durch die sozialimperialistische Sowjetunion sowie die Politik der neuen Bourgeoisie in Polen. Die polnische Arbeiterklasse muß hochentwickelte Produkte, Maschinen, Schiffe usw. im Rahmen der „internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" produzieren, die als Tributzahlungen an die Sowjetunion gehen, was die Herausbildung einer unabhängigen Wirtschaftsstruktur Polens verhindert hat. In der Landwirtschaft, die zum großen Teil privatwirtschaftlich betrieben wird und wo der Profit der Motor ist, veröden ganze Landstriche. Dazu kommt, daß die Bauern durch den Staat mit einer Fülle von Abgaben belastet werden, die ihnen z.B. Viehhaltung zum Teil unmöglich macht, weil die Preise für Futtermittel ungeheuer gestiegen sind und so vielfach Abschlachtung notwendig war.

Mit der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in Polen, zusätzlich verschärft durch die Tributzahlungen an die Sozialimperialisten, haben sich alle Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus wieder durchgesetzt. Die Verschuldung des Landes ist enorm gestiegen. Einerseits bei den Sozialimperialisten, die Polen oftmals zu überhöhten Preisen Getreide liefern, andererseits bei den imperialistischen Staaten Westeuropas, wo Polen Kredite aufgenommen sowie fertige Produktionsanlagen gekauft hat. Es handelt sich bei diesen Geschäften einmal um den Versuch der polnischen Bourgeoisie, etwas den wirtschaftlichen Druck vom Sozialimperialismus zu lockern, andererseits sind diese „Kompensationsgeschäfte" Bestandteil der imperialistischen Politik der Sowjetunion in ihrem Streben nach Vorherrschaft in Europa. Durch den Einkauf beim imperialistischen Konkurrenten, was ja im Rahmen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung geschieht, kommen wichtige Industriebereiche in den Machtbereich des Sozialimperialismus. „Bewährte" Ausbeutungsmethoden werden übernommen sowie durch die Exportausrichtung dieser Wirtschaftszweige die Infiltration der Sozialimperialisten nach Westeuropa verstärkt. Die westeuropäischen Imperialisten, voran die BRD-Imperialisten, verbinden mit diesen Geschäften den Versuch der Unterhöhlung des Machtbereichs des Sozialimperialismus. Dieser imperialistische Schacher geht vollständig auf Kosten des polnischen Volkes. Die Jagd nach Devisen zum Einkauf der Westindustrie führt zum Export von wichtigen Waren, die zur Existenzsicherung der Massen nötig sind.

Angesichts dieser Entwicklung in den letzen Jahren finden in Polen heftige Klassenkämpfe statt. Die Massen Polens wissen: Die Reden des Revisionistenführers Gierek machen nicht satt, sondern sollen sie einschläfern und vom Kampf abhalten. Die polnische Bourgeoisie weiß, daß sie einer kampfstarken Arbeiterklasse gegenübersteht. Der Kampf der Arbeiter in den Jahren 1970 und 1976 hat das bewiesen und der Arbeiterklasse in allen osteuropäischen Ländern, die unter der Herrschaft des Sozialimperialismus und seiner verbündeten neuen Bourgeoisien steht, ein leuchtendes Beispiel gesetzt. 1970 war die polnische Regierung gestürzt worden und der revisionistische Parteisekretär Gomulka durch Gierek abgelöst worden, weil die Arbeiterklasse gegen die polnische neue Bourgeoisie sich in einem Aufstand erhoben hatte, als diese die Preise erhöhen wollte. Die folgende Zusammenfassung zeigt, in welchem Umfang die neue Bourgeoisie in Polen die Verelendung der arbeitenden Klassen vorantreiben wollte: Fleisch und Fleischprodukte sollten durchschnittlich um 17,6% erhöht werden. Fisch und Fischprodukte um 17,7%, Milch und Molkereiprodukte um 9 bis 24%, Mehl um 16%, Marmelade um 36%, Kaffee-Ersatz um 92%, Baumwollstoffe um 14%, Wollstoffe um 19%, Kunststoffseide um 24%, Teppiche um 25,4%, Lederschuhe um 23,8%, Metallwaren um 6,7%, Glaswaren um 33%, Fahrräder und Mopeds um 12%, Kameras um 15%, Papier durchschnittlich um 22%, Möbel um 15%, Futtermittel um 22%, Baumaterial um 28,2%, Schnittholz um 20,1%, Steinkohle um 10% und Braunkohle um 14%. Gleichzeitig sollten Preissenkungen durchgeführt werden bei Waren, die für die polnischen Massen sowieso schwer beziehbar waren, wie z.B. Waschmaschinen und Nähmaschinen, weil insgesamt zu teuer.

Dieser umfassende Angriff auf das Existenzniveau der Arbeiterklasse wurde von dieser in großen Streikaktionen und Demonstrationen zurückgeschlagen. Die polnische Regierung mußte die Preiserhöhungen drei Monate später zurücknehmen. Das war im März 1971, und die neue Regierung mußte erklären, die „Probleme" durch eine „umfassende Beratung mit der Arbeiterklasse" zu lösen. (Gierek) Diese Beratungen bestanden in schwülstigen Reden der Revisionisten, mit denen die Massen eingefangen werden sollten, andererseits damit der richtige Moment abgepaßt werden konnte, neue Ausplünderungsmaßnahmen durchzuführen. „Glaubt mir, daß wir genau informiert sind, daß hier und dort diese oder jene Artikel fehlen, daß es weiterhin noch Sorgen mit den Wohnungen gibt, Sorgen in der Kommunalwirtschaft. Mangel an Wasserversorgung, Fehlen von Tonnenwagen und daß anderswo Straßenbahnen und Autobusse miserabel verkehren." (Gierek, Radio Warschau) Aber „Wunder gibt es nicht". Juni 1976 „war die Zeit gekommen, Entscheidungen zu fällen". Nochmals sollten im ganzen Land die Preise erhöht werden, noch kräftiger als 1970. Durchschnittlich sollten die Preise für Fleisch und Fleischerzeugnisse um 69% angehoben werden, Geflügel um 30% und Käsesorten um 50%, Zucker um 100%, um nur einiges zu nennen. Die Löhne sollten um 16% erhöht werden. Erneut haben die Arbeiter der großen Betriebe in Kampfaktionen innerhalb weniger Tage die Absichten zurückgeschlagen. Streiks, Demonstrationen und Straßenkämpfe mit der Polizei bestimmten wenige Tage das Bild großer Industriestädte. Arbeiterräte wurden gebildet, und trotz scharfer politischer und militärischer Reaktion konnten sich die revisionistischen Machthaber Polens nicht durchsetzen. Im wesentlichen wurden die Preiserhöhungen nicht durchgeführt, alle festgenommenen Arbeiter später freigelassen.

Mit gierigem Blick schauen gegenwärtig die Imperialisten Westeuropas auf die Entwicklung in Polen. Sie wollen die scharfen Klassenkämpfe nutzen für ihre imperialistische Expansion. Freitag brachte z.B. das österreichische Fernsehen einen Bericht über eine neue Bürgerrechtscharta in Polen, wo über hundert Intellektuelle unterschrieben haben gegen politische Unterdrückung, wobei die Absichten zur Errichtung einer bürgerlichen Demokratie nicht zu übersehen sind. Die Imperialisten setzen auf bürgerliche Kräfte beim Kampf des polnischen Volkes gegen die neue Bourgeoisie. Eine wüste Allianz wird sich da zurechtgeschustert. „Intellektuelle und Arbeiter werden dabei in ihrem Kampf gegen das kommunistische Regime von der Katholischen Kirche unterstützt. Kardinal Wischinski hat erst im September in einem Hirtenbrief die kommunistischen Behörden wegen ihres Gesinnungsterrors scharf angegriffen. Die kommunistische Regierung sieht sich also zunehmend einer Einheitsfrontbewegung gegenüber von Arbeitern, Intellektuellen und Kirche." So hätten sie es gern. Die Arbeiter und Volksmassen Polens sollen für eine neue Ausbeuterordnung kämpfen. Die Kämpfe der letzten Jahre haben da vielfach einen anderen Weg aufgezeigt. So zogen die Arbeiter des Walter-Werkes in Radom 1976 in „mustergültiger" Ordnung mit polnischen Nationalfahnen und roten Fahnen auf die Straßen und sangen die Internationale. So war es auch schon 1970, als auf den Werften die roten Fahnen gehißt wurden beim Streik und unter dem Gesang der Internationale die bürgerlichen Machthaber aus ihren Büros vertrieben wurden. Die Arbeiterklasse wird sich in Polen die politische Macht zurückerobern und gleich auch dem Kirchengesindel ein Ende bereiten. – (Z-Red.)

Steuerausplünderung in der Sowjetunion

Die Revisionisten brüsten sich gerne mit den „sehr niedrigen Steuern" in der Sowjetunion. Sehen wir uns das genauer an. Laut offiziellen Angaben beträgt der durchschnittliche Lohn 150 Rubel, nach offiziellem Kurs wären das über 200 DM, nach dem tatsächlichem Kurs auf den Devisenmärkten höchstens 120 DM. Selbst wenn wir von 200 DM im Monat ausgehen – ein Elendslohn.

Die direkte Lohnsteuer auf diesen Elendslohn beträgt für die ersten 100 Rubel 8,2%, ab 100 Rubel beginnt die Progressionszone, wo 13% gezahlt werden müssen. Höher muß kein Bourgeois in der Sowjetunion sein offizielles Einkommen versteuern – ob und wie die hohen staatlichen Funktionäre besteuert werden, liegt sowieso im Dunkeln.

Für einen Normallohn von 150 Rubeln ergibt sich so ein realer Lohnsteuersatz von etwa 10%. Damit fängt es erst an. Es folgt die sogenannte „Kinderlosensteuer", die alle Frauen und Männer über 20 Jahre (bis zu ihrem 45. bzw. 50. Lebensjahr) zahlen müssen, „falls sie eine selbständige Einkommensquelle haben", wie die etwas ominöse Formulierung lautet. (Prof. Dr. rer. oec. habil. A. Biermann, in: Sowjetunion heute, Nr. 10/1977) Diese Steuer beträgt weitere 6% des Lohns.

Eine weitere Steuer haben die kleinen Kolchosbauern und Landarbeiter für den Flecken Gartenland, wo sie die notwendigsten Lebensmittel nach Feierabend selbst ziehen müssen, zu entrichten, in Höhe von 0,30 bis 1,40 Rubel pro 0,01 Hektar. Das heißt, für einen Flecken Land von 0,3 Hektar, wie er zulässig ist, macht das 20, 30 oder 40 Rubel (regional verschieden) im Jahr – eine gehässige Zusatzsteuer für die Millionenarmee der enteigneten und verelendeten Bauern.

Zu den zentralen Steuern kommen die lokalen: Dazu zählen die Kraftfahrzeugsteuer, eine Bauabgabe (wenn sich der Arbeiter oder Bauer selbst ein Dach über den Kopf baut, um menschenwürdig zu wohnen), weiter ein Gestrüpp von Gebühren vor Gerichten und Behörden, wie sie das Kennzeichen jeder bürgerlichen Staatsmaschine sind.

Aus diesen Steuern zieht der sozialimperialistische Staat einen langsam, aber stetig wachsenden Teil seiner Einnahmen, für 1977 (geplant) 8,7% der Gesamteinnahmen.

Die Masse der Steuern wird auf andere Weise erhoben, als *indirekte Steuern*. Daß die indirekten die gemeinsten von allen Steuern sind, das haben die Kommunisten seit jeher angeprangert. Das wissen die Revisionisten. So behaupten sie, die Hauptform dieser indirekten Steuern in der Sowjetunion, die sog. „Umsatzsteuer", sei „ihrem Wesen nach keine Steuer" (so die Sowjetische Enzyklopädie), sondern „zentralisiertes Reineinkommen" der staatlichen Wirtschaft.

Die Umsatzsteuer besteht in Aufschlägen auf den Produktionspreis bestimmter Waren, den die Betriebe und Handelsunternehmen an den Staat abführen müssen. Als diese Steuer 1930, noch unter der Diktatur des Proletariats, in der Sowjetunion eingeführt wurde, unterschied sie sich tatsächlich wesentlich von den indirekten Steuern in den kapitalistischen Ländern. Der Staat nahm für bestimmte Waren überteuerte Preise, um andere Waren, z.B. Grundnahrungsmittel, billig
Waren, z.B. Grundnahrungsmittel, billig
halten zu können und um für zurückgebliebene Industriezweige zusätzliche Akkumulationsmittel zu erhalten. Das alles geschah offen und ehrlich und ohne Geheimniskrämerei.

So wie das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Sowjetunion mit dem Machtantritt der Revisionisten sein Wesen geändert hat und heute zu staatsmonopolistisch organisiertem kapitalistischem Eigentum geworden ist, so hat auch die Steuer ihr Wesen geändert. Sie bildet einen Teil des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts, den sich die herrschende Bourgeoisie über den Staat extra aneignet, indem sie sich vom ausgezahlten Lohn der Arbeiter abermals einen Brokken herausreißt.

Auf welche Waren heute in der Sowjetunion welcher Umsatzsteuersatz gelegt wird, ist im einzelnen behütetes Geheimnis. Man kann aber aus den besonders hohen Preisen einiger Waren schließen, daß sie zu den am höchsten besteuerten gehören. Darunter sind Mehl (also Brot!), Zucker, verschiedene Textilien, Spirituosen, Tabak, Benzin, Kraftfahrzeuge, Fahrräder, Fotoapparate, Gas und Strom. Aber in zahlreichen anderen Waren ist die Steuer versteckt enthalten, als Steuer auf die verarbeiteten Grundstoffe, z.B. Chemikalien, Farben, Metalle etc., die in den Endpreis der Waren dann überwälzt eingehen.

Auf diese Weise verschafft sich der sozialimperialistische Staat einen Großteil seiner Einnahmen, 1975 insgesamt 50 Milliarden Rubel. Das waren 13% des Einzelhandelsumsatzes oder, anders ausgedrückt: Auf jeder einzelnen Ware lastet somit eine indirekte Steuer von durchschnittlich 13%. Von der Umsatzsteuer befreit ist ein Großteil der Schwerindustrie sowie vor allem die Rüstungsindustrie, die auf diese Weise beschleunigt akkumulieren können. Wir finden also in dieser Steuer nicht nur ein Instrument zur Ausplünderung der Massen, sondern auch zur beschleunigten Kriegsvorbereitung der sozialimperialistischen Bourgeoisie der UdSSR. – (Z-Red.)

Die japanischen Eisenbahnarbeiter erkämpfen sich ihr Streikrecht

Am 10.9.77 mußte die Verwaltung der japanischen Staatsbahnen erklären: „Gegen die an den Streiks aus Anlaß der Frühjahrs-Lohnrunde 1977 Beteiligten werden keine Entlassungsmaßnahmen durchgeführt." Damit ist zum ersten Mal seit 20 Jahren das „Gesetz über die Arbeitsverhältnisse in öffentlichen Unternehmen", das seinerzeit von der Besatzungsmacht USA unter General McArthur gegen die japanische Arbeiterklasse eingeführt wurde, nicht angewendet worden. Dies ist ein großer Erfolg im Kampf der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Japan wie der gesamten japanischen Arbeiterklasse.

Um die durch den geplanten Generalstreik am 1. Februar 1947 entstandenen Gefahr für die Herrschaft von Besatzungsmacht und japanischer Monopolbourgeoisie ein für allemal zu bannen, hat McArthur das Streikrecht im öffentlichen Dienst unterdrückt. Das erwähnte Gesetz (Kôrôhô) verbietet jegliche Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung von Lohnforderungen (Art. 17) und legt als Strafe bei Zuwiderhandlung die Entlassung fest (Art. 18). Seitdem dieses Gesetz in Kraft ist, kämpft die japanische Arbeiterklasse dagegen.

An der Spitze des Kampfes stehen die in ihren Gewerkschaften Kokurô (Eisenbahner-Gewerkschaft) und Dôrô (Lokomotivführer-Gewerkschaft) organisierten Eisenbahner. Zusammengeschlossen sind die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Verband Kôrôkyô.

In diesem Frühjahr haben sie gekämpft um eine 15prozentige Lohnerhöhung und gegen Disziplinarmaßnahmen aufgrund der Streiks 1976. Unter anderem führten die Eisenbahner zur Durchsetzung dieser Forderungen einen 24stündigen Streik am 7./8. April 1977 auf der Hauptverkehrsstrecke Tokio – Hiroshima durch, am 15. April einen eintägigen Streik auf 81 lokalen Strecken sowie bereits am 29. März 1977 durch die Lokomotivführer Fahrten mit verlangsamter Geschwindigkeit.



Um den Kampfeswillen der Eisenbahner zu brechen, griff die Verwaltung der Staatsbahnen zu zahlreichen Disziplinierungsmaßnahmen. 710 Eisenbahner wurden zeitweilig vom Dienst suspendiert, mehr als 1000 wurde der Lohn gekürzt, und über 2400 erhielten Verwarnungen, weiteren 4600 wurden Verweise erteilt, aber die Arbeiter haben sich nicht einschüchtern lassen, im Gegenteil. Rund 10% mehr Lohn haben sie erkämpft und erreicht mittels des Streiks zur Erkämpfung des Streikrechts, daß die Verwaltung es 1977 nicht mehr wagte, das „Gesetz über die Arbeitsverhältnisse in öffentlichen Unternehmungen" anzuwenden. Demgegenüber hatte die Verwaltung noch 1976 drei Arbeiter entlassen.

Doch ist der Kampf keineswegs ausgestanden, wie die anderen Disziplinarmaßnahmen zeigen: sie trafen ebensoviele Kollegen wie 1976, obgleich der Umfang der Streiks in diesem Jahr geringer war. Daß der Staat die Bewegung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten verstärkt zu fesseln versucht, zeigt auch die erstmalige Anwendung des Strafgesetzes gegen streikende Postbedienstete in der Stadt Nagoya im Mai 1977. (Asahi-Shimbun, 10.9.77)

Wieder gehen die Eisenbahner voran: Am 13. Oktober erklärte die Gewerkschaft Kukurô mit ihren 270000 Mitgliedern, daß sie im November gegen das Rationalisierungsprogramm der Staatsbahn-Verwaltung streiken wird, wie auch für die Auszahlung einer höheren Prämie am Jahresende. (Japan Times, 14.10.77) – (Z-Red.)

17. Jahrestag der Kommunistischen Partei Kampucheas

Die bürgerliche Presse in der BRD kann nicht genug kriegen, sich über „die schreckliche Lage in Kambodscha" zu ereifern, Schauergeschichten über die „blutrünstige Killerclique" der „Roten Khmer" zu verbreiten. Chaos, Hunger und Bürgerkrieg herrsche im Land. Am 14.9. rief die US-Zeitung „International Herald Tribune" offen auf zum erneuten Angriff: „Warum bewilligt der Kongreß kein Geld, um über Kambodscha herzufallen? (...) Gibt es in dieser Welt keinen ‚praktischen' Idealismus mehr?" Der Kongreß hat Angst. Am 27. September wurde in Phnom Penh auf einer Massenversammlung begeistert der 17. Jahrestag der Kommunistischen Partei Kampucheas gefeiert und ihre offizielle Existenz nach jahrelanger Untergrundtätigkeit bekanntgegeben. Unter ihrer Führung hat das Volk von Kampuchea nicht nur die US-Imperialisten und alle ihre Verbündeten wie die BRD-Imperialisten aus dem Land geworfen, es hat auch die weiteren Anschläge besiegt. Auf ihre Verwüstungen im völkermörderischen Krieg gegen das Land vertrauend, hatten die westlichen Imperialisten auf das Zusammenbrechen der Versorgung der 7-Millionen-Bevölkerung gesetzt. 2 Jahre danach ist die Selbstversorgung mit Getreide erreicht, der weitgehend dezimierte Viehbestand wieder auf 1 Million Rinder und 500000 Wasserbüffel angewachsen. Mit systematischen Luftangriffen hatten die US-Imperialisten große Teile der Kautschukproduktion, der Plantagen und Fabriken zerstört, um die wichtigste Exportproduktion zu vernichten und dadurch die Selbständigkeit des Landes zu verhindern. Auf den größten Plantagen war der Boden übersät mit Bombenkratern. Radio Demokratisches Kampuchea gab bekannt (nach Hsinhua, 24.9./1.10.77), daß die staatlichen Kautschukplantagen Mitte September in einigen Bereichen den Jahresplan für die Kautschukproduktion fast erfüllt und in anderen Bereichen bereits erfüllt oder übererfüllt haben. Im Pflanzen junger Gummibäume konnte der Jahresproduktionsplan verdoppelt und um vier Monate früher erfüllt werden. Der kambodschanische Kautschuk ist berühmt, wie selbst westdeutsche Außenhandelsstatistiken vermelden, wird er wieder exportiert, jetzt jedoch nicht für den Profit von Konzernen wie Michelin, sondern für den Aufbau eines freien Kampuchea.

Diese großen Erfolge sind ein objektiver Maßstab dafür, daß die Propaganda der Imperialisten wilde Lügen sind, wie sie früher ihre Völkermordstrategie als Befreiungskrieg für „Frieden und Freiheit" ausgaben. Die Siege werden unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas erzielt, gestützt auf die revolutionäre Linie der Unabhängigkeit, des Vertrauens in die eigene Kraft, und auf die Massen, die Geschichte machen. Das kleine Kampuchea gibt den vom Imperialismus beherrschten Ländern der Dritten Welt ein klares Beispiel, wie ihre Probleme gelöst werden können. Das ist es, was die Imperialisten schäumen macht. – (Z-Red.)

Neue Einwanderungsgesetze der Carter-Regierung gegen die mexikanischen Arbeiter

Es ist wirklich schwer zu sagen, durch welches der fieberhaft ausgebrüteten Vorhaben der Carter-Regierung, womit der US-Imperialismus zu neuer Größe gelangen will, die größten Verbrechen vorbereitet werden. Die neuen Einwanderungsgesetze, mit denen die (laut Carter) „schlimme" Einwanderung mexikanischer Arbeiter in die USA gestoppt werden soll, stehen jedenfalls ganz vorne an.

Schätzungsweise 10 bis 12 Millionen Mexikaner, in der Masse Bauern ohne Land, die in der vom US-Imperialismus verwüsteten Wirtschaft ihres eigenen Landes keine Möglichkeit haben, irgendein Auskommen zu finden, sind in den USA als Arbeiter oder um Arbeit zu suchen. Menschenhändlerorganisationen verschicken sie in leeren Tankwagen bis nach Washington oder sonstwohin, wo die Kapitalisten schon händereibend auf diese Arbeiter warten, denen sie höchstens ein Drittel des Lohns zahlen, den sie sonst zahlen. Sozialversicherung sparen sie ebenfalls (von Steuern ganz zu schweigen). Für das Bett in einer Baracke muß der Arbeiter einen weiteren Teil seines Lohns abgeben, bevor er den ersten Bissen gegessen hat. „Vorarbeiter" kontrollieren die Arbeiter. Selbst eine regierungsoffizielle „Bürgerrechtskommission" hat die Verhältnisse, unter denen die illegalen Arbeiter leben müssen, kürzlich als „sklavenähnlich" bezeichnet. Das ist eher noch ein zu milder Ausdruck. Denn ein Sklavenhalter hatte kein Interesse, seinen Sklaven völlig zugrundezurichten, da er ja für ihn bezahlt hatte wie für einen Maulesel. Dagegen einen aus der Millionenarmee der mexikanischen Arbeiter ist der Kapitalist (nach kapitalistischen Maßstäben) direkt *verpflichtet* zugrundezurichten. Die Konkurrenz und der Arbeitsmarkt wollen das so. Wenn der Arbeiter verbraucht ist oder rebelliert, genügt ein Tip an die Ausländerpolizei. Wo hatte ein Sklavenhalter solchen Komfort?

Die zitierte „Bürgerrechtskommission" der Regierung hat sich speziell mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen der „illegalen" Arbeiter auf den Pilzzuchtplantagen der Nahrungsmittelkonzerne befaßt. Sie hat festgestellt, daß fast alle Arbeiter auf diesen Farmen, da sie in dunklen und stickigen Räumen arbeiten müssen, an Erkrankungen der Atemwege leiden, oft tödlichen: Asthma, chronische Lungenentzündung, „Pilz-Lunge" (wohl von den Pilzsporen, die sich in der Lunge festsetzen) und Tuberkulose. Über die Lebenserwartung dieser Arbeiter schwieg sich die Kommission aus – vielleicht konnte sie sie auch nicht feststellen. Denn kranke Arbeiter und Arbeiterinnen kommen auf den Viehtransport nach Mexiko. Das war auch hauptsächlich der Vorschlag der „Bürgerrechtskommission": Man solle die Zusammenarbeit zwischen Ausländerpolizei und Kapitalisten verbessern, damit „sowas nicht vorkommt". Diese „Bürgerrechtler" sind aus dem Stall Carter und sprechen den Inhalt seines neuen Einwanderungsgesetzes offen aus. Carter hat dem Kongreß kürzlich vorgeschlagen, um die mexikanische Einwanderung „unter Kontrolle" zu kriegen, für Arbeiter, die schon vor dem 1. Januar 1970 in den USA waren, die Möglichkeit einer legalen Einwanderung zu schaffen. Allerdings müßten die Arbeiter das lückenlos nachweisen. Tatsächlich haben die meisten Arbeiter keine Papiere. Von den höchstens 5% der mexikanischen Einwanderer, auf die die Regelung zutreffen würde, werden daher nur die wenigsten tatsächlich davon Gebrauch machen können. – Für alle Arbeiter, die vor dem 1. Januar 1977 gekommen sind, soll die Möglichkeit geschaffen werden, fünf Jahre als Gastarbeiter in den USA zu arbeiten – wenn sie Arbeit haben, ihre Familie nicht nachholen und ohne jede Sozialversicherung, jedoch zu vollen Steuern arbeiten wollen. Es ist klar: Carter will „legal" eine Armee vollkommen rechtloser, von der Polizei registrierter, „sklavenähnlich" beschäftigter Arbeiter schaffen, die gezwungen sind, *jede* Arbeit zu *jeder* Bedingung anzunehmen. Die US-Bourgeoisie erhofft sich davon eine Senkung des ganzen Lohnniveaus und tiefe Spaltung der ganzen Arbeiterklasse. Die ganze Sache wird als „Amnestie" für illegal Eingewanderte in der Presse verkauft!

So soll die Erbitterung der übrigen Arbeiter geschürt werden, die von den Kapitalisten ganz ohne „Amnestie" auf die Straße geworfen, auf niedrigeren Lohn gesetzt und geschunden werden. Die reaktionären Gewerkschaftsführer, vor allem die Mafia-Bosse aus der Teamster-Gewerkschaft, zetteln Krawalle an, wo sie Knüppelgarden gegen die „Illegalen" loslassen usf.

Das Ganze wirkt aber nur, wenn der nackte Terror dahintersteht. Da will Carter jetzt ganz neue Maßstäbe setzen. Denn immer häufiger haben sich in den letzten Jahren die „illegalen" und „legalen" Arbeiter zu entschlossenen Streikkämpfen zusammengefunden.



Mexikanische Arbeiter der Textilwerke Farah in den Südstaaten kämpfen für höhere Löhne, Gewerkschaften und gleiche Rechte.

Carters Plan wird bedeuten, daß vier bis fünf Millionen mexikanischer Arbeiter sofort abgeschoben werden. Die Polizei hat bereits jetzt ihre Razzien verstärkt. Allein im August wurden über 100000 mexikanische Arbeiter, Frauen, Kinder gejagt, gefangen, eingesperrt und im Viehwaggon über die Grenze gebracht. Im ganzen Jahr 1977 sollen es über eine Million sein. Aber das reicht noch nicht: vier bis fünf Millionen sollen es werden!

Die Schwarzhemden von der Bundespolizei (der Typ, den Schmidt als „Vorbild für die Jugend" jetzt propagiert) sind das Instrument für diese an Faschismus nahe heranreichende Politik. Zahllose Mexikaner haben berichtet, daß sie geschlagen und gefoltert wurden. Ihre letzten Habseligkeiten wurden ihnen genommen („für nichtgezahlte Steuern", wie die Burschen grinsend sagten), die Frauen wurden vergewaltigt. Offenes Geheimnis ist, daß der Großteil des Menschenhandels aus Mexiko in die USA mit Wissen, wenn nicht Beteiligung derselben Polizeibanden abgewickelt wird, die die Arbeiter dann wieder fangen und abschieben. Dasselbe übrigens beim Rauschgifthandel. Die Grenze zwischen beiden Staaten, großteils durch den Rio Grande gebildet, mit elektronischen Horchanlagen, Suchscheinwerfern, Zäunen und allen denkbaren Schikanen ausgestattet, kann ohne Menschenhändler, die mit der Polizei zusammenhängen, kaum noch überschritten werden. Wer auf eigene Faust kommt, wird häufig erschossen. Ebenso jene armen Mexikaner, die – weil sie das Geld für die Menschenhändler nicht aufbringen können (200 Dollar, mehr als ein Jahreslohn) – sich als Rauschgiftschmuggler hergeben mußten und dann als lästige Zeugen beseitigt werden. Selbst bürgerliche Zeitungen schätzen die Zahlen der an der Grenze Erschossenen sehr hoch, Hunderte jedes Jahr – und fordern deshalb mehr Polizei!

Die Widersprüche haben sich jetzt derartig zugespitzt, daß der mexikanische Staatspräsident Portillo sich veranlaßt sah, so ziemlich als einziger bei der Unterzeichnung der Panama-Verträge in Washington zu fehlen. Portillo ließ stattdessen erklären, daß – wenn die USA ihre Ölpipeline von den neuen mexikanischen Ölquellen bekommen wollen – sie bindendere Garantien als gegenüber Panama abgeben müssen, daß sie auf jedes Interventionsrecht zwecks „Sicherung der Ölquellen" verzichten werden. Und ebenso müßte die Regierung Carter von ihren Massendeportationsplänen gegen mexikanische Arbeiter Abstand nehmen.

Zwischen dem mexikanischen Volk und dem US-Imperialismus schürzt sich ein neuer Knoten unversöhnlicher Widersprüche, der nur revolutionär aufgelöst werden kann. – (Z-Red.)

Aufschwung im Kampf des philippinischen Volkes

„Am 23. September demonstrierten annähernd 10000 Arbeiter, Studenten und Teile des Volks in Manila gegen den nun 5 Jahre andauernden Ausnahmezustand, gegen 5 Jahre Unterdrückung aller demokratischen Rechte, steigender Ausbeutung, Gefangenschaft und Folter. Aber diese 5 Jahre waren auch eine Zeit der steigenden Wut der Volksmassen und der wachsenden Stärke der Widerstandsbewegung", berichtet die „Internationale Gesellschaft philippinischer Patrioten". Den Demonstranten war es gelungen, den Polizeiaufmarsch zur Verhinderung der Demonstration zu überlisten. Sie sammelten sich während der Hauptgeschäftszeit in Kaufhäusern, Geschäften und Restaurants, um sich dann plötzlich im Zentrum zu versammeln. „Auch wenn die Demonstration nicht zu Ende geführt werden konnte, stellt sie einen wichtigen Fortschritt im Kampf des philippinischen Volkes dar."



Auch der bewaffnete Befreiungskampf erlebt einen neuen Aufschwung. Die „Neue Volksarmee" hat nach der Verhaftung mehrerer Führer Anfang 1976 wieder erfolgreiche Operationen auf mehreren Inseln durchgeführt und die Zusammenarbeit mit der „Nationalen Befreiungsfront der Moro" gefestigt. Am 20. September hat das Marcos-Regime eine Großoffensive der philippinischen Armee mit Panzern, schwerer Artillerie, Luftwaffen- und Marineeinheiten gegen die „Moro-Befreiungsfront" auf Mindanao begonnen. Es hat damit den im letzten Jahr geschlossenen Waffenstillstand zerbrochen, weil es feststellen mußte, daß die Stärke und Verankerung der Befreiungsfront zunimmt, während die Krise des Regimes und die Zersetzung in der philippinischen Armee wachsen. Allein bei einer Auseinandersetzung wurden 72 Regierungssoldaten getötet. – (Z-Red.)

US-Imperialismus und mexikanische Revolution

Ein geschichtlicher Überblick

Im selben Augenblick, als sich 1821, nach 300 Jahren kolonialer Bedrükkung und antikolonialen Kampfs gegen die Spanier, das Volk von Mexiko, die Indianer und „Mestizo"-Bauern, erhoben und ihre Ketten zerbrachen, sahen sie sich bereits dem Hegemonieanspruch der gerade erst zu einem eigenen Staat gekommenen US-Bourgeoisie, vor allem den Sklavenhaltern des Südens, gegenüber. In der Monroe-Doktrin von 1821, unter der heuchlerischen Losung „Amerika den Amerikanern", erklärten die Kapitalisten der USA ihre eigene feste Entschlossenheit zur weiteren Expansion auf dem amerikanischen Kontinent.

1825 verlangte die US-Regierung ultimativ die Lostrennung Texas von Mexiko. Das konnten die Bourgeois noch nicht durchsetzen. Jedoch mußten die Grenzen für die Ströme amerikanischer und europäischer Siedler geöffnet werden. Binnen weniger Jahre wurde Texas von diesen zu Hunderttausenden besiedelt, während die mexikanischen und indianischen Bauern durch Faustrecht vertrieben wurden. Jetzt ließ die US-Regierung die „Unabhängigkeit" von Texas proklamieren. Eine miserabel ausgerüstete, von tagelangen Märschen erschöpfte mexikanische Armee, zum größten Teil aus MayaIndianerSoldaten bestehend, wird 1836 bei San Jacinto von der gut ausgerüsteten US-Armee vernichtend geschlagen. Texas wird endgültig von Mexiko losgerissen.

Das wetzt nur den Appetit der US-Bourgeoisie, speziell der sklavenhaltenden Plantagenbesitzer der Südstaaten, die offen mit ihren Plänen hervortreten, die Sklaverei auf Mexiko auszudehnen und es zu annektieren. Nach jahrelangen Provokationen und Versuchen, einen geeigneten Kriegsvorwand zu finden, besetzen 1848 Truppen der USA ein weiteres Stück mexikanischen Bodens. Als sie angegriffen werden, wird der Krieg erklärt. Zwar mißlingt der Versuch, ganz Mexiko zu annektieren, zumal sich innerhalb der herrschenden Klassen der USA selbst die Spaltungen nun kräftig zu entwikkeln beginnen, zwischen den Sklavenhaltern und der nicht sklavenhaltenden Bourgeoisie. Die amerikanische Arbeiterklasse macht Front gegen die weitere Ausdehnung der Sklaverei. So kämpfen Deserteure der US-Armee, geflüchtete Negersklaven und ein irisches Freiwilligenbataillion auf mexikanischer Seite. Dennoch geht der Krieg rasch verloren, und die US-Bourgeois reißen nun den gesamten Norden Mexikos an sich, die heutigen US-Staaten Kalifornien, Arizona, Utah, New Mexico, Nevada sowie Teile von Colorado. Damit haben sie nicht nur außerordentlich reiche Gebiete mit vielseitiger Landwirtschaft und überfließend an Bodenschätzen annektiert (9 Tage vor der Unterzeichnung des Friedens von Guadeloupe Hidalgo wird in Kalifornien das erste Gold gefunden), sondern es sind auch die Massen landloser Bauern unterworfen worden, die die Plantagen und Gruben für die Kapitalisten erschließen.

1876 unterstützen die US-Imperialisten den Staatsstreich des Ultrareaktionärs Porfirio Diaz gegen die Reformregierung unter dem Nachfolger des Präsidenten Benito Juarez, der die Macht der Kirche in Mexiko gebrochen und die Unabhängigkeit des Landes gegen den französischen Imperialismus verteidigt hatte.

Unter Porfirio Diaz' blutiger Diktatur wird das Land an die US-Imperialisten ausverkauft. Die Masse der Bauern wird von einer Handvoll Großgrundbesitzer als Verbündeten der US-Monopole mit nackter Gewalt von ihren Höfen vertrieben. Bis 1910 sind 97% der Bauern Mexikos besitzlos, in landlose Proletarier verwandelt, die sich auf den riesigen Zucker- und Bananenplantagen, in den Silber- und Kupferbergwerken oder auf den Ölfeldern der US-Monopole für einen Hungerlohn schinden müssen.

Mit den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts nehmen die zahllosen Bauernrevolten organisierte Form an und erfassen ganze Provinzen. Führer wie Emilio Zapata, Sohn eines enteigneten Kleinbauern, und Pancho Villa, Sohn eines Pferdeknechts, bilden sich als revolutionäre Führer heraus. Die Indianerstämme der Mayas und Yaquis nehmen den Kampf gegen die planmäßigen Angriffe der Imperialisten auf ihr Land und ihre Lebensgrundlagen auf. In den Städten kommt es zu den ersten großen Arbeiterstreiks. Als Diaz sich nach einer Wahlfarce 1910 als „wiedergewählt" erklärt, kommt es im ganzen Land zum Aufstand. Die großen Bauernrevolutionäre Zapata und Pancho Villa, deren Armeen auf mehrere Tausend Mann anwachsen, haben im Norden und Süden große Teile des Landes befreit. In dieser Lage versuchen die US-Imperialisten es mit einem abgefeimten Doppelspiel. Sie lassen Diaz fallen, aber lassen seinen Bluthund, den General Huerta, weiterhin plündernd und mordend durchs Land ziehn. Gleichzeitig beginnen sie mit liberalen Bourgeois zu konspirieren, die sich an die Spitze der Bauern setzen sollen, um sie zu spalten und auseinanderzutreiben, damit sie niedergeschlagen werden können. Das mißlingt jedoch. Die Bauern legen die Waffen nicht nieder. Daraufhin schreiten die US-Imperialisten 1914 und 1916 zweimal hintereinander zum Versuch einer direkten Invasion Mexikos.

Wenn es die Schwäche der Bauernrevolutionäre war, daß sie kein Programm aufstellen konnten, worunter die ganze Masse des unterdrückten Volkes zusammenzuschließen war (das hätte nur die Arbeiterklasse gekonnt, die jedoch durch Reformismus und Anarachosyndikalismus gespalten blieb), so hatten die revolutionären Bauernarmeen gegen die Invasionsversuche der Imperialisten das ganze Volk hinter sich, das zu den Waffen griff. So wurden die Angriffe zurückgeschlagen. Getragen von einer Woge des Antiimperialismus, kann die bäuerliche Linke sogar 1917 der bürgerlichen Nationalversammlung ihre Forderungen komplett als Verfassungsartikel diktieren: Verteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern, Nationalisierung aller Bodenschätze, Wälder und Gewässer, Wiederherstellung der Dorfländereien, weiter den 8-StundenTag für Frauen und Kinder in den Fabriken sowie das Koalitions- und Streikrecht. Aber die Staatsgewalt können die Bauernrevolutionäre nicht in die Hand nehmen. Zapata und Villa werden meuchlings ermordet, die Bauern blutig unterdrückt, die Forderungen bleiben Papier. Auf dieser Grundlage können die US-Imperialisten eine neokoloniale Lösung durchsetzen. Nach der gescheiterten Revolution strömen Millionen und Abermillionen mexikanischer Proletarier, mehr als je zuvor, in die USA, um sich auf den Plantagen der Nachfahren der Sklavenhalter (wo sie z.T. die Stelle der Negersklaven einnehmen) und in den Fabriken im Norden zu verdingen. Sie bilden mit den Einwohnern der eroberten mexikanischen Gebiete zusammen die unterdrückte Nationalität der „Chicanos". – (Z-Red.)

Welche Front soll man aufbauen im Kampf gegen die Reaktion?

Vorschlag des KBW an das Treffen vom 29. Oktober

Für den 29. Oktober haben KBW, KPD und KPD/ML verschiedene Organisationen zu einem Treffen eingeladen, auf dem entsprechend der Resolution der Kundgebung vom 8.10. in Bonn über den weiteren Kampf gegen die Verbotsanträge und gegen die Reaktion beraten werden soll. KBW, KPD und KPD/ML haben Beratungen durchgeführt über einen gemeinsamen Vorschlag für dieses Treffen. Am 19.10. hat der KBW den beiden anderen Organisationen dafür einen Vorschlag vorgelegt, den wir nebenstehend abdrucken. Gleichzeitig hat die KPD eine Stellungnahme vorgelegt, die inzwischen in ihrem Zentralorgan, der „Roten Fahne", veröffentlicht worden ist. Die KPD/ML hat nichts vorgelegt. Da auf dieser Beratung keine Einigung erzielt werden konnte über einen gemeinsamen Vorschlag, wurde vereinbart, sich am Freitag, dem 21.10., erneut zu treffen. KPD und KPD/ML sagten zu, dann ihrerseits einen Vorschlag vorzulegen, der als Beschlußantrag an das Treffen vom 29.10. verhandelt werden kann. Die KPD/ML hat jedoch am Donnerstag telephonisch die Teilnahme an einem weiteren Treffen mit KBW und KPD abgesagt und mitgeteilt, sie halte einen gemeinsamen Vorschlag für unmöglich und wolle erst dem Treffen vom 29.10. eine eigene Stellungnahme vorlegen. Der KBW und die KPD setzen die Gespräche über einen gemeinsamen Vorschlag fort.

Was sind die Differenzen, die eine Einigung so schwierig machen?

Es gibt mehrere Differenzen. Die Hauptdifferenz ist jedoch gegenwärtig: Welche Front müssen wir aufbauen im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staatsapparat? Welchen Charakter muß die Front haben, die der gegenwärtigen Situation des Klassenkampfes, den Interessen und Bestrebungen der Massenbewegung entspricht?

Der KBW vertritt die Auffassung, daß eine Front gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und Sozialismus aufgebaut und organisiert werden muß.

Im Kampf für Demokratie und Sozialismus braucht die Front ein Aktionsprogramm, das die nächsten sozialen und politischen Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen in positiven Forderungen zum Ausdruck bringt. Dieses positive Aktionsprogramm befähigt die Front, in den täglichen Kämpfen die Aktionseinheit der Massen herzustellen, auf positive Forderungen auszurichten und für die Ziele der Front, Demokratie und Sozialismus zu mobilisieren. Das Aktionsprogramm gibt der Front eine große Ausdehnungsfähigkeit und erlaubt es, alle politischen Kämpfe der Massen zu unterstützen und zu führen. Die Ziele der Front, Demokratie und Sozialismus, geben diesen Kämpfen die revolutionäre Stoßrichtung gegen Imperialismus und Reaktion.

In den Ländern der Dritten Welt, in denen die neudemokratische Revolution auf der Tagesordnung steht, setzen sich die Marxisten-Leninisten stets für den Aufbau einer Front ein, die die Ziele der neuen Demokratie gegen Imperialismus und Feudalismus zum revolutionären Kampfprogramm erhebt. In den kapitalistischen Ländern können und müssen die Marxisten-Leninisten eine Front aufbauen, die im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion die Errichtung der Volksmacht und die Abschaffung des Privateigentums zu ihrem Programm erhebt.

Warum ist eine solche Front möglich? Sie ist möglich, weil sich alle Kämpfe der Massen in den imperialistischen Ländern gegen Imperialismus und Reaktion wenden und Demokratie und Sozialismus nur positiv die Ziele ausdrücken, die aus den Interessen der Volksmassen in diesen Kämpfen hervorgehen. Imperialismus und Reaktion sind die Negation der sozialen und politischen Interessen und Bestrebungen der breiten Volksmassen. Demokratie und Sozialismus sind die Negation der Negation, sind das positive Programm, unter dem die Volksmassen ihre Interessen verfechten können. Verwirklicht werden können diese Ziele, Volksmacht und Abschaffung des Privateigentums, nur durch die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Letzteres wird sich in der Praxis des Klassenkampfes erweisen. Das ist die Auffassung der Marxisten-Leninisten, von deren Richtigkeit sich die Massen in den Klassenkämpfen überzeugen werden. Es ist richtig, die Front allen organisierten demokratischen und sozialistischen Strömungen zu öffnen, auch Spontaneisten wie Anarchisten, ja soweit, daß sogar die Gruppe Arbeiterkampf ihren Platz finden mag. Es wäre deshalb falsch, die Diktatur des Proletariats ausdrücklich zum Programmpunkt der Front gegen Imperialismus und Reaktion zu machen. Die Marxisten-Leninisten vertrauen der Überzeugungskraft des wissenschaftlichen Sozialismus und der Klugheit der Massen.

Dies ist in Kürze unsere Auffassung über den Charakter der Front, die jetzt errichtet werden muß. Der Schaffung dieser Front soll der Kongreß dienen, den wir vorschlagen. Nur durch die positive Formulierung der Ziele, Demokratie und Sozialismus, wird es gelingen, die Triebkräfte der Massenbewegung zu mobilisieren. Nur durch die positive Formulierung der dringlichsten Aufgaben in einem Aktionsprogramm wird die Front die aktuellen Kämpfe führen und die Massen, die neu in die Politik und den Klassenkampf hineingezogen werden, gewinnen können.

Dem stellen KPD und KPD/ML, in diesem Punkt einig, den Vorschlag gegenüber, eine Front aufzubauen auf einem Programm, das nur Reformforderungen und demokratische Forderungen umfaßt. Die KPD/ML will eine antifaschistische Front errichten. Über deren Forderungen im einzelnen hat sie sich noch nicht ausgesprochen. In dieser Front will sie allerdings die „sozialistische Perspektive" verankern. Programmatisch soll dies aber nicht geschehen.

Die KPD vertritt die Auffassung, daß die programmatische Ausrichtung der Front auf Demokratie und Sozialismus die Demokraten fernhalten würde. Zunächst hatte sie sich auch gegen ein positives Aktionsprogramm gewandt und an dessen Stelle eine Serie von Maßnahmen und Gesetzen aufgezählt, gegen die man sein muß. Bei der Fülle solcher Maßnahmen und Gesetze des bürgerlichen Staatsapparates kann man sich leicht ausmalen, daß dabei bloß ein mehr oder weniger beliebiges Sammelsurium von Forderungen herauskommen kann, die mit „Weg . . ." oder „Gegen . . ." beginnen und mit irgendeiner Maßnahme der Bourgeoisie enden. Ein solches Aktionsprogramm kann die Situation der zersplitterten Abwehrkämpfe, in die die demokratische und revolutionäre Massenbewegung geraten ist, bloß widerspiegeln, aber keineswegs dazu beitragen, daß die Massenbewegung aus dieser Situation herauskommt und zum Gegenangriff übergehen kann. In den jüngsten Beratungen hat sich jedoch gezeigt, daß die KPD wenigstens zur Formulierung eines positiven Aktionsprogramms bereit ist.

Gegenüber diesen Positionen erinnern wir an Lenins Äußerung:

„Die Frage läuft stets auf dasselbe hinaus: Die Herrschaft der Bourgeoisie ist mit wahrhaft revolutionärer, wirklicher Demokratie unvereinbar. Man kann im 20. Jahrhundert, in einem kapitalistischen Land nicht revolutionärer Demokrat sein, wenn man Angst hat, zum Sozialismus zu schreiten."

Das bedeutet nicht, daß in vielen Fragen des Klassenkampfes nicht sogar eine einzige demokratische Forderung ausreichende Grundlage einer Aktionseinheit sein kann. Der KBW hat diese Politik der Aktionseinheit stets verfolgt und wird sie weiter verfolgen. Für den Aufbau einer Front gegen Imperialismus und Reaktion wäre aber die Summierung von solchen einzelnen demokratischen Forderungen zu wenig. Eine solche Front kann nur geschaffen werden, wenn in ihrem Programm klar gesagt wird, wohin der Kampf führen soll. Manche Genossen wenden gegen unseren Vorschlag ein, daß er sich von der Politik der antifaschistischen Volksfront unterscheide, wie sie der VII. Weltkongreß der Komintern vorgeschlagen habe. Das stimmt. Man muß aber daran denken: Wer heute die Front gegen Imperialismus und Reaktion auf antifaschistische Forderungen einschränkt, will
den Kampf gegen die Bourgeoisie auf
den Kampf gegen die Bourgeoisie auf den Kampf gegen eine Form der Reaktion einschränken, während es darauf ankommt, die Reaktion in all ihren Formen zu bekämpfen und in ihrer Wurzel, dem Imperialismus, anzugreifen. Er vergißt weiter, daß die Front für Demokratie und Sozialismus Bestandteil einer antifaschistischen Front werden kann. Jetzt kommt es darauf an, die demokratische Massenbewegung, die ihrem Wesen nach revolutionär ist, zu organisieren. Versäumt man diese Aufgabe, dann wird man auch keine antifaschistische Front aufbauen können.

Wir haben keinen Grund, die Differenzen zu vertuschen, die sich bereits bei den Verhandlungen zwischen KBW, KPD und KPD/ML gezeigt haben. Noch größere Differenzen werden sich bei den Verhandlungen am 29.10. vielleicht ergeben. Im Kern werden sie freilich auf die gleiche Hauptdifferenz zurückzuführen sein.

Der KBW hat in den bisherigen Verhandlungen stets das Interesse der Massenbewegung an Einheit im Kampf gegen Kapitalistenklasse und imperialistischen Staat zur Grundlage seiner Entscheidungen gemacht. Das verlangt eine ständige Abwägung, wieweit die Bemühung um die Einheit mit anderen Organisationen der Einheit der Massen noch dient, oder ihr bereits zu schaden beginnt, weil sie auf Kosten der notwendigen Klarheit geht. So werden wir auch weiter vorgehen. Wir wollen uns mit möglichst vielen demokratischen und revolutionären Organisationen über die Notwendigkeiten des Kampfes verständigen, denn das erleichtert die Herstellung der Einheit der Massen. Ausgehen werden wir jedoch stets von den Interessen des Proletariats und der Volksmassen.

Vorschlag an das Treffen vom 29.10., vom KBW zur Beratung und Beschlußfassung in einem Gespräch mit KPD und KPD/ML am 19.10. vorgelegt.

1. Die unterzeichneten Organisationen rufen gemeinsam zu einem Kongreß für Demokratie und Sozialismus auf. Dieser Kongreß soll den Aufbau der Front gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und Sozialismus voranbringen.

Errichtung der Volksmacht, Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist Ziel der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Dem Kampf dafür dient dieser Kongreß und der Aufbau der Front.

2. Die Front gegen Imperialismus und Reaktion soll sich ein Aktionsprogramm geben, das nächste Forderungen im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes festlegt.

3. Im Kampf für die Ziele des Kongresses und der Front sollen folgende Forderungen als Aktionsprogramm festgelegt werden:
– Siebenstundentag
– Uneingeschränktes Streikrecht
– Uneingeschränkte Demonstrationsfreiheit
– Uneingeschränkte Presse- und Organisationsfreiheit
– Weg mit dem KPD-Verbot
Abzug aller fremden Truppen! Auflösung von NATO und Warschauer Pakt!

4. Die Front, die durch den Kongreß geschaffen wird, soll auch die Beteiligung an den Wahlen zu den bürgerlichen Parlamenten nutzen, um den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion und für die Ziele der Front zu führen.

5. Dem Kongreß vorausgehen sollen örtliche Beratungen der Massen über die Ziele des Kongresses und den Inhalt des Aktionsprogramms. Insgesamt hat dieser Kongreß für Demokratie und Sozialismus nur Sinn, wenn er der Initiative der Massen zum Ausdruck verhilft und wenn er sich auf diese Initiative stützt.

6. Die Organisationen, die jetzt zu dem Kongreß für Demokratie und Sozialismus aufrufen, streben deshalb in der Vorbereitung des Kongresses und dem Aufbau der Front die Zusammenarbeit all der zahlreichen Zirkel, Gruppen und Organe an, in denen sich die Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat zusammengeschlossen haben.

7. Sie gehen davon aus, daß durch den Aufbau der Front gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und Sozialismus die Kräfteverhältnisse zwischen dem Volk und dem Feind verändert werden können zugunsten des Volkes und daß die demokratische und revolutionäre Bewegung aus der Situation der zersplitterten Abwehrkämpfe gegen die Angriffe der Reaktion herauskommen kann, um einen Gegenangriff gegen die Reaktion zu führen.

8. Der Kongreß soll im Januar in Köln stattfinden. Während der Woche sollen Veranstaltungen stattfinden. Am Wochenende soll ein Umzug stattfinden und eine Massenkundgebung in einem Stadion. Dort soll über das Aktionsprogramm beraten und Beschluß gefaßt werden.

Köln, den 19.10.77



Resolutionen zum Kongreß für Demokratie und Sozialismus:

Region Nord

Vollversammlung des Studiengangs Sozialwissenschaft der Universität Bremen bei 60 anwesenden Studenten. Chile-Komitee Bremen. 8 ehemalige KPD-Mitglieder, Bremen. Beschluß der Fachgruppe Gymnasien der GEW Braunschweig. 5 Mitglieder des Leserkreises Steglitz Westberlin. Erklärung der Frauenaktionseinheit Hamburg. 9 anwesende Mitglieder des Ortsjugendausschusses der IG Metall Osnabrück. Fachschaft Anglistik, Romanistik, Germanistik sprechen sich gegen die Verbotsdrohungen aus. 5 Beschäftigte im Verein Jugend hilft Jugend e.V. Hamburg. Spielmannszug des Soldaten- und Reservistenkomitees Hamburg. 15 Jugendliche einer Versammlung gegen Kasernierung eines Jugendlichen im Haus der Jugend Hamburg. Holstein: 18 Soldaten der Travekaserne Lübeck. 25 Soldaten der Hanseaten Kaserne. 8 Arbeiter des IWT Lübeck. 2 Arbeiter der Metallhütte Lübeck. 13 Schüler der R.-Groth-Schule Lübeck. 8 Bewohner in Lübeck-Küchnitz. 11 Bewohner von Lübeck Herrenwik. 10 Stammtischkollegen einer Lübecker Gaststätte. 13 Teilnehmer der Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen Atomanlagen am 20.10. Resolution der Bürgerinitiative Kiel (Vorstand und Stadtteilgruppen). 8 Beschäftigte der Technischen Universität Braunschweig. Betriebsgruppe der städtischen Krankenhäuser Braunschweig. 46 Teilnehmer der PLO-Veranstaltung Westberlin. 4 Beschäftigte der Paracelsus-Klinik Osnabrück.

Region Mitte

6 Mitglieder der Basisgruppe Medizin Ruhruniversität Bochum. 6 Schüler des Jugendkreises Aachen. Fachschaft IE/FT an der Fachhochschule Köln. Basisgruppe Medizin Universität Köln. 10 Schüler des Bildungs- und Kulturzentrums Höchst. 3 Arbeiter der NPF-Maschinenfabrik Kassel. 6 Schüler des Jugendkreises Aachen. 25 Teilnehmer der Vollversammlung Jugendhaus Im Kämpen in Leverkusen. Fachschaft Literaturwissenschaft / Linguistik Universität Bielefeld. Komitee für die Unabhängigkeit Osttimors, Bonn. 11 Schüler des Kurses 4 an den städtischen Kliniken Dortmund. 26 Soldaten der Hochwaldkaserne Hermeskeil. 7 Arbeiter des Hoesch-Profilwalzwerkes in Schwerte. 60 Teilnehmer der KBW-Veranstaltung „zur Deutschen Geschichte" in Düsseldorf. 6 Beschäftigte des Einwohnermeldeamtes Köln. 23 Teilnehmer gegen einen § 218-Prozeß im Bonner Landgericht. 3 Arbeiter der Dr. C. Otto Steinfabrik in Bochum Linden. 6 Teilnehmer des KVZ-Leserkreises in Dortmund. Basisgruppe Germanistik der Universität Düsseldorf. Tribunal der Wohnblockinitiative Frienbusch, Bockum Hövel. 8 Mitglieder einer Gruppe in Ratingen, die sich um die KVZ zusammengeschlossen haben. Fachschaftsinitiative des Fachbereichs 10 (neue Philologen) Universität Frankfurt. 15 Angestellte (Hälfte des Betriebs) der Marktforschungsfirma Psydata.

Region Süd

6 Teilnehmer des Leserkreises der städtischen Krankenanstalten Karlsruhe.
tischen Krankenanstalten Karlsruhe.
Fachschaftsrat der Universität Erlangen/Nürnberg (Biologie). 59 Teilnehmer der KBW-Veranstaltung am 14.10. des Bezirsverbandes München Oberbayern. 7 Beschäftigte der Cnopfschen Kinderklinik Nürnberg. § 218 Komitee Nürnberg.

Erklärung von 18 VW-Arbeitern

Wolfsburg. 18 Arbeiter des VW-Werks erklären: „Wir, Arbeiter des Volkswagenwerks Wolfsburg, begrüßen den Vorschlag des KBW für den Kongreß für Demokratie und Sozialismus. Wir halten ihn in allen acht Punkten für richtig und durchführbar und werden alles tun, um zu dem Erfolg des Kongresses beizutragen."

Fachschaftsrat Biologie Universität Erlangen-Nürnberg

„Der Fachschaftsrat Biologie spricht sich gegen die vom CDU-Bundesvorstand beschlossenen Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML aus. (. . .) An den Hochschulen . . . in Bayern und Westberlin (sind) die Asten und Fachschaften verboten, in Baden-Württemberg und Niedersachsen sollen sie jetzt verboten und zerschlagen werden. Die Organe der verfaßten Studentenschaft brauchen wir aber, um den Kampf für unsere Interessen führen zu können. Deshalb bauen wir sie wieder auf und fordern ihre gesetzliche Anerkennung. (. . .) Wir begrüßen dieses Treffen und alle anderen Bestrebungen für diese Aktionseinheit und sind der Meinung, daß solch ein Kongreß ein richtiger Schritt im Zusammenschluß der Arbeiter, Angestellten, Bauern, Schüler und Studenten werden kann. Weg mit den Verbotsanträgen! Weg mit dem KPDVerbot von 1956!"

Schülerresolution Bildungszentrum Höchst

„Wir, Schüler des Bildungs- und Kulturzentrums Höchst, begrüßen die Initiative für einen Kongreß Anfang nächsten Jahres für Demokratie und Sozialismus. Wir meinen, daß es ein großer Fortschritt gegen die Reaktion werden kann, wenn man sich einigt auf ein Aktionsprogramm, das einige wesentliche Punkte im Kampf gegen die Reaktion festlegt wie ein Wahlbündnis, das ausgeht von den Interessen des arbeitenden Volkes. (. . .)

Die einträglichen Geschäfte des Herrn Wallraff, die Arbeiterklasse als dumm zu verkaufen

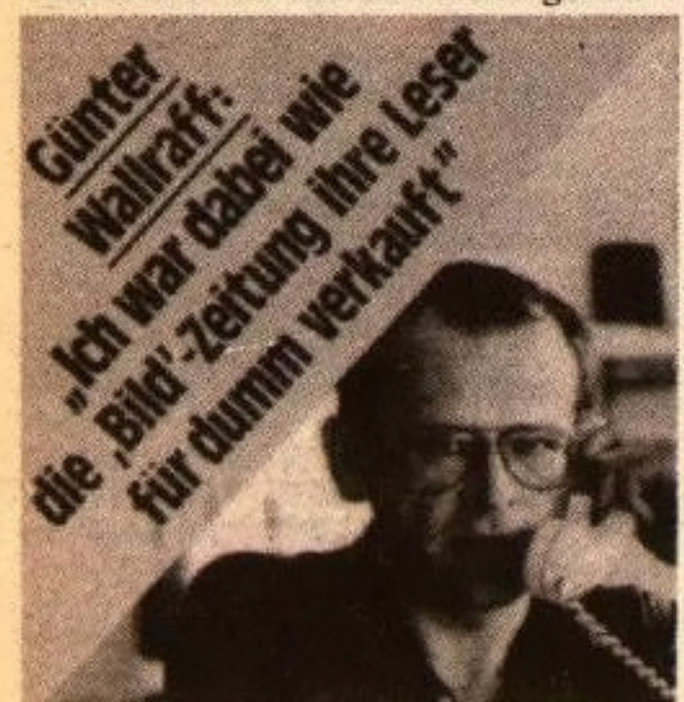
„Bild“ geifert, „stellt richtig“, strengt Prozesse an und einstweilige Verfügungen. Springers Konkurrenz, voran Gruner und Jahr mit „Stern“ und „Zeit“, wittert gutes Geschäft und veröffentlicht, was „Bild“ nicht veröffentlicht sehen will: die Erlebnisberichte Günter Wallraffs, der im Sommer vier Monate als Redakteur Hans Esser bei „Bild“ Hannover gearbeitet hat und jetzt damit hausieren geht.

„Bild“ hat gewiß einigen Grund zu toben, vermutet man. Die Konkurrenz hingegen, deren Methoden vielleicht subtiler, der Wirkung nach auf ein anderes Lesepublikum berechnet sind, deren Absichten und Zwecke sich ansonsten auch nicht von denen der „Bild“-Zeitung unterscheiden, hat keinen Grund, die auszugsweise Veröffentlichung der Wallraff-Berichte zu scheuen. Das macht stutzig.

„Die Attraktivität der BILD-Zeitung ist ungeheuer groß: Man braucht diese Zeitung, ihre Reize, ihre Anregungen ... man wehrt sich gleichzeitig gegen die Abhängigkeit von dieser Zeitung, man kritisiert sie, man verwirft sie ... man erliegt am Schluß doch dem ‚Faszinativum‘ BILD, man kann eben ohne diese Zeitung nicht auskommen, man muß BILD lesen!“ „Bild“-intern über „Bild“. Dazu der „Stern“: „Ja wirklich? Wallraffs gesammelte Erlebnisse ... könnten das blinde Vertrauen der ‚Bild‘-Leser in ‚ihre‘ Zeitung nachhaltig erschüttern. Denn so hautnah und nachprüfbar ist noch nirgendwo dokumentiert worden, wie dieses Blatt seine Leser verschaukelt und für dumm verkauft.“

Ja wirklich?, ist es an uns zu fragen. Daß „Bild“ lügt, das ist tief im Bewußtsein der Volksmassen verwurzelt. Die Witze, die darüber erzählt werden, gehen in die Legion. Von „blindem Vertrauen“ keine Spur. Wallraff hat es unternommen, zu belegen – aus der Sicht eines Redakteurs, der dazu gezwungen wird, wider besseres Wissen Tatsachen zu verdrehen, wegzulassen, Neues hinzuzufügen, bis der Artikel „paßt“. Insofern er das dokumentiert, die Methoden der Fälschung und der Unterdrückung in den Redaktionsstuben im Detail nachweist, sind seine Berichte wenigstens einigermaßen interessant und hat Springer keinerlei Interesse, daß Einzelheiten ans Tageslicht kommen und sein Zynismus und der seiner hochbezahlten Chefredakteure, Redaktionsleiter usw. enthüllt werden. So weit, so gut. Dürftig genug sind die Ergebnisse. Wallraff schätzt indessen seine Verdienste auch ganz anders ein, nämlich, „daß ich zeige, wie sich ein einzelner, der seine Produktionsmittel in der Reisetasche mitführt, mit List gegen diesen mächtigen Konzernapparat durchsetzen kann, indem er dessen Praktiken an die Öffentlichkeit bringt und vielen zeigt, wie sie tagtäglich zum Narren gehalten werden“ (Vorwärts, 13.10.77).

„Bild“ bezeichnet Wallraff als „Kommunisten“, „Untergrundkommunisten“ gar. Wallraff und die Arbeiterbewegung verdienen, daß er gegen solche Verleumdungen in Schutz genommen wird. „Mut machen“ will er durch seine Aktion, er, der als „einzelner ... sich hier entgegenstemmt“, die „Gegenaufklärung organisieren“. Als Vorkämpfer sieht er sich, einer mit missionarischem Eifer, mit der Verachtung des bürgerlichen Journalisten für die Massen, die, so Wallraff, „diesem Blatt voll auf den Leim gehen“.



Vorkämpfer hat er immer sein wollen, seine ganze Arbeitsmethode, die darin besteht – so Wallraff in einer Rede vor dem Kölner Amtsgericht im Jahr 1975 – „in einer fremden Rolle Sachverhalte aufzudecken, die anders nicht zu erfahren sind“, entspricht dem.

Vielen ist Wallraff durch seine Industriereportagen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, später durch seine Enthüllungen über den Gerling-Konzern, in dem er kurze Zeit als Bote arbeitete, durch seine Ankettung an einen Athener Laternenpfahl bekannt geworden. Seine Industriereportagen entstanden, als er zwei Jahre als Hilfsarbeiter in verschiedenen Großbetrieben arbeitete. Damals hat er sich an die sich entwickelnde demokratische Massenbewegung gewandt, mit seinen Reportagen zweifellos dazu beigetragen, romantische Vorstellungen über die „Arbeitswelt“, über das Lohnarbeiterdasein auszuräumen, die Qualen der Arbeit, die Entwürdigung des Arbeiters, seine Verwandlung in Anhängsel an die Maschinen, seine geistige Verkümmerung zu enthüllen.





Aber bei allen lesenswerten Enthüllungen hat er die Ursache allen Übels, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten, weggelassen, unter den Tisch gesteckt, hat er die produktiven Fähigkeiten der Arbeiter, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, „übersehen“, hat er, ganz folgerichtig, schon damals eine unübersehbare Verachtung für die Arbeiterklasse an den Tag gelegt, sie als apathische, initiativlose, widerstandslose, gespaltene und kampfunfähige Masse beschrieben:

„Die meisten lassen die Fabrik über sich ergehen, sie sind sich des Zwangs nicht mehr bewußt, haben die Fabrik in ihr Leben aufgenommen. Die freien Tage sind nichts anderes als ein Warten auf die nächste Schicht.“

„Die Gesichter sind erstarrt und zeigen weder Ärger noch Ungeduld noch Freude noch Hoffnung.“

„Einer mißtraut dem anderen.“

„Allgemeines Desinteresse. Alle – ausgenommen der Vertrauensmann – läßt Politik ‚völlig kalt‘.“

Bei einer Betriebsversammlung: „... keiner meldet sich zu Wort. Dabei hatten vorher welche groß geredet, daß ‚sie es denen mal sagen wollen, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen‘. Jetzt traut sich keiner.“

Über bevorstehende Entlassungen: „Abends treffen wir uns ausnahmsweise in einer Kneipe, um zu überlegen, ob sich etwas tun läßt. Nach den ersten Bieren haben wir vergessen, warum wir zusammengekommen sind.“

Diese Verachtung führt Schritt für Schritt zum „Bild“-Redakteur a.D., der die Massen als einer, der es wissen muß, über ihre „Dummheit“, „Blindheit“, „Abhängigkeit“ belehren, ihnen „neue Einsichten“ vermitteln will. „Spricht man bei ‚Bild‘-intern über den eigenen Leser, so schwingen oft große Überheblihckeit, viel Zynismus oder gar Verachtung mit. Der ‚kleine Mann‘ wird von oben herab betrachtet. Die Chefideologen drücken sich besonders hart aus; sie nennen die ‚Bild‘-Leser ‚moderne Analphabeten‘ oder auch ‚Primitivos‘, sagt Wallraff in einem Interview mit „druck und papier“ (Nr. 20). Und Wallraff, von welcher Warte aus „betrachtet“ er? „Bei diesem Stand der Dinge halte ich es für angemessen, zur Beschreibung des Verhaltens vieler ‚Bild‘-Leser das Verhältnis des Süchtigen zur Droge anzuführen.“ Na danke: Die Volksmassen, von denen bei einer Auflage von rund 5 Millionen an die 10 bis 12 Millionen die „Bild“-Zeitung lesen dürften, als „Drogenopfer“, „Bildgeschädigte“ – und er, Wallraff, als „Therapeut“, einer, der es „wagt, es mit einem Konzern aufzunehmen“: schlecht kann einem werden bei soviel „arbeiterfreund“lich verpackter Massenverachtung, bei soviel Missionarentum.

Wallraffs Weg vom Hilfsarbeiter zum „Bild“-Redakteur ist mehr als ein bloßer Rollenwechsel. Die Zeiten haben sich geändert. Bei allen Stockungen haben die Arbeiterbewegung und die demokratische Massenbewegung in den letzten zehn Jahren einen großen Aufschwung genommen. Unleugbar erweist sich die Arbeiterklasse als die einzige Kraft, die eine einheitliche Front gegen die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung aufbauen und die notwendigen Kampfaufgaben zum Sturz der Ausbeuterherrschaft festlegen kann. Tatsachen über das Lohnarbeiterdasein enthüllen und gleichzeitig die revolutionäre Kraft der Arbeiter leugnen, dafür läßt die wirkliche Entwicklung des Klassenkampfes keinen Raum. Der alte Wallraff hatte sich zu entscheiden, wo er wirklich stand. Seine Entscheidung hatte sich abgezeichnet, als er seine Botentätigkeit im Gerling-Konzern symbolhaft mit einem Eindringen in das für Arbeiter verbotene Prokuristen-Speisekasino und dem Verzehr seines Mittagessens in dieser „geheiligten“ Stätte beendet, vom Kölner „Express“, in Unkenntnis der wahren Sachlage zwar, aber treffend mit der Überschrift kommentiert: „Einmal mit den Chefs speisen.“ Die Arbeiterklasse will sichtbar mehr – als einmal „mit den Chefs speisen“. Wallraff wollte fortan nicht mehr viel mehr.

Er will es auch in Sachen „Wallraff gegen ‚Bild‘“ nicht.

Bei der „Bild“ „fühlt man sich der großen und glanzvollen Welt nahe.“ „Eine weitere *bevorzugte Gruppe* sind die Fabrikanten.“ „‚Bild‘ leistet also reine Public-Relations-Arbeit für Unternehmer und andere Privilegierte.“

Abgesehen davon, daß diese „Analyse“ nur halbwahr ist – höchstens – und eine schiere Verharmlosung dieses Kampfinstruments der *Bourgeoisie* gegen die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung, was soll denn daraus folgen? Mehr „Public-Relations-Arbeit“ für „Arbeitnehmer und andere Unterprivilegierte“?

Wallraff hat tatsächlich Ähnliches im Sinn, wenn auch nicht in der „Bild“. („Ich bin nicht so naiv zu glauben, daß sich dieses Blatt demokratisieren ließe.“) Er ist für „größere Meinungsvielfalt“, „tatsächliche Pressefreiheit“. Dafür geht er zur Zeit auf Tournee, will auch „einige große Veranstaltungen vor Betrieben (...) machen, wo einige tausend mit diesen Ergebnissen (seiner ‚Bild‘-Redakteurserfahrungen, Red.) konfrontiert werden, um von daher auch zu einem begründeten Boykott dieses Blattes unter bewußteren Arbeitern mit beizutragen.“ Diese „bewußteren Arbeiter“ sollen statt „Bild“ halt andere, „demokratischere“ Bourgeoisblätter lesen. Eine glänzende Perspektive für die Arbeiterklasse, die Tag für Tag mit Millionen bürgerlicher Lügen überschüttet wird: aus mehr Kübeln als aus dem Kübel „Bild“ soll die Jauche gegossen werden.

Worauf beruht die „Macht“ der „Bild“-Zeitung? Wallraff, der so viel davon redet, bleibt die Antwort schuldig. Sie beruht zuallererst auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, das die Bourgeoisie in die Lage versetzt, sich Dutzende große und ungezählte Provinzblätter zu halten; das es ihr erst ermöglicht, die Lügenkübel auszuschütten zu dem Zweck, die Hirne der Volksmassen zu verstopfen und das Leben der Profitwirtschaft zu verlängern; das es der besitzlosen Arbeiterklasse nur unter allergrößten Opfern möglich macht, eine eigene Zeitung als ihr Instrument, den Klassenkampf zu organisieren, aufzubauen.

Die „Wahl“möglichkeiten sind also von vorneherein beschränkt, „Meinungsvielfalt“ hin, Zeitungsvielzahl her. Warum, das alles vorausgesetzt, immerhin 5 Millionen die „Bild“-Zeitung kaufen, anstatt sich stattdessen aus der „Süddeutschen Zeitung“, der „Westdeutschen Allgemeinen“ oder der „Frankfurter Rundschau“ zu informieren? Wallraff kann das nicht anders als aus der „Dummheit“ der Volksmassen erklären.

Tatsache ist, daß die „Bild“-Zeitung schnell und vergleichsweise umfassend zu „informieren“ scheint, und zwar weit weniger langatmig und langweilig als die meisten „seriösen“ Zeitungen. „Konkrete Arbeitnehmerprobleme, Gewerkschaften, Betriebsräte usw. (stellen) für ‚Bild‘ so gut wie kein Thema dar“, beklagt Wallraff. Abgesehen davon, daß „Gewerkschaften, Betriebsräte usw.“ für kein Bourgeoisblatt ein größeres „Thema“ darstellen, hat Wallraff eine höchst begrenzte Anschauung über „konkrete Arbeitnehmerprobleme“. Unsere Meinung ist vielmehr, daß die „Bild“-Zeitung eine ganze Reihe von Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft aufgreift und behandelt, sie ausführlich dreht und wendet, bis Richtiges in Falsches verwandelt ist, die Klassenwidersprüche verwischt sind, Reaktionäres eine ansprechende Form gefunden hat. Ein hervorragendes Beispiel typischer „Bild“-Demagogie ist der Kommentar vom 14.10., den wir vollständig zitieren:

„Wer sich selbst erhöht ...

Unsere Schriftsteller haben viel für den guten Ruf Deutschlands in der Welt getan. Aber haben sie ‚mehr für die deutsche Demokratie geleistet‘ als jeder andere Berufsstand, wie der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, Engelmann (ein Wallraff-Freund übrigens, Red.) in einem Anflug von Größenwahn behauptete!

Engelmann soll den Mund nicht ganz so voll nehmen: Es waren Bauarbeiter, die aus Trümmerschutt wieder ansehnliche Städte schufen. Es waren Bauern, die dafür sorgten, daß wir wieder genug zu essen hatten. Schwerstarbeit leisteten Ingenieure, Monteure, Schweißer, Dreher, Bergleute, Sozialarbeiter.

Wären Sie (ja, groß geschrieben in der Anrede, Red.) und viele andere nicht gewesen, dann hätten die Schriftsteller kein gedrucktes Wort unter die Leute bringen können.“

Keine Spur von „reiner Public-Relations-Arbeit für Unternehmer“! Jeder *Arbeiter* wird sich *spontan* hier angesprochen fühlen, sich in seinem Selbstbewußtsein als Teil der Klasse, die den Reichtum produziert, gestärkt sehen. Aber in welcher Weise? Fast unbemerkt, dafür um so wirkungsvoller, verspritzt der Kommentar nationalistisches Gift, webt er an der „Gemeinsamkeit von Bourgeoisie und Arbeiterklasse“, zersetzt er die Erfahrungen der Arbeiter und Bauern, indem er an ihnen anknüpft. *„Unsere Schriftsteller“, „guter Ruf Deutschlands in der Welt“, „deutsche Demokratie“, „jeder andere Berufsstand“, „wir wieder genug zu essen hatten“* – diese Formulierungen sind die Giftspritzer. „Nicht die Schriftsteller, wir Arbeiter haben am meisten ‚für den guten Ruf Deutschlands in der Welt‘ getan, ‚mehr für die deutsche Demokratie geleistet‘“, das ist der Gesamteindruck, der erst einmal hängen bleibt und nur durch bewußte Anstrengung bekämpft und ausgelöscht werden kann.

Dafür allerdings braucht es keinen als „Bild“-Redakteur verkleideten Schriftsteller. Dessen hauptsächlicher „Verdienst“ besteht darin, eine perfide Spaltungslinie durch die Volksmassen zu ziehen, wie etwa auf seiner Veranstaltung der vergangenen Woche in Hannover, wo er die Studenten lobend hervorhob, weil *sie* der „Bild“-Zeitung nicht auf den Leim gingen. Er provoziert und fördert üble Überheblichkeit von Schülern, Studenten, Intellektuellen über die Arbeiter, von sogenannten „bewußteren“ Arbeitern, die seine Unterschriftenlisten unterzeichnen, über solche, die weiter „Bild“ lesen. Die große Mehrzahl der Arbeiter, „Bild“-Leser oder keine, kann die „Bild“-Zeitung ungleich gründlicher kritisieren als Wallraff, der dafür auch noch 16,50 DM – so teuer ist sein Buch nämlich – abkassiert. Eben, weil sie vom Interesse am Zusammenschluß gegen Ausbeutung und Unterdrückung und gegen Imperialismus und Reaktion, vom Interesse an der Beseitigung aller Hemmnisse, die ihr dabei im Wege stehen, ausgeht und mit jedem Schritt im Klassenkampf sich von den bürgerlichen Lügenverbreitern, gleich welcher Couleur, besser zu befreien lernt. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung
Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

INHALTSVERZEICHNIS